

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem internationalen Einheits-Übereinkommen vom 30. März 1961 über Suchtstoffe

A. Zielsetzung

Die Bundesregierung hat das internationale Einheits-Übereinkommen vom 30. März 1961 über Suchtstoffe am 31. Juli 1961 unterzeichnet. Um für die Bundesrepublik rechtsverbindlich zu werden, bedarf das Übereinkommen nach seinem Artikel 40 Abs. 2 der Ratifizierung.

B. Lösung

Das Ratifizierungsgesetz soll dem Bundestag zur Zustimmung zugeleitet werden.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Dem Bund entstehen geringe Kosten; Ländern und Gemeinden entstehen keine Kosten.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
1/4 (III/3) — 232 05 — Üb 4/73

Bonn, den 5. Februar 1973

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem internationalen Einheits-Übereinkommen vom 30. März 1961 über Suchtstoffe mit Begründung und Vorblatt. Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe in englischer, französischer und deutscher Sprache, die Denkschrift zum Einheits-Übereinkommen und der Wortlaut der Entschließung der Konferenz der Vereinten Nationen zur Annahme eines Einheits-Übereinkommens über Suchtstoffe in englischer, französischer und deutscher Sprache sind gleichfalls beigelegt.

Federführend ist der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit.

Der Bundesrat hat in seiner 389. Sitzung am 2. Februar 1973 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzesentwurf wie aus der Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Im übrigen erhebt der Bundesrat gegen den Entwurf keine Einwendungen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der Gegenäußerung (Anlage 3) dargelegt.

Brandt

Entwurf eines Gesetzes**zu dem internationalen Einheits-Übereinkommen vom 30. März 1961
über Suchtstoffe**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in New York am 31. Juli 1961 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Einheits-Übereinkommen vom 30. März 1961 über Suchtstoffe wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Änderungen der Anlagen zum Übereinkommen nach Maßgabe seines Artikels 3 sind vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit im Bundesgesetzblatt bekanntzumachen.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 41 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung**Zu Artikel 1**

Das Einheits-Übereinkommen über Suchtstoffe bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes der Zustimmung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften in der Form eines Bundesgesetzes, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Artikel 3 des Übereinkommens sieht vor, daß die Anlagen zum Übereinkommen, die die unter den Regelungsbereich des Übereinkommens fallenden Suchtstoffe und Zubereitungen enthalten, durch Beschlüsse der Suchtstoffkommission des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen oder des Rates selbst geändert werden können. Die Beschlüsse sind ohne weiteres verbindlich; die Vertragsparteien haben ihr innerstaatliches Recht den so begründeten völkerrechtlichen Verbindlichkeiten anzupassen. Die Ratifizierung des Übereinkommens schließt daher die Übertragung von Hoheitsrechten im Sinne von Artikel 24 Abs. 1 des Grundgesetzes auf Kommission und Rat als zwischenstaatliche Einrichtungen ein. Um den jeweiligen Bestand der völkerrechtlichen Verpflichtungen kenntlich zu machen, sieht Artikel 2 vor, daß Änderungen der Anlagen zum Übereinkommen vom Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit im Bundesgesetzblatt bekanntzumachen sind.

Zu Artikel 3

Das Einheits-Übereinkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält deshalb die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 41 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Dem Bund entstehen durch die Ratifizierung des Einheits-Übereinkommens von 1961 folgende Kosten:

- a) Personalkosten: 2 Stellen der BesGr. A 11
1 Stelle der VergGr. VI b BAT
(insgesamt ca. 68 500,— DM jährlich)
- b) Sachkosten: 5 000,— DM
(einmalige Ausgabe für die Erstausstattung)

Die Mittel können im Rahmen der mehrjährigen Finanzplanung aufgefangen werden.

Ländern und Gemeinden entstehen durch dieses Gesetz keine zusätzlichen Kosten.

Einheits-Übereinkommen von 1961 über Suchtstoffe

Single Convention on Narcotic Drugs, 1961

Convention unique sur les stupéfiants de 1961

(Übersetzung)

Preamble

THE PARTIES,

CONCERNED with the health and welfare of mankind,

RECOGNIZING that the medical use of narcotic drugs continues to be indispensable for the relief of pain and suffering and that adequate provision must be made to ensure the availability of narcotic drugs for such purposes,

RECOGNIZING that addiction to narcotic drugs constitutes a serious evil for the individual and is fraught with social and economic danger to mankind,

CONSCIOUS of their duty to prevent and combat this evil,

CONSIDERING that effective measures against abuse of narcotic drugs require co-ordinated and universal action,

UNDERSTANDING that such universal action calls for international co-operation guided by the same principles and aimed at common objectives,

ACKNOWLEDGING the competence of the United Nations in the field of narcotics control and desirous that the international organs concerned should be within the framework of that Organization,

DESIRING to conclude a generally acceptable international convention replacing existing treaties on narcotic drugs, limiting such drugs to medical and scientific use, and providing for continuous international co-operation and control for the achievement of such aims and objectives,

HEREBY AGREE as follows:

Préambule

LES PARTIES,

SOUCIEUSES de la santé physique et morale de l'humanité,

RECONNAISSANT que l'usage médical des stupéfiants demeure indispensable pour soulager la douleur et que les mesures voulues doivent être prises pour assurer que des stupéfiants soient disponibles à cette fin,

RECONNAISSANT que la toxicomanie est un fléau pour l'individu et constitue un danger économique et social pour l'humanité,

CONSCIENTES du devoir qui leur incombe de prévenir et de combattre ce fléau,

CONSIDÉRANT que pour être efficaces les mesures prises contre l'abus des stupéfiants doivent être coordonnées et universelles,

ESTIMANT qu'une action universelle de cet ordre exige une coopération internationale guidée par les mêmes principes et visant des buts communs,

RECONNAISSANT la compétence de l'Organisation des Nations Unies en matière de contrôle des stupéfiants et désireuses que les organes internationaux intéressés soient groupés dans le cadre de cette Organisation,

DÉSIREUSES de conclure une convention internationale acceptable pour tous, remplaçant la plupart des traités existants relatifs aux stupéfiants, limitant l'usage des stupéfiants aux fins médicales et scientifiques et établissant une coopération internationale constante pour mettre en œuvre ces principes et atteindre ces buts,

CONVIENNENT de ce qui suit:

Präambel

DIE VERTRAGSPARTEIEN,

BESORGT um die Gesundheit und das Wohl der Menschheit,

IN DER ERKENNTNIS, daß die medizinische Verwendung von Suchtstoffen zur Linderung von Schmerzen und Leiden weiterhin unerlässlich ist und daß hinreichend Vorsorge getroffen werden muß, damit Suchtstoffe für diesen Zweck zur Verfügung stehen,

IN DER ERKENNTNIS, daß die Rauschgiftsucht für den einzelnen voller Übel und für die Menschheit sozial und wirtschaftlich gefährlich ist,

EINGEDENK ihrer Pflicht, dieses Übel zu verhüten und zu bekämpfen,

IN DER ERWAGUNG, daß Maßnahmen gegen den Mißbrauch von Suchtstoffen nur wirksam sein können, wenn sie koordiniert werden und weltweit sind,

UBERZEUGT, daß für weltweite Maßnahmen eine internationale Zusammenarbeit erforderlich ist, die auf gleichen Grundsätzen beruht und gemeinsame Ziele anstrebt,

IN ANERKENNUNG der Zuständigkeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Suchtstoffkontrolle und von dem Wunsch geleitet, die in Betracht kommenden internationalen Organe in diese Organisation einzugliedern,

GEWILLT, ein allgemein annehmbares internationales Übereinkommen zu schließen, das bestehende Suchtstoffverträge ablöst, die Suchtstoffe auf die Verwendung in der Medizin und Wissenschaft beschränkt sowie eine dauernde internationale Zusammenarbeit und Kontrolle zur Verwirklichung dieser Grundsätze und Ziele sicherstellt,

KOMMEN hiermit wie folgt ÜBEREIN:

Article 1 Definitions	Article premier Définitions	Artikel 1 Begriffsbestimmungen
1. Except where otherwise expressly indicated or where the context otherwise requires, the following definitions shall apply throughout the Convention:	1. Sauf indication expresse en sens contraire ou sauf si le contexte exige qu'il en soit autrement, les définitions ci-après s'appliquent à toutes les dispositions de la présente Convention:	(1) Soweit nicht etwas anderes ausdrücklich angegeben oder auf Grund des Zusammenhangs erforderlich ist, gelten für das gesamte Übereinkommen folgende Begriffsbestimmungen:
(a) "Board" means the International Narcotics Control Board.	a) Le terme « Organe » désigne l'Organe international de contrôle des stupéfiants.	a) Der Ausdruck „Suchtstoffamt“ bezeichnet das Internationale Suchtstoff-Kontrollamt.
(b) "Cannabis" means the flowering or fruiting tops of the cannabis plant (excluding the seeds and leaves when not accompanied by the tops) from which the resin has not been extracted, by whatever name they may be designated.	b) Le terme « cannabis » désigne les sommités florifères ou fructifères de la plante de cannabis (à l'exclusion des graines et des feuilles qui ne sont pas accompagnées des sommités) dont la résine n'a pas été extraite, quelle que soit leur application.	b) Der Ausdruck „Cannabis“ bezeichnet die Blüten- oder Fruchtsstände der Cannabispflanze, denen das Harz nicht entzogen worden ist, und zwar ohne Rücksicht auf ihre Benennung; ausgenommen sind die nicht mit solchen Ständen vermengten Samen und Blätter.
(c) "Cannabis plant" means any plant of the genus cannabis.	c) L'expression « plante de cannabis » désigne toute plante du genre cannabis.	c) Der Ausdruck „Cannabispflanze“ bezeichnet jede Pflanze der Gattung Cannabis.
(d) "Cannabis resin" means the separated resin, whether crude or purified, obtained from the cannabis plant.	d) L'expression « résine de cannabis » désigne la résine séparée, brute ou purifiée, obtenue à partir de la plante de cannabis.	d) Der Ausdruck „Cannabisharz“ bezeichnet das abgesonderte Harz der Cannabispflanze, gleichviel ob roh oder gereinigt.
(e) "Coca bush" means the plant of any species of the genus erythroxylon.	e) Le terme « cocaïer » désigne toute espèce d'arbustes du genre érythroxylon.	e) Der Ausdruck „Kokastrauch“ bezeichnet jede Pflanzenart der Gattung Erythroxylon.
(f) "Coca leaf" means the leaf of the coca bush except a leaf from which all ecgonine, cocaine and any other ecgonine alkaloids have been removed.	f) L'expression « feuille de coca » désigne la feuille du cocaïer à l'exception de la feuille dont toute l'ecgonine, la cocaïne et tout autre alcaloïde ecgoninique ont été enlevés.	f) Der Ausdruck „Kokablatt“ bezeichnet das Blatt des Kokastrauchs, sofern nicht dem Blatt alles Ekgonin, Kokain und alle anderen Ekgonin-Alkaloide entzogen sind.
(g) "Commission" means the Commission on Narcotic Drugs of the Council.	g) Le terme « Commission » désigne la Commission des stupéfiants du Conseil.	g) Der Ausdruck „Kommission“ bezeichnet die Suchtstoffkommission des Rates.
(h) "Council" means the Economic and Social Council of the United Nations.	h) Le terme « Conseil » désigne le Conseil économique et social des Nations Unies.	h) Der Ausdruck „Rat“ bezeichnet den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen.
(i) "Cultivation" means the cultivation of the opium poppy, coca bush or cannabis plant.	i) Le terme « culture » désigne la culture du pavot à opium, du cocaïer et de la plante de cannabis.	i) Der Ausdruck „Anbau“ bezeichnet den Anbau des Opiummohns, des Kokastrauchs oder der Cannabispflanze.
(j) "Drug" means any of the substances in Schedules I and II, whether natural or synthetic.	j) Le terme « stupéfiant » désigne toute substance des Tableaux I et II, qu'elle soit naturelle ou synthétique.	j) Der Ausdruck „Suchtstoff“ bezeichnet jeden in den Anhängen I und II aufgeführten natürlichen oder synthetischen Stoff.
(k) "General Assembly" means the General Assembly of the United Nations.	k) L'expression « Assemblée générale » désigne l'Assemblée générale des Nations Unies.	k) Der Ausdruck „Generalversammlung“ bezeichnet die Generalversammlung der Vereinten Nationen.
(l) "Illicit traffic" means cultivation or trafficking in drugs contrary to the provisions of this Convention.	l) L'expression « trafic illicite » désigne la culture ou tout trafic de stupéfiants contraires aux buts de la présente Convention.	l) Der Ausdruck „unerlaubter Verkehr“ bezeichnet jedes gegen dieses Übereinkommen verstoßende Anbauen oder Inverkehrbringen von Suchtstoffen.
(m) "Import" and "export" mean in their respective connotations the physical transfer of drugs from one State to another State, or from one territory to another territory of the same State.	m) Les termes « importation » et « exportation » désignent, chacun avec son sens particulier, le transport matériel de stupéfiants d'un Etat dans un autre Etat ou d'un territoire dans un autre territoire du même Etat.	m) Die Ausdrücke „Einfuhr“ und „Ausfuhr“ bezeichnen je nach dem Zusammenhang die körperliche Verbringung von Suchtstoffen aus einem Staat in einen anderen oder aus einem Hoheitsgebiet in ein anderes Hoheitsgebiet desselben Staates.

- | | | |
|---|--|---|
| <p>(n) "Manufacture" means all processes, other than production, by which drugs may be obtained and includes refining as well as the transformation of drugs into other drugs.</p> | <p>n) Le terme « fabrication » désigne toutes les opérations, autres que la production, permettant d'obtenir des stupéfiants et comprend la purification de même que la transformation de stupéfiants en d'autres stupéfiants.</p> | <p>n) Der Ausdruck „Herstellung“ bezeichnet alle zur Erzeugung von Suchtstoffen geeigneten Verfahren mit Ausnahme der Gewinnung; er umfaßt sowohl das Reinigen von Suchtstoffen als auch deren Umwandlung in andere Suchtstoffe.</p> |
| <p>(o) "Medecinal opium" means opium which has undergone the processes necessary to adapt it for medicinal use.</p> | <p>o) L'expression « opium médicinal » désigne l'opium qui a subi les préparations nécessaires pour son utilisation thérapeutique.</p> | <p>o) Der Ausdruck „medizinisches Opium“ bezeichnet Opium, das die erforderlichen Verfahren durchlaufen hat, die es für den medizinischen Gebrauch geeignet machen.</p> |
| <p>(p) "Opium" means the coagulated juice of the opium poppy.</p> | <p>p) Le terme « opium » désigne le latex épaissi du pavot à opium.</p> | <p>p) Der Ausdruck „Opium“ bezeichnet den geronnenen Saft des Opiummohns.</p> |
| <p>(q) "Opium poppy" means the plant of the species <i>Papaver somniferum</i> L.</p> | <p>q) L'expression « pavot à opium » désigne la plante de l'espèce <i>Papaver somniferum</i>, L.</p> | <p>q) Der Ausdruck „Opiummohn“ bezeichnet die Pflanzenart <i>Papaver somniferum</i> L.</p> |
| <p>(r) "Poppy straw" means all parts (except the seeds) of the opium poppy, after mowing.</p> | <p>r) L'expression « paille de pavot » désigne toutes les parties (à l'exception des graines) du pavot à opium, après fauchage.</p> | <p>r) Der Ausdruck „Mohnstroh“ bezeichnet alle Teile (außer den Samen) des Opiummohns nach dem Mähen.</p> |
| <p>(s) "Preparation" means a mixture, solid or liquid, containing a drug.</p> | <p>s) Le terme « préparation » désigne un mélange, solide ou liquide, contenant un stupéfiant.</p> | <p>s) Der Ausdruck „Zubereitung“ bezeichnet ein festes oder flüssiges Gemisch, das einen Suchtstoff enthält.</p> |
| <p>(t) "Production" means the separation of opium, coca leaves, cannabis and cannabis resin from the plants from which they are obtained.</p> | <p>t) Le terme « production » désigne l'opération qui consiste à recueillir l'opium, la feuille de coca, le cannabis et la résine de cannabis des plantes qui les fournissent.</p> | <p>t) Der Ausdruck „Gewinnung“ bezeichnet die Trennung des Opiums, der Kokablätter, der Cannabis und des Cannabisharzes von den Pflanzen, aus denen sie gewonnen werden.</p> |
| <p>(u) "Schedule I", "Schedule II", "Schedule III" and "Schedule IV" mean the correspondingly numbered list of drugs or preparations annexed to this Convention, as amended from time to time in accordance with article 3.</p> | <p>u) Les expressions « Tableau I », « Tableau II », « Tableau III » et « Tableau IV » s'entendent des listes de stupéfiants ou de préparations annexées à la présente Convention et qui pourront être modifiées de temps à autre conformément à l'article 3.</p> | <p>u) Die Ausdrücke „Anhang I“, „Anhang II“, „Anhang III“ und „Anhang IV“ bezeichnen die entsprechend nummerierten, diesem Übereinkommen beigefügten Listen von Suchtstoffen und Zubereitungen in der auf Grund von Änderungen nach Artikel 3 jeweils gültigen Fassung.</p> |
| <p>(v) "Secretary-General" means the Secretary-General of the United Nations.</p> | <p>v) L'expression « Secrétaire général » désigne le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.</p> | <p>v) Der Ausdruck „Generalsekretär“ bezeichnet den Generalsekretär der Vereinten Nationen.</p> |
| <p>(w) "Special stocks" means the amounts of drugs held in a country or territory by the government of such country or territory for special Government purposes and to meet exceptional circumstances; and the expression "special purposes" shall be construed accordingly.</p> | <p>w) L'expression « stocks spéciaux » désigne les quantités de stupéfiants détenues dans un pays ou territoire par le gouvernement de ce pays ou territoire pour ses besoins spéciaux et en prévision de circonstances exceptionnelles; l'expression « besoins spéciaux » doit s'entendre en conséquence.</p> | <p>w) Der Ausdruck „Sonderbestände“ bezeichnet die Suchtstoffmengen, die in einem Staat oder Hoheitsgebiet von dessen Regierung für staatliche Sonderzwecke und im Hinblick auf außergewöhnliche Umstände verwahrt werden; der Ausdruck „Sonderzwecke“ ist entsprechend auszulegen.</p> |
| <p>(x) "Stocks" means the amounts of drugs held in a country or territory and intended for:</p> | <p>x) Le terme « stocks » désigne les quantités de stupéfiants détenues dans un pays ou territoire et destinées:</p> | <p>x) Der Ausdruck „Bestände“ bezeichnet die in einem Staat oder Hoheitsgebiet verwahrten, für folgende Zwecke bestimmten Suchtstoffmengen:</p> |
| <p>(i) Consumption in the country or territory for medical and scientific purposes,</p> | <p>i) A une consommation médicale et scientifique dans ce pays ou territoire;</p> | <p>i) Verbrauch in dem Staat oder Hoheitsgebiet für medizinische und wissenschaftliche Zwecke;</p> |
| <p>(ii) Utilization in the country or territory for the manufacture of drugs and other substances, or</p> | <p>ii) A la fabrication et à la préparation de stupéfiants et d'autres substances dans ce pays ou territoire;</p> | <p>ii) Verwendung in dem Staat oder Hoheitsgebiet für die Herstellung von Suchtstoffen und anderen Stoffen;</p> |
| <p>(iii) Export;</p> | <p>iii) A l'exportation;</p> | <p>iii) Ausfuhr;</p> |
| <p>but does not include the</p> | <p>mais n'inclut pas les quantités</p> | <p>unter Ausschluß jedoch der in</p> |

- amounts of drugs held in the country or territory
- (iv) By retail pharmacists or other authorized retail distributors and by institutions or qualified persons in the duly authorized exercise of therapeutic or scientific functions, or
- (v) As "special stocks".
- (y) "Territory" means any part of a State which is treated as a separate entity for the application of the system of import certificates and export authorizations provided for in article 31. This definition shall not apply to the term "territory" as used in articles 42 and 46.
2. For the purposes of this Convention a drug shall be regarded as "consumed" when it has been supplied to any person or enterprise for retail distribution, medical use or scientific research; and "consumption" shall be construed accordingly.
- de stupéfiants détenues dans un pays ou territoire par:
- iv) Les pharmaciens ou d'autres distributeurs détaillants autorisés et les établissements ou les personnes qualifiés dans l'exercice dûment autorisé de leurs fonctions thérapeutiques ou scientifiques; ou
- v) En tant que stocks spéciaux.
- y) Le terme « territoire » désigne toute partie d'un Etat qui est traitée comme une entité distincte pour l'application du système de certificats d'importation et d'autorisations d'exportation prévu à l'article 31. Cette définition ne s'applique pas au terme « territoire » tel qu'il est employé aux articles 42 et 46.
2. Aux fins de cette Convention, un stupéfiant sera considéré comme consommé lorsqu'il aura été fourni à toute personne ou entreprise pour la distribution au détail, pour l'usage médical ou pour la recherche scientifique; le mot « consommation » s'entendra conformément à cette définition.
- dem Staat oder Hoheitsgebiet vorhandenen Suchtmittelmengen,
- iv) die sich zwecks genehmigter Ausübung therapeutischer oder wissenschaftlicher Tätigkeiten im Gewahrsam von Apothekern, sonstigen zugelassenen Einzelverteilern und gehörig befugten Anstalten oder Personen befinden, oder
- v) die als Sonderbestände verwahrt werden.
- y) Der Ausdruck „Hoheitsgebiet“ bezeichnet jeden Teil eines Staates, der bei der Anwendung des in Artikel 31 vorgesehenen Systems von Einfuhrbescheinigungen und Ausfuhrbescheinigungen als gesonderte Einheit behandelt wird. Diese Begriffsbestimmung gilt nicht für den Ausdruck „Hoheitsgebiet“ in den Artikeln 42 und 46.
- (2) Im Sinne dieses Übereinkommens gilt ein Suchtstoff als „verbraucht“, wenn er zur Einzelverteilung, medizinischen Verwendung oder wissenschaftlichen Forschung an eine Person oder ein Unternehmen geliefert worden ist; der Ausdruck „Verbrauch“ ist entsprechend auszulegen.

Article 2

Substances under control

1. Except as to measures of control which are limited to specified drugs, the drugs in Schedule I are subject to all measures of control applicable to drugs under this Convention and in particular to those prescribed in articles 4 (c), 19, 20, 21, 29, 30, 31, 32, 33, 34 and 37.

2. The drugs in Schedule II are subject to the same measures of Control as drugs in Schedule I with the exception of the measures prescribed in article 30, paragraphs 2 and 5, in respect of the retail trade.

3. Preparations other than those in Schedule III are subject to the same measures of control as the drugs which they contain, but estimates (article 19) and statistics (article 20) distinct from those dealing with these drugs shall not be required in the case of such preparations, and article 29, paragraph 2 (c) and article 30, paragraph 1 (b) (ii) need not apply.

4. Preparations in Schedule III are subject to the same measures of con-

Article 2

Substances soumises au contrôle

1. Sauf en ce qui concerne les mesures de contrôle limitées à des stupéfiants donnés, les stupéfiants du Tableau I sont soumis à toutes les mesures de contrôle applicables aux stupéfiants visés par la présente Convention et, en particulier, aux mesures prévues dans les articles ci-après: 4 (paragraphe c), 19, 20, 21, 29, 30, 31, 32, 33, 34 et 37.

2. Les stupéfiants du Tableau II sont soumis aux mêmes mesures de contrôle que les stupéfiants du Tableau I, à l'exception des mesures prévues aux paragraphes 2 et 5 de l'article 30, en ce qui concerne le commerce de détail.

3. Les préparations autres que celles du Tableau III sont soumises aux mêmes mesures de contrôle que les stupéfiants qu'elles contiennent, mais les évaluations (article 19) et les statistiques (article 20) autres que celles se rapportant à ces stupéfiants ne seront pas requises dans le cas de telles préparations et les dispositions de l'article 29 (paragraphe 2, c) et de l'article 30 (paragraphe 1, b, ii) ne seront pas appliquées.

4. Les préparations du Tableau III sont soumises aux mêmes mesures de

Artikel 2

Unter Kontrolle stehende Stoffe

(1) Abgesehen von Kontrollmaßnahmen, die auf bestimmte Suchtstoffe beschränkt sind, gelten für die im Anhang I aufgeführten Suchtstoffe alle Kontrollmaßnahmen, welche auf die unter dieses Übereinkommen fallenden Suchtstoffe anwendbar sind, insbesondere die in den Artikeln 4 Buchstabe c, 19, 20, 21, 29, 30, 31, 32, 33, 34 und 37 vorgeschriebenen Maßnahmen.

(2) Für die im Anhang II aufgeführten Suchtstoffe gelten dieselben Kontrollmaßnahmen wie für die Suchtstoffe des Anhangs I mit Ausnahme der in Artikel 30 Absätze 2 und 5 in bezug auf den Einzelhandel vorgeschriebenen Maßnahmen.

(3) Für die nicht im Anhang III aufgeführten Zubereitungen gelten dieselben Kontrollmaßnahmen wie für die in ihnen enthaltenen Suchtstoffe; hinsichtlich dieser Zubereitungen brauchen jedoch Schätzungen (Artikel 19) und Statistiken (Artikel 20) nicht gesondert von den auf die betreffenden Suchtstoffe bezüglichen eingereicht und Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe c sowie Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe b Ziffer ii nicht angewandt zu werden.

(4) Für die im Anhang III aufgeführten Zubereitungen gelten dieselben

trol as preparations containing drugs in Schedule II except that article 31, paragraphs 1 (b) and 4 to 15 need not apply, and that for the purpose of estimates (article 19) and statistics (article 20) the information required shall be restricted to the quantities of drugs used in the manufacture of such preparations.

5. The drugs in Schedule IV shall also be included in Schedule I and subject to all measures of control applicable to drugs in the latter schedule, and in addition thereto:

- (a) A Party shall adopt any special measures of control which in its opinion are necessary having regard to the particularly dangerous properties of a drug so included; and
- (b) A Party shall, if in its opinion the prevailing conditions in its country render it the most appropriate means of protecting the public health and welfare, prohibit the production, manufacture, export and import of, trade in, possession or use of any such drug except for amounts which may be necessary for medical and scientific research only, including clinical trials therewith to be conducted under or subject to the direct supervision and control of the Party.

6. In addition to the measures of control applicable to all drugs in Schedule I, opium is subject to the provisions of articles 23 and 24, the coca leaf to those of articles 26 and 27 and cannabis to those of article 28.

7. The opium poppy, the coca bush, the cannabis plant, poppy straw and cannabis leaves are subject to the control measures prescribed in articles 22 to 24; 22, 26 and 27; 22 and 28; 25; and 28, respectively.

8. The Parties shall use their best endeavours to apply to substances which do not fall under this Convention, but which may be used in the illicit manufacture of drugs, such measures of supervision as may be practicable.

9. Parties are not required to apply the provisions of this Convention to drugs which are commonly used in industry for other than medical or scientific purposes, provided that:

contrôle que les préparations qui contiennent des stupéfiants du Tableau II, sauf que les paragraphes 1, b, et 3 à 15 de l'article 31 ne seront pas appliqués et que pour les évaluations (article 19) et les statistiques (article 20) les renseignements demandés seront limités aux quantités de stupéfiants utilisées dans la fabrication desdites préparations.

5. Les stupéfiants du Tableau IV seront également inclus au Tableau I et soumis à toutes les mesures de contrôle applicables aux stupéfiants de ce dernier Tableau, et en outre:

- a) Les Parties devront adopter toutes les mesures spéciales de contrôle qu'elles jugeront nécessaires en raison des propriétés particulièrement dangereuses des stupéfiants visés; et
- b) Les Parties devront si, à leur avis, la situation dans leur pays fait que c'est là le moyen le plus approprié de protéger la santé publique, interdire la production, la fabrication, l'exportation et l'importation, le commerce, la détention ou l'utilisation de tels stupéfiants à l'exception des quantités qui pourront être nécessaires exclusivement pour la recherche médicale et scientifique, y compris les essais cliniques avec lesdits stupéfiants, qui devront avoir lieu sous la surveillance et le contrôle directs de la dite Partie ou être subordonnés à cette surveillance et à ce contrôle.

6. En plus des mesures de contrôle applicables à tous les stupéfiants du Tableau I, l'opium est soumis aux dispositions des articles 23 et 24, la feuille de coca aux dispositions des articles 26 et 27 et le cannabis aux dispositions de l'article 28.

7. Le pavot à opium, le cocaïer, la plante de cannabis, la paille de pavot et les feuilles de cannabis sont soumis aux mesures de contrôle prévues respectivement aux articles 22 à 24; 22, 26 et 27; 22 et 28; 25; et 28.

8. Les Parties feront tout ce qui est en leur pouvoir afin de soumettre à des mesures de surveillance autant que faire se pourra les substances qui ne sont pas visées par la présente Convention, mais qui peuvent être utilisées pour la fabrication illicite de stupéfiants.

9. Les Parties ne sont pas tenues d'appliquer les dispositions de la présente Convention aux stupéfiants qui sont couramment employés dans l'industrie à des fins autres que les fins médicales ou scientifiques, à condition:

Kontrollmaßnahmen wie für die Zubereitungen, die Suchtstoffe des Anhangs II enthalten; jedoch braucht Artikel 31 Absatz 1 Buchstabe b und Absätze 4 bis 15 nicht angewandt zu werden, und die für Schätzungen (Artikel 19) und Statistiken (Artikel 20) erforderlichen Angaben sind auf die Suchtmengen zu beschränken, die bei der Herstellung dieser Zubereitungen verwendet werden.

(5) Die im Anhang IV aufgeführten Suchtstoffe werden auch in den Anhang I aufgenommen; für sie gelten alle auf Suchtstoffe des Anhangs I anzuwendenden Kontrollmaßnahmen und zusätzlich folgende:

- a) Jede Vertragspartei trifft alle besonderen Kontrollmaßnahmen, die sie im Hinblick auf die besonders gefährlichen Eigenschaften dieser Suchtstoffe für erforderlich hält;
- b) jede Vertragspartei verbietet die Gewinnung, Herstellung, Ausfuhr, Einfuhr, den Besitz und die Verwendung dieser Suchtstoffe sowie den Handel damit, wenn sie dies im Hinblick auf die in ihrem Staat herrschenden Verhältnisse für das geeignetste Mittel hält, die Volksgesundheit und das öffentliche Wohl zu schützen; ausgenommen sind die Mengen, welche lediglich für die medizinische und wissenschaftliche Forschung einschließlich klinischer Versuche benötigt werden; derartige Versuche sind unter unmittelbarer Aufsicht und Kontrolle der betreffenden Vertragspartei durchzuführen.

(6) Zusätzlich zu den auf alle Suchtstoffe des Anhangs I anzuwendenden Kontrollmaßnahmen gelten für Opium die Artikel 23 und 24, für Kokablätter die Artikel 26 und 27 und für Cannabis der Artikel 28.

(7) Für Opiummohn, den Kokastrauch, die Cannabispflanze, Mohnstroh und die Cannabisblätter gelten die Kontrollmaßnahmen der Artikel 22 bis 24; 22, 26 und 27; 22 und 28; 25; 28, soweit diese sich jeweils auf die in Betracht kommenden Rohstoffe beziehen.

(8) Die Vertragsparteien werden sich nach besten Kräften bemühen, auf Stoffe, die nicht unter dieses Übereinkommen fallen, aber zur unerlaubten Herstellung von Suchtstoffen verwendet werden können, alle durchführbaren Überwachungsmaßnahmen anzuwenden.

(9) Die Vertragsparteien sind nicht verpflichtet, dieses Übereinkommen auf Suchtstoffe anzuwenden, die in der gewerblichen Wirtschaft üblicherweise für andere als medizinische oder wissenschaftliche Zwecke verwendet werden,

- | | | |
|---|---|--|
| <p>(a) They ensure by appropriate methods of denaturing or by other means that the drugs so used are not liable to be abused or have ill effects (article 3, paragraph 3) and that the harmful substances cannot in practice be recovered; and</p> <p>(b) They include in the statistical information (article 20) furnished by them the amount of each drug so used.</p> | <p>a) Qu'elles prennent des mesures pour empêcher, en recourant à des procédés appropriés de dénaturation ou par tout autre moyen, que les stupéfiants ainsi employés puissent donner lieu à des abus ou produire des effets nocifs (article 3, paragraphe 3) et que dans la pratique la substance nocive puisse être récupérée; et</p> <p>b) Qu'elles fassent figurer dans les renseignements statistiques (article 20) qu'elles fournissent la quantité de chaque stupéfiant ainsi employé.</p> | <p>a) sofern sie durch geeignete Vergählungsverfahren oder auf andere Weise sicherstellen, daß die so verwendeten Suchtstoffe weder mißbraucht werden noch schädliche Wirkungen hervorrufen können (Artikel 3 Absatz 3) und daß die schädlichen Stoffe in der Praxis nicht zurückgewonnen werden können, und</p> <p>b) sofern sie in den von ihnen eingereichten statistischen Angaben (Artikel 20) die Menge jedes derart verwendeten Suchtstoffs anführen.</p> |
|---|---|--|

Article 3

Changes in the scope of control

1. Where a Party or the World Health Organization has information which in its opinion may require an amendment to any of the Schedules, it shall notify the Secretary-General and furnish him with the information in support of the notification.

2. The Secretary-General shall transmit such notification, and any information which he considers relevant, to the Parties, to the Commission, and, where the notification is made by a Party, to the World Health Organization.

3. Where a notification relates to a substance not already in Schedule I or in Schedule II,

- (i) The Parties shall examine in the light of the available information the possibility of the provisional application to the substance of all measures of control applicable to drugs in Schedule I;
- (ii) Pending its decision as provided in sub-paragraph (iii) of this paragraph, the Commission may decide that the Parties apply provisionally to that substance all measures of control applicable to drugs in Schedule I. The Parties shall apply such measures provisionally to the substance in question;
- (iii) If the World Health Organization finds that the substance is liable to similar abuse and productive of similar ill effects as the drugs in Schedule I or Schedule II or is convertible into a drug, it shall communicate that finding to the Commission which may, in accordance with the recommendation of the World Health Organization, decide that the substance shall be added to Schedule I or Schedule II.

Article 3

Modifications du champ d'application du contrôle

1. Si une Partie ou l'Organisation mondiale de la santé est en possession de renseignements qui, à son avis, rendent nécessaire de modifier l'un ou l'autre des Tableaux, elle adressera au Secrétaire général une notification accompagnée de tous les renseignements pertinents à l'appui de celle-ci.

2. Le Secrétaire général communiquera cette notification et les renseignements qu'il jugera pertinents aux Parties, à la Commission et, si la notification a été adressée par une Partie, à l'Organisation mondiale de la santé.

3. Si une notification se rapporte à une substance qui n'est pas déjà inscrite au Tableau I ou au Tableau II,

- i) Toutes les Parties examineront, compte tenu des renseignements disponibles, la possibilité d'appliquer provisoirement à la substance toutes les mesures de contrôle applicables aux stupéfiants du Tableau I;
- ii) En attendant sa décision, prise en vertu du sous-paragraphe iii du présent paragraphe, la Commission peut décider que les Parties appliquent provisoirement à ladite substance toutes les mesures de contrôle applicables aux stupéfiants du Tableau I. Les Parties appliqueront provisoirement ces mesures à la substance en question;
- iii) Si l'Organisation mondiale de la santé constate que cette substance peut donner lieu à des abus analogues et produire des effets nocifs analogues à ceux des stupéfiants du Tableau I ou du Tableau II, ou qu'elle est transformable en un stupéfiant, elle en avisera la Commission, et celle-ci pourra alors décider, selon la recommandation de l'Organisation mondiale de la santé, que cette substance sera inscrite au Tableau I ou au Tableau II.

Artikel 3

Änderungen im Umfang der Kontrolle

(1) Liegen einer Vertragspartei oder der Weltgesundheitsorganisation Angaben vor, die nach ihrer Auffassung die Änderung eines Anhangs erforderlich machen, so notifiziert sie dies dem Generalsekretär und leitet ihm alle diese Notifikation erhaltenden Angaben zu.

(2) Der Generalsekretär übermittelt die Notifikation und alle ihm erheblich erscheinenden Angaben den Vertragsparteien, der Kommission und, wenn die Notifikation von einer Vertragspartei ausging, der Weltgesundheitsorganisation.

(3) Betrifft die Notifikation einen nicht im Anhang I oder II aufgeführten Stoff,

- i) so prüfen die Vertragsparteien im Lichte der verfügbaren Angaben, ob es möglich ist, alle für die Suchtstoffe des Anhangs I geltenden Kontrollmaßnahmen auf diesen Stoff vorläufig anzuwenden;
- ii) so kann die Kommission beschließen, und zwar noch ehe sie den unter Ziffer iii) vorgesehenen Beschluß faßt, daß die Vertragsparteien alle für die Suchtstoffe des Anhangs I geltenden Kontrollmaßnahmen vorläufig auf diesen Stoff anwenden, und die Vertragsparteien haben entsprechend zu verfahren;
- iii) so teilt die Weltgesundheitsorganisation, falls sie feststellt, daß dieser Stoff ähnlich mißbraucht werden und ähnliche schädliche Wirkungen hervorrufen kann wie die im Anhang I oder II aufgeführten Suchtstoffe oder daß er in einen Suchtstoff verwandelt werden kann, diese Feststellung der Kommission mit; diese kann im Einklang mit der Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation beschließen, den Stoff in den Anhang I oder II aufzunehmen.

4. If the World Health Organization finds that a preparation because of the substances which it contains is not liable to abuse and cannot produce ill effects (paragraph 3) and that the drug therein is not readily recoverable, the Commission may, in accordance with the recommendation of the World Health Organization, add that preparation to Schedule III.

5. If the World Health Organization finds that a drug in Schedule I is particularly liable to abuse and to produce ill effects (paragraph 3) and that such liability is not offset by substantial therapeutic advantages not possessed by substances other than drugs in Schedule IV, the Commission may, in accordance with the recommendation of the World Health Organization, place that drug in Schedule IV.

6. Where a notification relates to a drug already in Schedule I or Schedule II or to a preparation in Schedule III, the Commission, apart from the measure provided for in paragraph 5, may, in accordance with the recommendation of the World Health Organization, amend any of the Schedules by:

- (a) Transferring a drug from Schedule I to Schedule II or from Schedule II to Schedule I; or
- (b) Deleting a drug or a preparation as the case may be, from a Schedule.

7. Any decision of the Commission taken pursuant to this article shall be communicated by the Secretary-General to all States Members of the United Nations, to non-member States Parties to this Convention, to the World Health Organization and to the Board. Such decision shall become effective with respect to each Party on the date of its receipt of such communication, and the Parties shall thereupon take such action as may be required under this Convention.

8. (a) The decisions of the Commission amending any of the schedules shall be subject to review by the Council upon the request of any Party filed within ninety days from receipt of notification of the decision. The request for review shall be sent to the Secretary-General together with all relevant information upon which the request for review is based;

(b) The Secretary-General shall transmit copies of the request for review and relevant information to the Commission, the World Health

4. Si l'Organisation mondiale de la santé constate qu'une préparation ne peut, en raison des substances qu'elle contient, donner lieu à des abus ni produire d'effets nocifs (paragraphe 3) et que le stupéfiant qu'elle contient n'est pas facilement récupérable, la Commission, selon la recommandation de l'Organisation mondiale de la santé, pourra inscrire cette préparation au Tableau III.

5. Si l'Organisation mondiale de la santé constate qu'un stupéfiant du Tableau I est particulièrement susceptible de donner lieu à des abus et de produire des effets nocifs (paragraphe 3), et que ce danger n'est pas compensé par des avantages thérapeutiques appréciables que ne posséderaient pas des substances autres que celles du Tableau IV, la Commission peut, selon la recommandation de l'Organisation mondiale de la santé, inscrire ce stupéfiant au Tableau IV.

6. Lorsqu'une notification a trait à un stupéfiant du Tableau I ou du Tableau II ou à une préparation du Tableau III, la Commission, mise à part l'action prévue par le paragraphe 5, peut, selon la recommandation de l'Organisation mondiale de la santé, modifier l'un ou l'autre des Tableaux, soit:

- a) En transférant un stupéfiant du Tableau I au Tableau II ou du Tableau II au Tableau I; ou
- b) En rayant un stupéfiant ou une préparation, selon le cas, d'un Tableau.

7. Toute décision de la Commission prise en application du présent article sera communiquée par le Secrétaire général à tous les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies, aux Etats non membres Parties à la présente Convention, à l'Organisation mondiale de la santé et à l'Organe. La décision prendra effet à l'égard de chaque Partie à la date de réception de la communication susvisée, et les Parties prendront alors toutes mesures requises par la présente Convention.

8. a) Toute décision de la Commission de modifier un tableau sera soumise à l'examen du Conseil si une Partie en fait la demande dans les quatre-vingt-dix jours qui suivront la réception de la notification de la décision. Cette demande sera présentée au Secrétaire général avec tous renseignements pertinents à l'appui.

b) Le Secrétaire général communiquera copie de cette demande et des renseignements pertinents à la Commission, à l'Organisation mondiale de

(4) Stellt die Weltgesundheitsorganisation fest, daß eine Zubereitung im Hinblick auf die darin enthaltenen Stoffe weder mißbraucht werden noch schädliche Wirkungen hervorrufen kann (Absatz 3) und daß es nur schwer möglich ist, den darin enthaltenen Suchtstoff zurückzugewinnen, so kann die Kommission im Einklang mit der Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation diese Zubereitung in den Anhang III aufnehmen.

(5) Stellt die Weltgesundheitsorganisation fest, daß ein im Anhang I aufgeführter Suchtstoff besonders geeignet ist, mißbraucht zu werden und schädliche Wirkungen hervorzurufen (Absatz 3) und daß diese Eigenschaft nicht durch erhebliche therapeutische Vorzüge aufgewogen wird, die anderen, im Anhang IV nicht aufgeführten Stoffe fehlen, so kann die Kommission im Einklang mit der Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation diesen Suchtstoff in den Anhang IV aufnehmen.

(6) Betrifft eine Notifikation einen im Anhang I oder II aufgeführten Suchtstoff oder eine im Anhang III aufgeführte Zubereitung, so kann die Kommission außer der in Absatz 5 vorgesehenen Maßnahme im Einklang mit der Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation einen jeden Anhang ändern,

- a) indem sie einen Suchtstoff aus dem Anhang I in den Anhang II oder aus dem Anhang II in den Anhang I überträgt, oder
- b) indem sie einen Suchtstoff oder eine Zubereitung aus einem Anhang streicht.

(7) Jeden Beschluß der Kommission auf Grund dieses Artikels teilt der Generalsekretär allen Mitgliedern der Vereinten Nationen, allen Nichtmitgliedern, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, der Weltgesundheitsorganisation und dem Suchtstoffamt mit. Der Beschluß tritt für jede Vertragspartei mit Eingang dieser Mitteilung in Kraft, und die Parteien treffen sodann die nach diesem Übereinkommen erforderlichen Maßnahmen.

(8) a) Die Beschlüsse der Kommission zur Änderung eines Anhangs unterliegen der Nachprüfung durch den Rat, wenn eine Vertragspartei dies binnen neunzig Tagen beantragt, nachdem die Notifikation des Beschlusses bei ihr eingegangen ist. Der Antrag auf Nachprüfung ist zusammen mit allen ihn begründenden erheblichen Angaben beim Generalsekretär zu stellen;

b) der Generalsekretär leitet der Kommission, der Weltgesundheitsorganisation und allen Vertragsparteien Abschriften des Nachprüfungs-

Organization and to all the Parties inviting them to submit comments within ninety days. All comments received shall be submitted to the Council for consideration;

(c) The Council may confirm, alter or reverse the decision to the Commission, and the decision of the council shall be final. Notification of the Council's decision shall be transmitted to all States Members of the United Nations, to non-member States Parties to this Convention, to the Commission, to the World Health Organization, and to the Board.

(d) During pendency of the review the original decision of the Commission shall remain in effect.

9. Decisions of the Commission taken in accordance with this article shall not be subject to the review procedure provided for in article 7.

Article 4

General obligations

The Parties shall take such legislative and administrative measures as may be necessary:

- (a) To give effect to and carry out the provisions of this Convention within their own territories;
- (b) To co-operate with other States in the execution of the provisions of this Convention; and
- (c) Subject to the provisions of this Convention, to limit exclusively to medical and scientific purposes the production, manufacture, export, import, distribution of, trade in, use and possession of drugs.

Article 5

The international control organs

The Parties, recognizing the competence of the United Nations with respect to the international control of drugs, agree to entrust to the Commission on Narcotic Drugs of the Economic and Social Council, and to the International Narcotics Control Board, the functions respectively assigned to them under this Convention.

Article 6

Expenses of the international control organs

The expenses of the Commission and the Board will be borne by the United Nations in such manner as shall be decided by the General Assembly. The Parties which are not members of the United Nations shall

la santé et à toutes les Parties, qu'il invitera à présenter leurs observations dans les quatre-vingt-dix jours. Toutes les observations reçues seront soumises à l'examen du Conseil.

c) Le Conseil pourra confirmer, modifier ou annuler la décision de la Commission; il statuera en dernier ressort. Sa décision sera notifiée à tous les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies, aux Etats non membres Parties à la présente Convention, à la Commission, à l'Organisation mondiale de la santé et à l'Organe.

d) En attendant son examen par le Conseil, la décision de la Commission restera en vigueur.

9. Les décisions de la Commission prises en application du présent article ne seront pas soumises à l'examen prévu à l'article 7.

Article 4

Obligations générales

Les Parties prendront les mesures législatives et administratives qui pourront être nécessaires:

- a) Pour exécuter les dispositions de la présente Convention dans leurs propres territoires;
- b) Pour coopérer avec les autres Etats à l'exécution des dispositions de ladite Convention; et
- c) Sous réserve des dispositions de la présente Convention, pour limiter exclusivement aux fins médicales et scientifiques la production, la fabrication, l'exportation, l'importation, la distribution, le commerce, l'emploi et la détention des stupéfiants.

Article 5

Les organes internationaux de contrôle

Reconnaissant la compétence de l'Organisation des Nations Unies en matière de contrôle international des stupéfiants, les Parties conviennent de confier à la Commission des stupéfiants du Conseil économique et social et à l'Organe international de contrôle des stupéfiants les fonctions qui sont respectivement attribuées à ces organes par la présente Convention.

Article 6

Dépenses des organes internationaux de contrôle

L'Organisation des Nations Unies assume les dépenses de la Commission et de l'Organe dans des conditions qui seront déterminées par l'Assemblée générale. Les Parties qui ne sont pas membres de l'Organisation

antrags und der diesbezüglichen Angaben mit der Aufforderung zu, binnen neunzig Tagen hierzu Stellung zu nehmen. Alle eingehenden Stellungnahmen werden dem Rat zur Erwägung vorgelegt;

c) der Rat kann den Beschluß der Kommission bestätigen, ändern oder aufheben; der diesbezügliche Beschluß des Rates ist endgültig. Er wird allen Mitgliedern der Vereinten Nationen, den Nichtmitgliedstaaten, die Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, der Kommission, der Weltgesundheitsorganisation und dem Suchtstoffamt notifiziert;

d) solange die Nachprüfung dauert, bleibt der ursprüngliche Beschluß der Kommission in Kraft.

(9) Beschlüsse der Kommission nach diesem Artikel unterliegen nicht dem in Artikel 7 vorgesehenen Nachprüfungsverfahren.

Artikel 4

Allgemeine Verpflichtungen

Die Vertragsparteien treffen alle erforderlichen Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen,

- a) um dieses Übereinkommen in ihren eigenen Hoheitsgebieten durchzuführen,
- b) um bei der Durchführung dieses Übereinkommens mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten und
- c) um nach Maßgabe dieses Übereinkommens die Gewinnung, Herstellung, Ausfuhr, Einfuhr, Verteilung, Verwendung und den Besitz von Suchtstoffen sowie den Handel damit auf ausschließlich medizinische und wissenschaftliche Zwecke zu beschränken.

Artikel 5

Die internationalen Kontrollorgane

In Anerkennung der Zuständigkeit der Vereinten Nationen für die internationale Suchtstoffkontrolle vereinbaren die Vertragsparteien, die Suchtstoffkommission des Wirtschafts- und Sozialrats und das Internationale Suchtstoff-Kontrollamt mit den diesen Organen in diesem Übereinkommen zugewiesenen Aufgaben zu betrauen.

Artikel 6

Ausgaben der internationalen Kontrollorgane

Die Ausgaben der Kommission und des Suchtstoffamts gehen zu Lasten der Vereinten Nationen, das Nähere regelt die Generalversammlung. Vertragsparteien, die nicht Mitglied der Vereinten Nationen sind, leisten zu

contribute to these expenses such amounts as the General Assembly finds equitable and assess from time to time after consultation with the Governments of these Parties.

Article 7

Review of decisions and recommendations of the Commission

Except for decisions under article 3, each decision or recommendation adopted by the Commission pursuant to the provisions of this Convention shall be subject to approval or modification by the Council or the General Assembly in the same way as other decisions or recommendations of the Commission.

Article 8

Functions of the Commission

The Commission is authorized to consider all matters pertaining to the aims of this Convention, and in particular:

- (a) To amend the Schedules in accordance with article 3;
- (b) To call the attention of the Board to any matters which may be relevant to the functions of the Board;
- (c) To make recommendations for the implementation of the aims and provisions of this Convention, including programmes of scientific research and the exchange of information of a scientific or technical nature; and
- (d) To draw the attention of non-parties to decisions and recommendations which it adopts under this Convention, with a view to their considering taking action in accordance therewith.

Article 9

Composition of the Board

1. The Board shall consist of eleven members to be elected by the Council as follows:

- (a) Three members with medical, pharmacological or pharmaceutical experience from a list of at least five persons nominated by the World Health Organization; and
- (b) Eight members from a list of persons nominated by the Members of the United Nations and by Parties which are not Members of the United Nations.

des Nations Unies contribueront aux frais des organes internationaux de contrôle, l'Assemblée générale fixant périodiquement, après avoir consulté les gouvernements de ces Parties, le montant des contributions qu'elle jugera équitable.

Article 7

Revision des décisions et recommandations de la Commission

Sauf en ce qui concerne les décisions prévues à l'article 3, toute décision ou recommandation adoptée par la Commission en exécution des dispositions de la présente Convention est prise sous réserve de l'approbation du Conseil ou de l'Assemblée générale ou de toute modification adoptée par l'un ou l'autre de ces organes de la même manière que les autres décisions ou recommandations de la Commission.

Article 8

Fonctions de la Commission

La Commission est habilitée à examiner toutes les questions ayant trait aux buts de la présente Convention, et en particulier:

- a) A modifier les tableaux conformément à l'article 3;
- b) A appeler l'attention de l'Organe sur toutes les questions qui peuvent avoir trait aux fonctions de celui-ci;
- c) A formuler des recommandations pour mettre en œuvre les dispositions de la présente Convention ou atteindre les buts qu'elle vise, y compris des programmes de recherche scientifique et les échanges de renseignements de caractère scientifique ou technique; et
- d) A attirer l'attention des Etats non parties sur les décisions et recommandations qu'elle adopte conformément aux fonctions que lui confère la présente Convention de façon qu'ils examinent les mesures qu'elle peut être amenée à prendre en vertu de la présente Convention.

Article 9

Composition de l'Organe

1. L'Organe se compose de onze membres élus par le Conseil ainsi qu'il suit:

- a) Trois membres ayant l'expérience de la médecine, de la pharmacologie ou de la pharmacie et choisis sur une liste d'au moins cinq personnes désignées par l'Organisation mondiale de la santé; et
- b) Huit membres choisis sur une liste de personnes désignées par les Membres de l'Organisation des Nations Unies et par les Parties qui n'en sont pas membres.

diesen Ausgaben Beiträge in der von der Generalversammlung für angemessen erachteten und nach Konsultation mit den Regierungen dieser Vertragsparteien jeweils festgesetzten Höhe.

Artikel 7

Nachprüfung von Beschlüssen und Empfehlungen der Kommission

Mit Ausnahme der in Artikel 3 vorgesehenen Beschlüsse unterliegen alle auf Grund dieses Übereinkommens von der Kommission angenommenen Beschlüsse und Empfehlungen in gleicher Weise wie ihre sonstigen Beschlüsse und Empfehlungen der Genehmigung oder Änderung durch den Rat oder die Generalversammlung.

Artikel 8

Aufgaben der Kommission

Die Kommission ist ermächtigt, sämtliche die Ziele dieses Übereinkommens betreffenden Angelegenheiten zu behandeln und insbesondere

- a) die Anhänge nach Maßgabe des Artikels 3 zu ändern,
- b) das Suchtstoffamt auf jede mit dessen Aufgaben zusammenhängende Angelegenheit aufmerksam zu machen,
- c) zur Verwirklichung der Ziele und Bestimmungen dieses Übereinkommens Empfehlungen abzugeben, einschließlich solcher über wissenschaftliche Forschungsprogramme und den Austausch wissenschaftlicher oder fachlicher Informationen, sowie
- d) Nichtvertragsparteien auf die von ihr nach diesem Übereinkommen angenommenen Beschlüsse und Empfehlungen aufmerksam zu machen, damit sie entsprechende Maßnahmen in Erwägung ziehen können.

Artikel 9

Zusammensetzung des Suchtstoffamts

(1) Das Suchtstoffamt besteht aus elf vom Rat wie folgt zu wählenden Mitgliedern:

- a) drei Mitgliedern mit medizinischer, pharmakologischer oder pharmazeutischer Erfahrung aus einer Liste von mindestens fünf Personen, die von der Weltgesundheitsorganisation benannt werden, sowie
- b) acht Mitgliedern aus einer Liste von Personen, die von den Mitgliedern der Vereinten Nationen und von den Vertragsparteien benannt werden, die nicht Mitglied der Vereinten Nationen sind.

2. Members of the Board shall be persons who, by their competence, impartiality and disinterestedness, will command general confidence. During their term of office they shall not hold any position or engage in any activity which would be liable to impair their impartiality in the exercise of their functions. The Council shall, in consultation with the Board, make all arrangements necessary to ensure the full technical independence of the Board in carrying out its functions.

3. The Council, with due regard to the principle of equitable geographic representation, shall give consideration to the importance of including on the Board, in equitable proportion, persons possessing a knowledge of the drug situation in the producing, manufacturing, and consuming countries, and connected with such countries

Article 10

Terms of office and remuneration of members of the Board

1. The members of the Board shall serve for a period of three years, and shall be eligible for re-election.

2. The term of office of each member of the Board shall end on the eve of the first meeting of the Board which his successor shall be entitled to attend.

3. A member of the Board who has failed to attend three consecutive sessions shall be deemed to have resigned.

4. The Council, on the recommendation of the Board, may dismiss a member of the Board who has ceased to fulfil the conditions required for membership by paragraph 2 of article 9. Such recommendation shall be made by an affirmative vote of eight members of the Board.

5. Where a vacancy occurs on the Board during the term of office of a member, the Council shall fill such vacancy as soon as possible and in accordance with the applicable provisions of article 9, by electing another member for the remainder of the term.

6. The members of the Board shall receive an adequate remuneration as determined by the General Assembly.

Article 11

Rules of procedure of the Board

1. The Board shall elect its own President and such other officers as

2. Les membres de l'Organe doivent être des personnes qui, par leur compétence, leur impartialité et leur désintéressement, inspirent la confiance générale. Pendant la durée de leur mandat, elles ne doivent occuper aucun poste ni se livrer à aucune activité qui soit de nature à les empêcher d'exercer avec impartialité leurs fonctions. Le Conseil prend, en consultation avec l'Organe, toutes les dispositions nécessaires pour assurer la pleine indépendance technique de ce dernier dans l'exercice de ses fonctions.

3. Le Conseil, eu égard au principe d'une représentation géographique équitable, doit tenir compte de l'intérêt qu'il y a à faire entrer dans l'Organe, en proportion équitable, des personnes qui soient au courant de la situation en matière de stupéfiants dans les pays producteurs, fabricants et consommateurs et qui aient des attaches avec lesdits pays.

Article 10

Durée du mandat et rémunération des membres de l'Organe

1. Le mandat des membres de l'Organe est de trois ans et il est renouvelable.

2. Le mandat de chaque membre de l'Organe se termine la veille de la première séance de l'Organe à laquelle son successeur a le droit de siéger.

3. Un membre de l'Organe qui a été absent lors de trois sessions consécutives sera considéré comme démissionnaire.

4. Le Conseil peut, sur la recommandation de l'Organe, révoquer un membre de l'Organe qui ne remplit plus les conditions requises au paragraphe 2 de l'article 9. Cette recommandation doit être formulée par un vote affirmatif de huit membres de l'Organe.

5. Lorsque le siège d'un membre de l'Organe devient vacant au cours du mandat de son titulaire, le Conseil pourvoit à cette vacance en élisant un autre membre aussitôt que possible pour le reste de la durée du mandat, conformément aux dispositions applicables de l'article 9.

6. Les membres de l'Organe reçoivent une rémunération appropriée dont le montant est fixé par l'Assemblée générale.

Article 11

Règlement intérieur de l'Organe

1. L'Organe élit son président et les membres dont l'élection lui paraît né-

(2) Als Mitglieder des Suchtstoffamts sind Personen zu berufen, die wegen ihrer fachlichen Befähigung, Unparteilichkeit und Unbeteiligtheit allgemeines Vertrauen genießen. Sie dürfen während ihrer Amtszeit keine Stellung bekleiden und keine Tätigkeit ausüben, die geeignet wäre, ihre Unparteilichkeit bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu beeinträchtigen. Der Rat trifft in Konsultation mit dem Suchtstoffamt alle erforderlichen Vorkehrungen, um die volle fachliche Unabhängigkeit des Suchtstoffamts bei der Erfüllung seiner Aufgaben sicherzustellen.

(3) Der Rat berücksichtigt unter Beachtung des Grundsatzes einer angemessenen geographischen Vertretung, daß es wichtig ist, in das Suchtstoffamt in einem angemessenen Verhältnis Personen aufzunehmen, die Kenntnisse der Suchtstoffprobleme in den Gewinnungs-, Herstellungs- und Verbrauchsländern besitzen und Verbindungen zu solchen Ländern haben.

Artikel 10

Amtszeit und Vergütung der Mitglieder des Suchtstoffamts

(1) Die Amtszeit der Mitglieder des Suchtstoffamts beträgt drei Jahre; ihre Wiederwahl ist zulässig.

(2) Die Amtszeit eines Mitglieds des Suchtstoffamts endet am Vortag derjenigen Sitzung des Amtes, an der sein Nachfolger erstmals teilzunehmen berechtigt ist.

(3) Ein Mitglied des Suchtstoffamts, das drei aufeinanderfolgenden Tagungen ferngeblieben ist, gilt als zurückgetreten.

(4) Der Rat kann auf Empfehlung des Suchtstoffamts ein Mitglied dieses Amtes entlassen, wenn es die in Artikel 9 Absatz 2 festgelegten Voraussetzungen der Mitgliedschaft nicht mehr erfüllt. Die Empfehlung bedarf der Zustimmung von acht Mitgliedern des Amtes.

(5) Wird die Stelle eines Mitglieds des Suchtstoffamts vor Ablauf seiner Amtszeit frei, so besetzt der Rat diese Stelle sobald wie möglich im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des Artikels 9, indem er für die restliche Amtszeit ein anderes Mitglied wählt.

(6) Die Mitglieder des Suchtstoffamts erhalten eine angemessene Vergütung; sie wird von der Generalversammlung festgesetzt.

Artikel 11

Geschäftsordnung des Suchtstoffamts

(1) Das Suchtstoffamt wählt seinen Präsidenten und die sonstigen Amts-

it may consider necessary and shall adopt its rules of procedure.

2. The Board shall meet as often as, in its opinion, may be necessary for the proper discharge of its functions, but shall hold at least two sessions in each calendar year.

3. The quorum necessary at meetings of the Board shall consist of seven members.

Article 12

Administration of the estimate system

1. The Board shall fix the date or dates by which, and the manner in which, the estimates as provided in article 19 shall be furnished and shall prescribe the forms therefor.

2. The Board shall, in respect of countries and territories to which this Convention does not apply, request the Governments concerned to furnish estimates in accordance with the provisions of this Convention.

3. If any State fails to furnish estimates in respect of any of its territories by the date specified, the Board shall, as far as possible, establish the estimates. The Board in establishing such estimates shall, to the extent practicable, do so in co-operation with the Government concerned.

4. The Board shall examine the estimates, including supplementary estimates, and, except as regards requirements for special purposes, may require such information as it considers necessary in respect of any country or territory on behalf of which an estimate has been furnished, in order to complete the estimate or to explain any statement contained therein.

5. The Board shall as expeditiously as possible confirm the estimates, including supplementary estimates, or, with the consent of the Government concerned, may amend such estimates.

6. In addition to the reports mentioned in article 15, the Board shall, at such times as it shall determine but at least annually, issue such information on the estimates as in its opinion will facilitate the carrying out of this Convention.

Article 13

Administration of the statistical returns system

1. The Board shall determine the manner and form in which statistical returns shall be furnished as provided

cessaire pour constituer son bureau; il adopte son règlement intérieur.

2. L'Organe se réunit aussi souvent qu'il le juge nécessaire à l'accomplissement satisfaisant de ses fonctions, mais il doit tenir au moins deux sessions par année civile.

3. Le quorum indispensable pour les réunions de l'Organe est de sept membres.

Article 12

Application du régime des évaluations

1. L'Organe fixera la date ou les dates auxquelles les évaluations devront être fournies, conformément à l'article 19, ainsi que la forme sous laquelle elles devront être présentées, et il prescrira des formulaires à cette fin.

2. En ce qui concerne les pays et territoires auxquels ne s'applique pas la présente Convention, l'Organe invitera les gouvernements intéressés à fournir des évaluations conformément aux dispositions de celle-ci.

3. Au cas où un Etat ne fournirait pas conformément à la date fixée les évaluations relatives à l'un de ses territoires, l'Organe les établira lui-même dans la mesure du possible, et, autant que faire se pourra, en coopération avec le gouvernement intéressé.

4. L'Organe examinera les évaluations, y compris les évaluations supplémentaires, et, sauf en ce qui concerne les besoins spéciaux, il pourra demander pour chaque pays ou territoire pour lequel une évaluation aura été fournie, les renseignements qu'il estimera nécessaires afin de compléter les évaluations ou d'élucider telle indication qui s'y trouve.

5. L'Organe confirmera ensuite, dans le plus bref délai possible, les évaluations, y compris les évaluations supplémentaires; il pourra également les modifier avec le consentement du gouvernement intéressé.

6. Outre la documentation prévue à l'article 15, l'Organe publiera, aux dates qu'il aura fixées, mais au moins une fois par an, les renseignements relatifs aux évaluations qui lui paraîtront devoir faciliter l'application de la présente Convention.

Article 13

Application du régime des statistiques

1. L'Organe fixera la manière et la forme sous lesquelles les statistiques devront être fournies comme prévu à

träger, die es für erforderlich hält; es gibt sich eine Geschäftsordnung.

(2) Das Suchtstoffamt tritt so oft zusammen, wie dies nach seiner Auffassung zur ordnungsgemäßen Wahrnehmung seiner Aufgaben erforderlich ist; es hält jedoch in jedem Kalenderjahr mindestens zwei Tagungen ab.

(3) Das Suchtstoffamt ist verhandlungsfähig, wenn mindestens sieben seiner Mitglieder anwesend sind.

Artikel 12

Handhabung des Schätzungsverfahrens

(1) Das Suchtstoffamt bestimmt, wann und in welcher Weise die in Artikel 19 vorgesehenen Schätzungen einzureichen sind; es schreibt die hierfür erforderlichen Formblätter vor.

(2) Das Suchtstoffamt ersucht die Regierungen der Staaten und Hoheitsgebiete, für welche dieses Übereinkommen nicht gilt, ihm Schätzungen nach Maßgabe dieses Übereinkommens einzureichen.

(3) Reicht ein Staat für eines seiner Hoheitsgebiete zu dem festgesetzten Zeitpunkt keine Schätzungen ein, so stellt das Suchtstoffamt nach Möglichkeit selbst die Schätzungen auf. Hierbei arbeitet es mit der betreffenden Regierung soweit tunlich zusammen.

(4) Das Suchtstoffamt prüft die Schätzungen einschließlich der Nachtragsschätzungen; es kann, soweit es sich nicht um Bedarf für Sonderzwecke handelt, zusätzliche Angaben anfordern, soweit es solche in bezug auf einen Staat oder ein Hoheitsgebiet, für die eine Schätzung eingereicht worden ist, für erforderlich hält, um die Schätzung zu ergänzen oder eine darin enthaltene Angabe zu erläutern.

(5) Das Suchtstoffamt bestätigt sobald wie möglich die Schätzungen einschließlich der Nachtragsschätzungen; es kann sie mit Zustimmung der betreffenden Regierung ändern.

(6) Zusätzlich zu den in Artikel 15 erwähnten Berichten veröffentlicht das Suchtstoffamt zu Zeitpunkten, die es bestimmt, jedoch mindestens einmal jährlich, Angaben über die Schätzungen, soweit dies nach seiner Auffassung die Durchführung dieses Übereinkommens erleichtert.

Artikel 13

Handhabung des Statistikverfahrens

(1) Das Suchtstoffamt bestimmt, in welcher Weise und Form die in Artikel 20 vorgesehenen statistischen Auf-

in article 20 and shall prescribe the forms therefor.

2. The Board shall examine the returns with a view to determining whether a Party or any other State has complied with the provisions of this Convention.

3 The Board may require such further information as it considers necessary to complete or explain the information contained in such statistical returns.

4. It shall not be within the competence of the Board to question or express an opinion on statistical information respecting drugs required for special purposes.

l'article 20 et prescrira les formulaires à cette fin.

2. L'Organe examinera les statistiques afin de déterminer si les Parties ou tous autres Etats se sont conformés aux dispositions de la présente Convention.

3. L'Organe pourra demander les renseignements supplémentaires qu'il estimera nécessaires pour compléter ces statistiques ou élucider telle indication qui s'y trouve.

4. L'Organe n'aura pas compétence pour poser des questions ou exprimer une opinion au sujet des statistiques relatives aux stupéfiants requis pour les besoins spéciaux.

stellungen einzureichen sind; es schreibt die hierfür erforderlichen Formblätter vor.

(2) Das Suchtstoffamt prüft die statistischen Aufstellungen, um zu ermitteln, ob die einzelnen Vertragsparteien oder sonstige Staaten dieses Übereinkommen eingehalten haben.

(3) Das Suchtstoffamt kann zusätzliche Angaben anfordern, soweit es solche für erforderlich hält, um die in den statistischen Aufstellungen enthaltenen Angaben zu ergänzen oder zu erläutern.

(4) Das Suchtstoffamt ist nicht befugt, zu statistischen Angaben über Suchtstoffe, die für Sonderzwecke benötigt werden, Fragen zu stellen oder eine Auffassung zu äußern.

Article 14

Measures by the Board to ensure the execution of provisions of the Convention

1. (a) If, on the basis of its examination of information submitted by Governments to the Board under the provisions of this Convention, or of information communicated by United Nations organs and bearing on questions arising under those provisions, the Board has reason to believe that the aims of this Convention are being seriously endangered by reason of the failure of any country or territory to carry out the provisions of this Convention, the Board shall have the right to ask for explanations from the Government of the country or territory in question. Subject to the right of the Board to call the attention of the Parties, the Council and the Commission to the matter referred to in sub-paragraph (c) below, it shall treat as confidential a request for information or an explanation by a Government under this sub-paragraph.

(b) After taking action under sub-paragraph (a) above, the Board, if satisfied that it is necessary to do so, may call upon the Government concerned to adopt such remedial measures as shall seem under the circumstances to be necessary for the execution of the provisions of this Convention.

(c) If the Board finds that the Government concerned has failed to give satisfactory explanations when called upon to do so under sub-paragraph (a) above, or has failed to adopt any remedial measures which it has been called upon to take under sub-paragraph (b) above, it may call the attention of the Parties, the Council and the Commission to the matter.

Article 14

Mesures à prendre par l'Organe pour assurer l'exécution des dispositions de la Convention

1. a) Si, après examen des renseignements adressés à l'Organe par le gouvernement conformément aux dispositions de la présente Convention ou des renseignements communiqués par des organes des Nations Unies et ayant trait à des questions relevant desdites dispositions, l'Organe a motif de croire que les buts de la présente Convention sont sérieusement compromis du fait qu'une Partie ou un pays ou territoire manque d'exécuter les dispositions de la Convention, l'Organe a le droit de demander des explications au gouvernement du pays ou territoire intéressé. Sous réserve du droit qu'il possède d'appeler l'attention des Parties et du Conseil et de la Commission sur la question, ainsi qu'il est prévu à l'alinéa c ci-dessous, l'Organe considérera comme confidentielle une demande de renseignements ou une explication fournie par un gouvernement conformément au présent alinéa.

b) Après avoir agi conformément à l'alinéa a ci-dessus, l'Organe peut, s'il juge nécessaire de le faire, demander au gouvernement intéressé de prendre les mesures correctives qui, en raison des circonstances, peuvent paraître nécessaires pour assurer l'exécution des dispositions de la présente Convention.

c) Si l'Organe constate que le gouvernement intéressé a manqué de donner des explications satisfaisantes lorsqu'il a été invité à le faire conformément à l'alinéa a ci-dessus, ou a négligé d'adopter toute mesure corrective qu'il a été invité à prendre conformément à l'alinéa b ci-dessus, il peut appeler l'attention des Parties, du Conseil et de la Commission sur la question.

Artikel 14

Maßnahmen des Suchtstoffamts, um die Durchführung dieses Übereinkommens sicherzustellen

(1) a) Hat das Suchtstoffamt die Angaben geprüft, die ihm von den Regierungen nach diesem Übereinkommen eingereicht werden und die ihm von Organen der Vereinten Nationen über Fragen zugeleitet werden, welche unter dieses Übereinkommen fallen, und hat es daraufhin Grund zu der Annahme, daß die Ziele dieses Übereinkommens ernstlich gefährdet sind, weil ein Staat oder ein Hoheitsgebiet das Übereinkommen nicht durchführt, so ist es berechtigt, die Regierung des betreffenden Staates oder Hoheitsgebietes um Erläuterungen zu ersuchen. Vorbehaltlich des Rechts des Suchtstoffamts, die Vertragsparteien, den Rat und die Kommission auf die unter Buchstabe c erwähnte Angelegenheit aufmerksam zu machen, behandelt es ein Ersuchen um Auskunft oder die Erläuterung einer Regierung auf Grund dieses Buchstabens als vertraulich.

b) Ist das Suchtstoffamt auf Grund des Buchstabens a tätig geworden, so kann es in der Folge die betreffende Regierung auffordern, wenn es dies für erforderlich erachtet, die unter den gegebenen Umständen zur Durchführung dieses Übereinkommens erforderlichen Abhilfemaßnahmen zu treffen.

c) Stellt das Suchtstoffamt fest, daß die betreffende Regierung nach einem Ersuchen auf Grund des Buchstabens a keine zufriedenstellende Erläuterung gegeben oder nach Aufforderung auf Grund des Buchstabens b keine Abhilfemaßnahmen getroffen hat, so kann es die Vertragsparteien, den Rat und die Kommission auf diese Angelegenheit aufmerksam machen.

2. The Board, when calling the attention of the Parties, the Council and the Commission to a matter in accordance with paragraph 1 (c) above, may, if it is satisfied that such a course is necessary, recommend to Parties that they stop the import of drugs, the export of drugs, or both, from or to the country or territory concerned, either for a designated period or until the Board shall be satisfied as to the situation in that country or territory. The State concerned may bring the matter before the Council.

3. The Board shall have the right to publish a report on any matter dealt with under the provisions of this article, and communicate it to the Council, which shall forward it to all Parties. If the Board publishes in this report a decision taken under this article or any information relating thereto, it shall also publish therein the views of the Government concerned if the latter so requests.

4. If in any case a decision of the Board which is published under this article is not unanimous, the views of the minority shall be stated.

5. Any State shall be invited to be represented at a meeting of the Board at which a question directly interesting it is considered under this article.

6. Decisions of the Board under this article shall be taken by a two-thirds majority of the whole number of the Board.

2. Lorsqu'il appelle l'attention des Parties, du Conseil et de la Commission sur une question conformément à l'alinéa c du paragraphe 1 ci-dessus, l'Organe peut, s'il juge une telle mesure nécessaire, recommander aux Parties d'arrêter l'importation de stupéfiants en provenance du pays intéressé, ou l'exportation de stupéfiants à destination de ce pays ou territoire, ou, à la fois, l'importation et l'exportation, soit pour une période déterminée, soit jusqu'à ce que la situation dans ce pays ou territoire lui donne satisfaction. L'Etat intéressé a le droit de porter la question devant le Conseil.

3. L'Organe a le droit de publier un rapport sur toute question visée par les dispositions du présent article, et de le communiquer au Conseil, qui le transmettra à toutes les Parties. Si l'Organe publie dans ce rapport une décision prise en vertu du présent article, ou des renseignements concernant cette décision, il doit également y publier l'avis du gouvernement intéressé si celui-ci le demande.

4. Dans les cas où une décision de l'Organe publiée conformément au présent article n'a pas été prise à l'unanimité, l'opinion de la minorité doit être exposée.

5. Tout Etat sera invité à se faire représenter aux séances de l'Organe au cours desquelles est examinée une question l'intéressant directement aux termes du présent article.

6. Les décisions de l'Organe prises en vertu du présent article doivent être adoptées à la majorité des deux tiers du nombre total des membres de l'Organe.

(2) Macht das Suchtstoffamt die Vertragsparteien, den Rat und die Kommission auf Grund des Absatzes 1 Buchstabe c auf eine Angelegenheit aufmerksam, so kann es gleichzeitig den Vertragsparteien empfehlen, wenn es dies für notwendig erachtet, gegenüber dem betreffenden Staat oder Hoheitsgebiet die Ein- oder die Ausfuhr von Suchtstoffen — oder beides — einzustellen, und zwar entweder für eine bestimmte Zeit oder bis zu dem Zeitpunkt, in dem das Suchtstoffamt die Lage in diesem Staat oder Hoheitsgebiet als zufriedenstellend betrachtet. Der betreffende Staat kann den Rat mit der Angelegenheit befassen.

(3) Das Suchtstoffamt ist berechtigt, über jede auf Grund dieses Artikels behandelte Angelegenheit einen Bericht zu veröffentlichen und dem Rat zu übermitteln; dieser leitet ihn allen Vertragsparteien zu. Veröffentlicht das Suchtstoffamt in diesem Bericht einen auf Grund dieses Artikels gefaßten Beschluß oder eine auf den Beschluß bezügliche Angabe, so hat es in demselben Bericht auf Ersuchen der betreffenden Regierung auch deren Auffassung zu veröffentlichen.

(4) Wurde ein auf Grund dieses Artikels veröffentlichter Beschluß des Suchtstoffamts nicht einstimmig gefaßt, so ist auch die Auffassung der Minderheit darzulegen.

(5) Prüft das Suchtstoffamt eine Frage auf Grund dieses Artikels, so wird jeder Staat, für den sie von unmittelbarem Interesse ist, eingeladen, sich auf der diesbezüglichen Sitzung vertreten zu lassen.

(6) Beschlüsse des Suchtstoffamts auf Grund dieses Artikels bedürfen der Zweidrittelmehrheit der Gesamtzahl seiner Mitglieder.

Article 15

Reports of the Board

1. The Board shall prepare an annual report on its work and such additional reports as it considers necessary containing also an analysis of the estimates and statistical information at its disposal, and, in appropriate cases, an account of the explanations, if any, given by or required of Governments, together with any observations which the Board desires to make. These reports shall be submitted to the Council through the Commission, which may make such comments as it sees fit.

2. The reports shall be communicated to the Parties and subsequently

Article 15

Rapports de l'Organe

1. L'Organe établit un rapport annuel sur ses travaux et tous autres rapports supplémentaires qu'il peut estimer nécessaires et dans lesquels figurent également une analyse des évaluations et des renseignements statistiques dont il dispose et, dans les cas appropriés, un exposé des explications que les gouvernements ont pu fournir ou ont été requis de fournir, ainsi que toute observation et recommandation que l'Organe peut vouloir formuler. Ces rapports sont présentés au Conseil par l'intermédiaire de la Commission, qui peut formuler les observations qu'elle juge opportunes.

2. Les rapports sont communiqués aux Parties et publiés ultérieurement

Artikel 15

Berichte des Suchtstoffamts

(1) Das Suchtstoffamt erstellt einen Jahresbericht über seine Arbeit sowie die von ihm für erforderlich gehaltenen Zusatzberichte; sie enthalten unter anderem eine Auswertung der ihm zur Verfügung stehenden Schätzungen und statistischen Angaben sowie geeignetenfalls eine Darlegung über etwaige Erläuterungen, um welche Regierungen ersucht wurden oder die sie eingereicht haben, und ferner alle Bemerkungen und Empfehlungen, die das Suchtstoffamt zu machen wünscht. Diese Berichte werden dem Rat über die Kommission vorgelegt; dieser steht es frei, dazu Stellung zu nehmen.

(2) Die Berichte werden den Vertragsparteien übermittelt und sodann

published by the Secretary-General. The Parties shall permit their unrestricted distribution.

par le Secrétaire général. Les Parties autorisent la libre distribution de ces rapports.

vom Generalsekretär veröffentlicht. Die Vertragsparteien gestatten ihre unbeschränkte Verbreitung.

Article 16

Secretariat

The secretariat services of the Commission and the Board shall be furnished by the Secretary-General.

Article 16

Secrétariat

Les services de secrétariat de la Commission et de l'Organe seront fournis par le Secrétaire général.

Artikel 16

Sekretariat

Das Sekretariat der Kommission und des Suchtstoffamts wird vom Generalsekretär gestellt.

Article 17

Special administration

The Parties shall maintain a special administration for the purpose of applying the provisions of this Convention.

Article 17

Administration spéciale

Les Parties maintiendront une administration spéciale chargée d'appliquer les dispositions de la présente Convention.

Artikel 17

Besondere Verwaltungsdienststelle

Jede Vertragspartei unterhält eine besondere Verwaltungsdienststelle für die Anwendung dieses Übereinkommens.

Article 18

Information to be furnished by Parties to the Secretary-General

1. The Parties shall furnish to the Secretary-General such information as the Commission may request as being necessary for the performance of its functions, and in particular:

- (a) An annual report on the working of the Convention within each of their territories;
- (b) The text of all laws and regulations from time to time promulgated in order to give effect to this Convention;
- (c) Such particulars as the Commission shall determine concerning cases of illicit traffic, including particulars of each case of illicit traffic discovered which may be of importance, because of the light thrown on the source from which drugs are obtained for the illicit traffic, or because of quantities involved or the method employed by illicit traffickers; and
- (d) The names and addresses of the governmental authorities empowered to issue export and import authorizations or certificates.

2. Parties shall furnish the information referred to in the preceding paragraph in such manner and by such dates and use such forms as the Commission may request.

Article 18

Renseignement à fournir au Secrétaire général par les Parties

1. Les Parties fourniront au Secrétaire général les renseignements que la Commission peut demander en tant que nécessaires pour l'exercice de ses fonctions, et notamment:

- a) Un rapport annuel relatif au fonctionnement de la Convention dans chacun de leurs territoires;
- b) De temps à autre, les textes de toutes les lois et de tous les règlements promulgués pour donner effet à la présente Convention;
- c) Toutes précisions que la Commission demandera sur les affaires de trafic illicite, et notamment les détails de chaque affaire de trafic illicite découverte qui pourront présenter de l'importance soit en raison de la lumière qu'ils jettent sur les sources d'approvisionnement en stupéfiants du trafic illicite, soit en raison des quantités en cause ou de la méthode utilisée par les trafiquants illicites; et
- d) Les noms et adresses des autorités administratives habilitées à délivrer les autorisations ou certificats d'exportation et d'importation.

2. Les Parties fourniront les renseignements prévus au paragraphe précédent, sous la forme et aux dates indiquées et en utilisant tels formulaires dont la Commission pourra demander l'emploi.

Artikel 18

Dem Generalsekretär von den Vertragsparteien einzureichende Angaben

(1) Die Vertragsparteien reichen dem Generalsekretär alle Angaben ein, welche die Kommission als zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben notwendig anfordert, und zwar insbesondere

- a) einen Jahresbericht über die Wirkung dieses Übereinkommens in jedem ihrer Hoheitsgebiete,
- b) den Wortlaut aller Gesetze und sonstigen Vorschriften, die zur Durchführung dieses Übereinkommens erlassen werden,
- c) alle von der Kommission zu bestimmenden Auskünfte mit Einzelheiten über Fälle unerlaubten Verkehrs, insbesondere über jeden von ihnen aufgedeckten derartigen Fall, der möglicherweise für die Ermittlung einer Bezugsquelle des unerlaubten Verkehrs oder wegen der in Betracht kommenden Mengen oder wegen der Methode von Bedeutung ist, deren sich die den unerlaubten Verkehr Betreibenden bedient haben,
- d) die Bezeichnungen und Anschriften der staatlichen Behörden, die zur Ausstellung von Ausfuhr- und Einfuhrgenehmigungen oder -bescheinigungen ermächtigt sind.

(2) Die Kommission bestimmt, in welcher Weise und wann die Vertragsparteien die in Absatz 1 bezeichneten Angaben einzureichen und welche Formblätter sie dafür zu verwenden haben.

Article 19

Estimates of drug requirements

1. The Parties shall furnish to the Board each year for each of their territories, in the manner and form pre-

Article 19

Evaluations des besoins en stupéfiants

1. Les Parties adresseront à l'Organe, chaque année et pour chacun de leurs territoires, de la manière et sous

Artikel 19

Schätzungen des Suchtstoffbedarfs

(1) Für jedes ihrer Hoheitsgebiete reichen die Vertragsparteien alljährlich dem Suchtstoffamt in der Weise

scribed by the Board, estimates on forms supplied by it in respect of the following matters:

- (a) Quantities of drugs to be consumed for medical and scientific purposes;
- (b) Quantities of drugs to be utilized for the manufacture of other drugs, of preparations in Schedule III, and of substances not covered by this Convention;
- (c) Stocks of drugs to be held as at 31 December of the year to which the estimates relate; and
- (d) Quantities of drugs necessary for addition to special stocks.

2. Subject to the deductions referred to in paragraph 3 of article 21, the total of the estimates for each territory and each drug shall consist of the sum of the amounts specified under sub-paragraphs (a), (b) and (d) of paragraph 1 of this article, with the addition of any amount required to bring the actual stocks on hand at 31 December of the preceding year to the level estimated as provided in sub-paragraph (c) of paragraph 1.

3. Any State may during the year furnish supplementary estimates with an explanation of the circumstances necessitating such estimates.

4. The Parties shall inform the Board of the method used for determining quantities shown in the estimates and of any changes in the said method.

5. Subject to the deductions referred to in paragraph 3 of article 21, the estimates shall not be exceeded.

Article 20

Statistical returns to be furnished to the Board

1. The Parties shall furnish to the Board for each of their territories, in the manner and form prescribed by the Board, statistical returns on forms supplied by it in respect of the following matters:

- (a) Production or manufacture of drugs;
- (b) Utilization of drugs for the manufacture of other drugs, of preparations in Schedule III and of substances not covered by this Convention, and utilization of poppy

la forme qu'il prescrira, des évaluations ayant trait aux sujets suivants et établies sur des formulaires fournis par l'Organe:

- a) Les quantités de stupéfiants qui seront consommées à des fins médicales et scientifiques;
- b) Les quantités de stupéfiants qui seront utilisées pour la fabrication d'autres stupéfiants, de préparations du Tableau III et de substances non visées par la présente Convention;
- c) Les quantités de stupéfiants qui seront en stock au 31 décembre de l'année à laquelle les évaluations se rapportent; et
- d) Les quantités de stupéfiants qu'il est nécessaire d'ajouter aux stocks spéciaux.

2. Sous réserve des déductions prévues au paragraphe 3 de l'article 21, le total des évaluations pour chaque territoire et pour chaque stupéfiant sera la somme des quantités spécifiées aux alinéas a, b et d du paragraphe 1 du présent article, augmentée de toute quantité nécessaire pour porter les stocks existant au 31 décembre de l'année précédente au niveau évalué conformément aux dispositions de l'alinéa c du paragraphe 1.

3. Tout Etat pourra fournir en cours d'année des évaluations supplémentaires en exposant les circonstances qui les rendent nécessaires.

4. Les Parties feront connaître à l'Organe la méthode employée pour déterminer les quantités indiquées dans les évaluations et les modifications qui auront pu être apportées à cette méthode.

5. Sous réserve des déductions prévues au paragraphe 3 de l'article 21, les évaluations ne devront pas être dépassées.

Article 20

Statistiques à fournir à l'Organe

1. Les Parties adresseront à l'Organe, pour chacun de leurs territoires, de la manière et sous la forme qu'il prescrira, des statistiques ayant trait aux sujets suivants et établies sur des formulaires fournis par l'Organe:

- a) Production ou fabrication de stupéfiants;
- b) Utilisation de stupéfiants pour la fabrication d'autres stupéfiants, de préparations du Tableau III et de substances non visées par la présente Convention et utilisation de

und Form, die es vorschreibt, auf Formblättern, die es zur Verfügung stellt, Schätzungen über folgende Punkte ein:

- a) die Mengen von Suchtstoffen, die für medizinische und wissenschaftliche Zwecke verbraucht werden sollen;
- b) die Mengen von Suchtstoffen, die zur Herstellung von anderen Suchtstoffen, von Zubereitungen des Anhangs III und von Stoffen verwendet werden sollen, die nicht unter dieses Übereinkommen fallen;
- c) die Bestände an Suchtstoffen, die am 31. Dezember des Schätzungsjahres unterhalten werden sollen;
- d) die Mengen von Suchtstoffen, die zur Ergänzung der Sonderbestände benötigt werden.

(2) Vorbehaltlich der in Artikel 21 Absatz 3 vorgesehenen Abzüge besteht die Gesamtschätzung für jedes Hoheitsgebiet und für jeden Suchtstoff aus der Summe der in Absatz 1 Buchstaben a, b und d bezeichneten Mengen zuzüglich der Menge, die gegebenenfalls benötigt wird, um die am 31. Dezember des vorangegangenen Jahres tatsächlich vorhandenen Bestände auf den Stand der Schätzung nach Absatz 1 Buchstabe c zu bringen.

(3) Jeder Staat kann im Laufe des Jahres Nachtragsschätzungen mit einer Erläuterung der sie erforderlich machenden Umstände einreichen.

(4) Die Vertragsparteien unterrichten das Suchtstoffamt über die zur Bestimmung der geschätzten Mengen verwendete Methode und über alle Änderungen dieser Methode.

(5) Die Schätzungen, die gegebenenfalls um den in Artikel 21 Absatz 3 bezeichneten Überschuß zu kürzen sind, dürfen nicht überschritten werden.

Artikel 20

Dem Suchtstoffamt einzureichende statistische Aufstellungen

(1) Für jedes ihrer Hoheitsgebiete reichen die Vertragsparteien dem Suchtstoffamt in der Weise und Form, die es vorschreibt, auf Formblättern, die es zur Verfügung stellt, statistische Aufstellungen über folgende Punkte ein:

- a) die Gewinnung oder Herstellung von Suchtstoffen;
- b) die Verwendung von Suchtstoffen zur Herstellung von anderen Suchtstoffen, von Zubereitungen des Anhangs III und von Stoffen, die nicht unter dieses Übereinkommen

straw for the manufacture of drugs;

- (c) Consumption of drugs;
- (d) Imports and exports of drugs and poppy straw;
- (e) Seizures of drugs and disposal thereof; and
- (f) Stocks of drugs as at 31 December of the year to which the returns relate.

2. (a) The statistical returns in respect of the matters referred to in paragraph 1, except sub-paragraph (d), shall be prepared annually and shall be furnished to the Board not later than 30 June following the year to which they relate.

(b) The statistical returns in respect to the matters referred to in sub-paragraph (d) of paragraph 1 shall be prepared quarterly and shall be furnished to the Board within one month after the end of the quarter to which they relate.

3. In addition to the matters referred to in paragraph 1 of this article the Parties may as far as possible also furnish to the Board for each of their territories information in respect of areas (in hectares) cultivated for the production of opium.

4. The Parties are not required to furnish statistical returns respecting special stocks, but shall furnish separately returns respecting drugs imported into or procured within the country or territory for special purposes, as well as quantities of drugs withdrawn from special stocks to meet the requirements of the civilian population.

Article 21

Limitation of manufacture and importation

1. The total of the quantities of each drug manufactured and imported by any country or territory in any one year shall not exceed the sum of the following:

- (a) The quantity consumed, within the limit of the relevant estimate, for medical and scientific purposes;
- (b) The quantity used, within the limit of the relevant estimate, for the manufacture of other drugs, of preparations in Schedule III, and of substances not covered by this Convention;

la paille de pavot pour la fabrication de stupéfiants;

- c) Consommation de stupéfiants;
- d) Importations et exportations de stupéfiants et de paille de pavot;
- e) Saisies de stupéfiants et affectation des quantités saisies; et
- f) Stocks de stupéfiants au 31 décembre de l'année à laquelle les statistiques se rapportent.

2. a) Les statistiques ayant trait aux sujets mentionnés au paragraphe 1, exception faite de l'alinéa d, seront établies annuellement et seront fournies à l'Organe au plus tard le 30 juin de l'année suivant celle à laquelle elles se rapportent;

b) Les statistiques ayant trait aux sujets mentionnés à l'alinéa d du paragraphe 1 seront établies trimestriellement et seront fournies à l'Organe dans le délai d'un mois à compter de la fin du trimestre auquel elles se rapportent.

3. Outre les renseignements visés au paragraphe 1 du présent article, les Parties peuvent adresser à l'Organe, dans toute la mesure du possible, pour chacun de leurs territoires, les renseignements concernant les superficies (en hectares) cultivées en vue de la production de l'opium.

4. Les Parties ne sont pas tenues de fournir de statistiques ayant trait aux stocks spéciaux, mais elles fourniront séparément des statistiques ayant trait aux stupéfiants importés ou acquis dans le pays ou territoire pour les besoins spéciaux, ainsi qu'aux quantités de stupéfiants prélevés sur les stocks spéciaux pour satisfaire aux besoins de la population civile.

Article 21

Limitation de la fabrication et de l'importation

1. La quantité totale de chaque stupéfiant qui sera fabriquée et importée par un pays ou territoire quelconque au cours d'une année donnée ne devra pas être supérieure à la somme des éléments suivants:

- a) La quantité consommée, dans la limite de l'évaluation correspondante, à des fins médicales et scientifiques;
- b) La quantité utilisée, dans la limite de l'évaluation correspondante, en vue de la fabrication d'autres stupéfiants, de préparations du Tableau III et de substances non visées par la présente Convention;

fallen, sowie die Verwendung von Mohnstroh zur Herstellung von Suchtstoffen;

- c) den Verbrauch von Suchtstoffen;
- d) die Ein- und Ausfuhr von Suchtstoffen und Mohnstroh;
- e) Beschlagnahmen von Suchtstoffen und die Verfügung darüber;
- f) die Bestände an Suchtstoffen am 31. Dezember des Berichtsjahres.

(2) a) Die statistischen Aufstellungen über die in Absatz 1 bezeichneten Punkte mit Ausnahme des Buchstaben d werden jährlich erstellt und dem Suchtstoffamt bis zu dem auf das Berichtsjahr folgenden 30. Juni eingereicht.

b) Die statistischen Aufstellungen über die in Absatz 1 Buchstabe d bezeichneten Punkte werden vierteljährlich erstellt und dem Suchtstoffamt binnen einem Monat nach Ablauf des Berichtsvierteljahres eingereicht.

(3) Zusätzlich zu den in Absatz 1 bezeichneten Punkten können die Vertragsparteien, soweit es ihnen möglich ist, für jedes ihrer Hoheitsgebiete dem Suchtstoffamt Angaben (in Hektar) über die zur Gewinnung von Opium bebauten Flächen einreichen.

(4) Die Vertragsparteien brauchen keine statistischen Aufstellungen über Sonderbestände einzureichen; sie haben jedoch gesonderte Aufstellungen über Suchtstoffe einzureichen, die für Sonderzwecke in den Staat oder das Hoheitsgebiet eingeführt oder in diesem beschafft wurden, sowie über die Suchtstoffmengen, die zur Deckung des Bedarfs der Zivilbevölkerung aus Sonderbeständen entnommen wurden.

Artikel 21

Beschränkung der Herstellung und Einfuhr

(1) Die von einem Staat oder Hoheitsgebiet während eines Jahres hergestellte und eingeführte Gesamtmenge jedes Suchtstoffs darf die Summe folgender Mengen nicht überschreiten:

- a) die Menge, die im Rahmen der diesbezüglichen Schätzung für medizinische und wissenschaftliche Zwecke verbraucht wird;
- b) die Menge, die im Rahmen der diesbezüglichen Schätzung zur Herstellung von anderen Suchtstoffen, von Zubereitungen des Anhangs III und von Stoffen verwendet wird, die nicht unter dieses Übereinkommen fallen;

- (c) The quantity exported;
- (d) The quantity added to the stock for the purpose of bringing that stock up to the level specified in the relevant estimate; and
- (e) The quantity acquired within the limit of the relevant estimate for special purposes.
2. From the sum of the quantities specified in paragraph 1 there shall be deducted any quantity that has been seized and released for licit use, as well as any quantity taken from special stocks for the requirements of the civilian population.
3. If the Board finds that the quantity manufactured and imported in any one year exceeds the sum of the quantities specified in paragraph 1, less any deductions required under paragraph 2 of this article, any excess so established and remaining at the end of the year shall, in the following year, be deducted from the quantity to be manufactured or imported and from the total of the estimates as defined in paragraph 2 of article 19.
4. (a) If it appears from the statistical returns on imports or exports (article 20) that the quantity exported to any country or territory exceeds the total of the estimates for that country or territory, as defined in paragraph 2 of article 19, with the addition of the amounts shown to have been exported, and after deduction of any excess as established in paragraph 3 of this article, the Board may notify this fact to States which, in the opinion of the Board, should be so informed;
- (b) On receipt of such a notification, Parties shall not during the year in question authorize any further exports of the drug concerned to that country or territory, except:
- (i) In the event of a supplementary estimate being furnished for that country or territory in respect both of any quantity over-imported and of the additional quantity required, or
- (ii) In exceptional cases where the export, in the opinion of the government of the exporting country, is essential for the treatment of the sick.
- (c) La quantité exportée;
- (d) La quantité versée au stock afin de porter celui-ci au niveau spécifié dans l'évaluation correspondante; et
- (e) La quantité acquise, dans la limite de l'évaluation correspondante, pour les besoins spéciaux.
2. De la somme des éléments énumérés au paragraphe 1, il sera déduit toute quantité qui aura été saisie et mise sur le marché licite, ainsi que toute quantité prélevée sur les stocks spéciaux pour satisfaire aux besoins de la population civile.
3. Si l'Organe constate que la quantité fabriquée et importée au cours d'une année donnée excède la somme des quantités énumérées au paragraphe 1, compte tenu des déductions prévues au paragraphe 2 du présent article, l'excédent ainsi constaté qui subsisterait à la fin de l'année sera déduit, l'année suivante, des quantités qui doivent être fabriquées ou importées, ainsi que du total des évaluations défini au paragraphe 2 de l'article 19.
4. a) S'il ressort des statistiques des importations ou des exportations (article 20) que la quantité exportée à destination d'un pays ou territoire quelconque dépasse le total des évaluations relatives à ce pays ou territoire, tel qu'il est défini au paragraphe 2 de l'article 19, augmenté des quantités déclarées comme ayant été exportées et déduction faite de tout excédent constaté aux termes du paragraphe 3 du présent article, l'Organe peut en faire notification aux Etats, qui, à son avis, devraient en être informés.
- b) Dès réception d'une telle notification, les Parties n'autoriseront plus, pendant l'année en cours, aucune exportation nouvelle du stupéfiant dont il s'agit à destination du pays ou territoire en cause, sauf:
- i) Dans le cas où une évaluation supplémentaire aura été fournie pour ce pays ou territoire en ce qui concerne à la fois toute quantité importée en excédent et la quantité supplémentaire requise; ou
- ii) Dans les cas exceptionnels où l'exportation est, de l'avis du gouvernement du pays exportateur, indispensable au traitement des malades.
- (c) die Menge, die ausgeführt wird;
- (d) die Menge, um welche die Bestände erhöht werden, um sie auf den in der diesbezüglichen Schätzung vorgesehenen Stand zu bringen, und
- (e) die Menge, die im Rahmen der diesbezüglichen Schätzung für Sonderzwecke erworben wird.
- (2) Von der Summe der in Absatz 1 bezeichneten Mengen werden die beschlagnahmten und zu erlaubter Verwendung freigegebenen Mengen sowie die für den Bedarf der Zivilbevölkerung aus Sonderbeständen entnommenen Mengen abgezogen.
- (3) Stellt das Suchtstoffamt fest, daß die während eines Jahres hergestellte und eingeführte Menge die Summe der in Absatz 1 bezeichneten Mengen abzüglich der in Absatz 2 bezeichneten Mengen übersteigt, so wird der so ermittelte, am Jahresende verbleibende Überschuß von den im darauffolgenden Jahr herzustellenden oder einzuführenden Mengen und von der in Artikel 19 Absatz 2 bezeichneten Gesamtschätzung abgezogen.
- (4) a) Ergibt sich aus den statistischen Aufstellungen über Ein- und Ausfuhren (Artikel 20), daß die nach einem Staat oder Hoheitsgebiet ausgeführte Menge die in Artikel 19 Absatz 2 bezeichnete Gesamtschätzung für diesen Staat oder dieses Hoheitsgebiet zuzüglich der als ausgeführt nachgewiesenen Mengen und abzüglich eines Überschusses nach Absatz 3 übersteigt, so kann das Suchtstoffamt dies den Staaten notifizieren, die nach seiner Auffassung davon unterrichtet werden sollten.
- b) Nach Eingang dieser Notifikation dürfen die Vertragsparteien während des in Betracht kommenden Jahres keine weiteren Ausfuhren des betreffenden Suchtstoffs nach diesem Staat oder Hoheitsgebiet genehmigen; dies gilt nicht
- i) in Fällen, in denen bezüglich dieses Staates oder Hoheitsgebiets eine Nachtragsschätzung für die zuviel eingeführte und die benötigte Menge eingereicht wird, oder
- ii) in Ausnahmefällen, in denen die Ausfuhr nach Ansicht der Regierung des Ausfuhrstaats für die Krankenbehandlung unerlässlich ist.

Article 22

**Special provision
applicable to cultivation**

Whenever the prevailing conditions in the country or a territory of a Party

Article 22

**Disposition
spéciale applicable à la culture**

Lorsque la situation dans le pays ou un territoire d'une Partie est telle

Artikel 22

**Sonderbestimmung
gegen den Anbau**

Herrschen in dem Staat oder einem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei

render the prohibition of the cultivation of the opium poppy, the coca bush or the cannabis plant the most suitable measure, in its opinion, for protecting the public health and welfare and preventing the diversion of drugs into the illicit traffic, the Party concerned shall prohibit cultivation.

Article 23

National opium agencies

1. A Party that permits the cultivation of the opium poppy for the production of opium shall establish, if it has not already done so, and maintain, one or more government agencies (hereafter in this article referred to as the Agency) to carry out the functions required under this article.

2. Each such Party shall apply the following provisions to the cultivation of the opium poppy for the production of opium and to opium:

- (a) The Agency shall designate the areas in which, and the plots of land on which, cultivation of the opium poppy for the purpose of producing opium shall be permitted.
- (b) Only cultivators licensed by the Agency shall be authorized to engage in such cultivation.
- (c) Each licence shall specify the extent of the land on which the cultivation is permitted.
- (d) All cultivators of the opium poppy shall be required to deliver their total crops of opium to the Agency. The Agency shall purchase and take physical possession of such crops as soon as possible, but not later than four months after the end of the harvest.
- (e) The Agency shall, in respect of opium, have the exclusive right of importing, exporting, wholesale trading and maintaining stocks other than those held by manufacturers of opium alkaloids, medicinal opium or opium preparations. Parties need not extend this exclusive right to medicinal opium and opium preparations.

3. The governmental functions referred to in paragraph 2 shall be discharged by a single government agency if the constitution of the Party concerned permits it.

que l'interdiction de la culture du pavot à opium, du cocaïer ou de la plante de cannabis est, à son avis, la mesure la plus appropriée pour protéger la santé publique, et empêcher que des stupéfiants ne soient détournés vers le trafic illicite, la Partie intéressée en interdira la culture.

Article 23

Organismes nationaux de l'opium

1. Toute Partie qui autorise la culture du pavot à opium en vue de la production d'opium établira, si elle ne l'a déjà fait, et maintiendra un ou plusieurs organismes d'Etat (désignés ci-après dans le présent article par le terme « organisme ») chargés d'exercer les fonctions stipulées au présent article.

2. Toute Partie visée au paragraphe précédent appliquera les dispositions ci-après à la culture du pavot à opium pour la production de l'opium et à l'opium:

- a) L'organisme délimitera les régions et désignera les parcelles de terrain où la culture du pavot à opium en vue de la production d'opium sera autorisée;
- b) Les cultivateurs titulaires d'une licence délivrée par l'organisme seront seuls autorisés à se livrer à cette culture;
- c) Chaque licence spécifiera la superficie du terrain sur lequel cette culture est autorisée;
- d) Tout cultivateur de pavot à opium sera tenu de livrer à l'organisme la totalité de sa récolte d'opium; l'organisme achètera cette récolte et en prendra matériellement possession dès que possible, mais au plus tard dans un délai de quatre mois à compter de la fin de la récolte; et
- e) L'organisme aura seul le droit, en ce qui concerne l'opium, d'importer, d'exporter, de se livrer au commerce de gros et de conserver des stocks, à l'exception des stocks détenus par les fabricants d'alkaloïdes de l'opium, d'opium médicinal ou de préparations à base d'opium. Les Parties ne sont pas tenues d'étendre cette clause à l'opium médicinal et aux préparations à base d'opium.

3. Les fonctions administratives prévues au paragraphe 2 seront exercées par un seul organisme d'Etat si la constitution de la Partie intéressée le permet.

Verhältnisse, die ihr ein Anbauverbot für Opiummohn, den Kokastrauch oder die Cannabispflanze als die geeignetste Maßnahme erscheinen lassen, um die Volksgesundheit und das öffentliche Wohl zu schützen sowie die Abzweigung von Suchtstoffen in den unerlaubten Verkehr zu verhindern, so verbietet die betreffende Vertragspartei den Anbau.

Artikel 23

Staatliche Opiumstellen

(1) Gestattet eine Vertragspartei den Anbau von Opiummohn zur Gewinnung von Opium, so errichtet sie, wenn dies nicht bereits geschehen ist, und unterhält eine oder mehrere staatliche Stellen (in diesem Artikel als „Stelle“ bezeichnet) zur Wahrnehmung der in diesem Artikel vorgesehenen Aufgaben.

(2) Jede solche Vertragspartei wendet auf den Anbau von Opiummohn zur Gewinnung von Opium und auf Opium folgende Bestimmungen an:

- a) Die Stelle bezeichnet die Gebiete und Landparzellen, auf denen der Anbau von Opiummohn zur Gewinnung von Opium gestattet wird;
- b) nur Anbauer, die einen Genehmigungsschein der Stelle besitzen, dürfen den Anbau betreiben;
- c) in jedem Genehmigungsschein ist die Größe der Fläche anzugeben, auf welcher der Anbau zulässig ist;
- d) alle Anbauer von Opiummohn haben die gesamte Opiumernte an die Stelle abzuliefern. So bald wie möglich, spätestens jedoch vier Monate nach Beendigung der Ernte, kauft die Stelle die geernteten Mengen und nimmt sie körperlich in Besitz;
- e) die Stelle hat in bezug auf Opium das ausschließliche Recht der Ein- und Ausfuhr, des Großhandels und der Unterhaltung von Beständen mit Ausnahme derjenigen, die von Personen unterhalten werden, welche Opiumalkaloide, medizinisches Opium oder Opiumzubereitungen herstellen. Die Vertragsparteien brauchen dieses ausschließliche Recht nicht auf medizinisches Opium und Opiumzubereitungen zu erstrecken.

(3) Die in Absatz 2 bezeichneten staatlichen Aufgaben werden von einer einzigen staatlichen Stelle wahrgenommen, sofern die Verfassung der betreffenden Vertragspartei dies zuläßt.

Article 24

Limitation on production of opium for international trade

1. (a) If any Party intends to initiate the production of opium or to increase existing production, it shall take account of the prevailing world need for opium in accordance with the estimates thereof published by the Board so that the production of opium by such Party does not result in overproduction of opium in the world.

(b) A Party shall not permit the production of opium or increase the existing production thereof if in its opinion such production or increased production in its territory may result in illicit traffic in opium.

2. (a) Subject to paragraph 1, where a Party which as of 1 January 1961 was not producing opium for export desires to export opium which it produces, in amounts not exceeding five tons annually, it shall notify the Board, furnishing with such notification information regarding:

- (i) The controls in force as required by this Convention respecting the opium to be produced and exported; and
- (ii) The name of the country or countries to which it expects to export such opium;

and the Board may either approve such notification or may recommend to the Party that it not engage in the production of opium for export.

(b) Where a Party other than a Party referred to in paragraph 3 desires to produce opium for export in amounts exceeding five tons annually, it shall notify the Council, furnishing with such notification relevant information including:

- (i) The estimated amounts to be produced for export;
- (ii) The controls existing or proposed respecting the opium to be produced;
- (iii) The name of the country or countries to which it expects to export such opium;

and the Council shall either approve the notification or may recommend to the Party that it not engage in the production of opium for export.

Article 24

Restrictions à la production de l'opium destiné au commerce international

1. a) Si l'une des Parties a l'intention de commencer à produire de l'opium ou d'augmenter sa production d'opium, elle tiendra compte de la demande mondiale d'opium existante, conformément aux évaluations publiées par l'Organe, afin que sa production d'opium n'entraîne pas une surproduction d'opium dans l'ensemble du monde.

b) Aucune Partie n'autorisera la production de l'opium ou n'augmentera sa production d'opium si, à son avis, une telle production ou augmentation de la production sur son territoire risque d'alimenter le trafic illicite de l'opium.

2. a) Sous réserve des dispositions du paragraphe 1, si une Partie, qui au 1^{er} janvier 1961 ne produisait pas d'opium pour l'exportation, désire exporter sur l'opium qu'elle produit des quantités n'excédant pas cinq tonnes par an, elle le notifiera à l'Organe, en joignant à cette notification des renseignements concernant:

- i) Les contrôles en vigueur exigés par la présente Convention en ce qui concerne la production et l'exportation de l'opium; et
- ii) Le nom du pays ou des pays vers lesquels elle compte exporter l'opium;

et l'Organe pourra soit approuver cette notification, soit recommander à la Partie intéressée de ne pas produire d'opium pour l'exportation.

b) Si une Partie autre qu'une Partie désignée au paragraphe 3 désire produire plus de cinq tonnes d'opium destiné à l'exportation par an, elle le notifiera au Conseil, en joignant à cette notification des renseignements appropriés, y compris:

- i) L'évaluation des quantités qui doivent être produites pour l'exportation;
- ii) Les contrôles existants ou proposés en ce qui concerne l'opium qui doit être produit;
- iii) Le nom du pays ou des pays vers lesquels elle compte exporter cet opium;

et le Conseil pourra soit approuver la notification soit recommander à la Partie intéressée de ne pas produire d'opium pour l'exportation.

Artikel 24

Beschränkung der Gewinnung von Opium für den internationalen Handel

(1) a) Beabsichtigt eine Vertragspartei, die Gewinnung von Opium aufzunehmen oder eine schon vorhandene Gewinnung zu vermehren, so berücksichtigt sie den Weltbedarf an Opium im Sinne der vom Suchtstoffamt veröffentlichten Schätzungen, damit ihre Opiumgewinnung nicht zu einer übermäßigen Gewinnung von Opium in der Welt führt.

b) Eine Vertragspartei gestattet weder die Gewinnung noch die Mehrgewinnung von Opium in ihrem Hoheitsgebiet, wenn dies nach ihrer Ansicht zu unerlaubtem Verkehr mit Opium Anlaß geben kann.

(2) a) Wünscht eine Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet am 1. Januar 1961 kein Opium für die Ausfuhr gewonnen wurde, vorbehaltlich des Absatzes 1 jährlich bis zu fünf Tonnen Opium auszuführen, das in ihrem Hoheitsgebiet gewonnen wird, so notifiziert sie dies dem Suchtstoffamt und reicht ihm gleichzeitig Angaben ein, aus denen folgendes ersichtlich ist:

- i) die für das zu gewinnende und auszuführende Opium nach Maßgabe dieses Übereinkommens in Kraft befindlichen Kontrollen sowie
- ii) der Name jenes Staates, in den sie dieses Opium auszuführen gedenkt;

das Suchtstoffamt kann entweder diese Notifikation genehmigen oder der Vertragspartei empfehlen, kein Opium für die Ausfuhr zu gewinnen.

b) Wünscht eine nicht in Absatz 3 bezeichnete Vertragspartei, Opium für die Ausfuhr von jährlich über fünf Tonnen zu gewinnen, so notifiziert sie dies dem Rat und reicht ihm gleichzeitig einschlägige Angaben ein, aus denen unter anderem folgendes ersichtlich ist:

- i) die für die Ausfuhr schätzungsweise zu gewinnenden Mengen,
- ii) die für das zu gewinnende Opium vorhandenen oder vorgeschlagenen Kontrollen,
- iii) der Name jenes Staates, in den sie dieses Opium auszuführen gedenkt;

der Rat kann entweder diese Notifikation genehmigen oder der Vertragspartei empfehlen, kein Opium für die Ausfuhr zu gewinnen.

3. Notwithstanding the provisions of sub-paragraphs (a) and (b) of paragraph 2, a Party that during ten years immediately prior to 1 January 1961 exported opium which such country produced may continue to export opium which it produces.

4. (a) A Party shall not import opium from any country or territory except opium produced in the territory of:

- (i) A Party referred to in paragraph 3;
- (ii) A Party that has notified the Board as provided in sub-paragraph (a) of paragraph 2; or
- (iii) A Party that has received the approval of the Council as provided in sub-paragraph (b) of paragraph 2.

(b) Notwithstanding sub-paragraph (a) of this paragraph, a Party may import opium produced by any country which produced and exported opium during the ten years prior to 1 January 1961 if such country has established and maintains a national control organ or agency for the purposes set out in article 23 and has in force an effective means of ensuring that the opium it produces is not diverted into the illicit traffic.

5. The provisions of this article do not prevent a Party:

- (a) From producing opium sufficient for its own requirements; or
- (b) From exporting opium seized in the illicit traffic, to another Party in accordance with the requirements of this Convention.

Article 25

Control of poppy straw

1. A Party that permits the cultivation of the opium poppy for purposes other than the production of opium shall take all measures necessary to ensure:

- (a) That opium is not produced from such opium poppies; and
- (b) That the manufacture of drugs from poppy straw is adequately controlled.

2. The Parties shall apply to poppy straw the system of import certificates and export authorizations as provided in article 31, paragraphs 4 to 15.

3. The Parties shall furnish statistical information on the import and ex-

3. Nonobstant les dispositions des alinéas a et b du paragraphe 2, une Partie qui, pendant les dix années qui ont précédé immédiatement le 1^{er} janvier 1961, a exporté l'opium produit par elle pourra continuer à exporter l'opium qu'elle produit.

4. a) Une Partie n'importera d'opium d'aucun pays ou territoire sauf si l'opium est produit sur le territoire:

- i) D'une Partie mentionnée au paragraphe 3;
- ii) D'une Partie qui a adressé une notification à l'Organe conformément aux dispositions de l'alinéa a du paragraphe 2; ou
- iii) D'une Partie qui a reçu l'approbation du Conseil conformément aux dispositions de l'alinéa b du paragraphe 2.

b) Nonobstant les dispositions de l'alinéa a du présent paragraphe, une Partie peut importer l'opium produit par tout pays qui a produit et exporté de l'opium pendant les dix années qui ont précédé le 1^{er} janvier 1961, si un organisme ou agence de contrôle national a été établi et fonctionne aux fins définies à l'article 23 dans le pays intéressé et si celui-ci possède des moyens efficaces de faire en sorte que l'opium qu'il produit n'alimente pas le trafic illicite.

5. Les dispositions du présent article n'empêcheront pas une Partie:

- a) De produire de l'opium en quantité suffisante pour ses besoins; ou
- b) D'exporter de l'opium saisi dans le trafic illicite à une autre Partie, conformément aux exigences de la présente Convention.

Article 25

Contrôle de la paille de pavot

1. Une Partie qui permet la culture du pavot à opium pour des buts autres que la production de l'opium prendra toutes les mesures nécessaires pour assurer:

- a) Que de l'opium n'est pas produit à partir de tels pavots à opium; et
- b) Que la fabrication de stupéfiants à partir de la paille de pavot est contrôlée de façon satisfaisante.

2. Les Parties appliqueront à la paille de pavot le système de certificats d'importation et d'autorisations d'exportation prévu aux paragraphes 4 à 15 de l'article 31.

3. Les Parties fourniront les mêmes statistiques sur l'importation et l'ex-

(3) Hat eine Vertragspartei während der dem 1. Januar 1961 unmittelbar vorausgegangenen zehn Jahre Opium ausgeführt, das in ihrem Staat gewonnen wurde, so kann sie ungeachtet des Absatzes 2 Buchstaben a und b in ihrem Staat gewonnenes Opium weiterhin ausführen.

(4) a) Eine Vertragspartei führt aus einem Staat oder Hoheitsgebiet Opium nur dann ein, wenn es im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei gewonnen wurde,

- i) welche die Voraussetzungen des Absatzes 3 erfüllt, oder
- ii) welche dem Suchtstoffamt eine Notifikation nach Absatz 2 Buchstabe a übermittelt hat, oder
- iii) welche eine Genehmigung des Rates nach Absatz 2 Buchstabe b erhalten hat.

b) Ungeachtet des Buchstabens a kann eine Vertragspartei Opium einführen, das in einem beliebigen Staat gewonnen wurde, wenn dieser während der dem 1. Januar 1961 vorausgegangenen zehn Jahre Opium gewonnen und ausgeführt hat, ein staatliches Kontrollorgan oder eine Stelle im Sinne des Artikels 23 errichtet hat und unterhält sowie durch wirksame Mittel sicherstellen kann, daß das in seinem Hoheitsgebiet gewonnene Opium nicht in den unerlaubten Verkehr abgezweigt wird.

(5) Dieser Artikel hindert eine Vertragspartei nicht,

- a) so viel Opium zu gewinnen, wie zur Deckung ihres Eigenbedarfs erforderlich ist, oder
- b) Opium, das in unerlaubtem Verkehr beschlagnahmt wird, nach Maßgabe dieses Übereinkommens in das Hoheitsgebiet einer anderen Vertragspartei auszuführen.

Artikel 25

Kontrolle des Mohnstrohs

(1) Gestattet eine Vertragspartei den Anbau von Opiummohn für andere Zwecke als die Gewinnung von Opium, so trifft sie alle erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen,

- a) daß aus diesem Opiummohn kein Opium gewonnen wird und
- b) daß die Herstellung von Suchtstoffen aus Mohnstroh hinreichend kontrolliert wird.

(2) Die Vertragsparteien wenden das in Artikel 31 Absätze 4 bis 15 vorgesehene System der Einfuhrbescheinigungen und Ausfuhrgenehmigungen auf Mohnstroh an.

(3) Die Vertragsparteien reichen die in Artikel 20 Absatz 1 Buchstabe d

port of poppy straw as required for drugs under article 20, paragraphs 1 (d) and 2 (b).

Article 26

The coca bush and coca leaves

1. If a Party permits the cultivation of the coca bush, it shall apply thereto and to coca leaves the system of controls as provided in article 23 respecting the control of the opium poppy, but as regards paragraph 2 (d) of that article, the requirements imposed on the Agency therein referred to shall be only to take physical possession of the crops as soon as possible after the end of the harvest.

2. The Parties shall so far as possible enforce the uprooting of all coca bushes which grow wild. They shall destroy the coca bushes if illegally cultivated.

Article 27

Additional provisions relating to coca leaves

1. The Parties may permit the use of coca leaves for the preparation of a flavouring agent, which shall not contain any alkaloids, and, to the extent necessary for such use, may permit the production, import, export, trade in and possession of such leaves.

2. The Parties shall furnish separately estimates (article 19) and statistical information (article 20) in respect of coca leaves for preparation of the flavouring agent, except to the extent that the same coca leaves are used for the extraction of alkaloids and the flavouring agent, and so explained in the estimates and statistical information.

Article 28

Control of cannabis

1. If a Party permits the cultivation of the cannabis plant for the production of cannabis or cannabis resin, it shall apply thereto the system of controls as provided in article 23 respecting the control of the opium poppy.

2. This Convention shall not apply to the cultivation of the cannabis plant exclusively for industrial purposes (fibre and seed) or horticultural purposes.

3. The Parties shall adopt such measures as may be necessary to prevent the misuse of, and illicit traffic in, the leaves of the cannabis plant.

portation de la paille de pavot que celles qui sont prévues pour les stupéfiants aux paragraphes 1, d, et 2, b, de l'article 20.

Article 26

Le cocaïer et la feuille de coca

1. Si une Partie autorise la culture du cocaïer, elle lui appliquera, ainsi qu'à la feuille de coca, le régime de contrôle prévu à l'article 23 pour le pavot à opium; en ce qui concerne l'alinéa d du paragraphe 2 de cet article, l'obligation imposée à l'organisme mentionné sera seulement d'entrer matériellement en possession de la récolte, aussitôt que possible après qu'elle aura été faite.

2. Dans la mesure du possible, les Parties feront procéder à l'arrachage de tous les cocaïers existant à l'état sauvage. Elles détruiront les cocaïers cultivés illégalement.

Article 27

Dispositions supplémentaires relatives à la feuille de coca

1. Les Parties peuvent permettre l'utilisation de feuilles de coca pour la préparation d'un produit aromatique qui ne devra contenir aucun alcaloïde et elles peuvent, dans la mesure nécessaire à cette utilisation, permettre la production, l'importation, l'exportation, le commerce et la détention de ces feuilles.

2. Les Parties fourniront séparément les évaluations (article 19) et les statistiques (article 20) concernant les feuilles de coca destinées à la préparation d'un tel produit aromatique; toutefois, il n'y aura pas lieu de le faire si les mêmes feuilles de coca sont utilisées pour l'extraction d'alcaloïdes ainsi que pour celle de produits aromatiques, et si ce fait est précisé dans les évaluations et les statistiques.

Article 28

Contrôle du cannabis

1. Si une Partie autorise la culture de la plante de cannabis en vue de la production de cannabis ou de résine de cannabis, elle lui appliquera le régime de contrôle prévu à l'article 23 en ce qui concerne le contrôle du pavot à opium.

2. La présente Convention ne s'appliquera pas à la culture de la plante de cannabis exclusivement à des fins industrielles (fibres et graines) ou pour des buts horticultureaux.

3. Les Parties adopteront les mesures qui peuvent être nécessaires pour empêcher l'abus des feuilles de la plante de cannabis ou le trafic illicite de celles-ci.

und Absatz 2 Buchstabe b für Suchtstoffe vorgesehenen statistischen Angaben auch für die Ein- und Ausfuhr von Mohnstroh ein.

Artikel 26

Kokastrauch und Kokablätter

(1) Gestattet eine Vertragspartei den Anbau des Kokastrauchs, so wendet sie auf diesen und dessen Blätter das in Artikel 23 für den Opiummohn vorgesehene Kontrollsystem mit der Einschränkung an, daß die in Absatz 2 Buchstabe d jenes Artikels der dort erwähnten Stelle vorgeschriebene Pflicht lediglich darin besteht, die geernteten Mengen so bald wie möglich nach Beendigung der Ernte körperlich in Besitz zu nehmen.

(2) Die Vertragsparteien setzen nach Möglichkeit das Ausjäten aller wild wachsenden Kokasträucher durch. Sie vernichten rechtswidrig angebaute Kokasträucher.

Artikel 27

Zusätzliche Bestimmungen für Kokablätter

(1) Die Vertragsparteien können die Verwendung von Kokablättern für die Zubereitung eines Würzstoffs, der keine Alkaloide enthalten darf, sowie in dem hierfür erforderlichen Umfang die Gewinnung, die Ein- und Ausfuhr und den Besitz von Kokablättern sowie den Handel damit gestatten.

(2) Die Vertragsparteien reichen über die für die Zubereitung des Würzstoffs bestimmten Kokablätter gesonderte Schätzungen (Artikel 19) und statistische Angaben (Artikel 20) ein; dies gilt nicht, soweit dieselben Kokablätter zum Ausziehen sowohl von Alkaloiden als auch des Würzstoffs Verwendung finden und dies in den Schätzungen und statistischen Angaben erläutert wird.

Artikel 28

Kontrolle der Cannabis

(1) Gestattet eine Vertragspartei den Anbau der Cannabispflanze zur Gewinnung von Cannabis oder Cannabisharz, so wendet sie auf diese Pflanze das in Artikel 23 für den Opiummohn vorgesehene Kontrollsystem an.

(2) Dieses Übereinkommen findet auf den Anbau der Cannabispflanze zu ausschließlich gärtnerischen und gewerblichen Zwecken (Fasern und Samen) keine Anwendung.

(3) Die Vertragsparteien treffen die erforderlichen Maßnahmen, um den Mißbrauch der Blätter der Cannabispflanze und den unerlaubten Verkehr damit zu verhindern.

Article 29

Manufacture

1. The Parties shall require that the manufacture of drugs be under licence except where such manufacture is carried out by a State enterprise or State enterprises.

2. The Parties shall:

- (a) Control all persons and enterprises carrying on or engaged in the manufacture of drugs;
- (b) Control under licence the establishments and premises in which such manufacture may take place; and
- (c) Require that licensed manufacturers of drugs obtain periodical permits specifying the kinds and amounts of drugs which they shall be entitled to manufacture. A periodical permit, however, need not be required for preparations.

3. The Parties shall prevent the accumulation, in the possession of drug manufacturers, of quantities of drugs and poppy straw in excess of those required for the normal conduct of business, having regard to the prevailing market conditions.

Article 30

Trade and distribution

1. (a) The Parties shall require that the trade in and distribution of drugs be under licence except where such trade or distribution is carried out by a State enterprise or State enterprises.

(b) The Parties shall:

- (i) Control all persons and enterprises carrying on or engaged in the trade in or distribution of drugs;
- (ii) Control under licence the establishments and premises in which such trade or distribution may take place. The requirement of licensing need not apply to preparations.

(c) The provisions of sub-paragraphs (a) and (b) relating to licensing need not apply to persons duly authorized to perform and while performing therapeutic or scientific functions.

Article 29

Fabrication

1. Les Parties exigeront que la fabrication des stupéfiants s'effectue sous licence, sauf quand cette fabrication est effectuée par une ou des entreprises d'Etat.

2. Les Parties:

- a) Exerceront une surveillance sur toutes les personnes et entreprises se livrant à la fabrication de stupéfiants ou y participant;
- b) Soumettront à un régime de licences les établissements et les locaux dans lesquels la fabrication peut se faire; et
- c) Exigeront que les fabricants de stupéfiants titulaires d'une licence se munissent de permis périodiques précisant les catégories et les quantités de stupéfiants qu'ils auront le droit de fabriquer. Cependant, un permis périodique ne sera pas nécessaire pour les préparations.

3. Les Parties empêcheront l'accumulation, en la possession des fabricants de stupéfiants, de quantités de stupéfiants et de paille de pavot excédant celles qui sont nécessaires au fonctionnement normal de l'entreprise, compte tenu de la situation du marché.

Article 30

Commerce et distribution

1. a) Les Parties exigeront que le commerce et la distribution des stupéfiants s'effectuent sous licence, sauf si ce commerce ou cette distribution sont effectués par une ou des entreprises d'Etat.

b) Les Parties:

- i) Exerceront une surveillance sur toutes les personnes et entreprises se livrant au commerce ou à la distribution des stupéfiants ou y participant; et
- ii) Soumettront à un régime de licence les établissements et les locaux dans lesquels ce commerce et cette distribution peuvent se faire. Cependant, une licence ne sera pas nécessairement requise pour les préparations.

c) Les dispositions des alinéas a et b concernant le régime des licences ne s'appliqueront pas nécessairement aux personnes dûment autorisées à exercer des fonctions thérapeutiques ou scientifiques et agissant dans l'exercice de ces fonctions.

Artikel 29

Herstellung

(1) Die Vertragsparteien schreiben eine Genehmigungspflicht für die Suchtstoffherstellung vor, soweit diese nicht durch staatliche Unternehmen erfolgt.

(2) Die Vertragsparteien sind verpflichtet,

- a) alle Personen und Unternehmen zu kontrollieren, die mit der Herstellung von Suchtstoffen befaßt oder beschäftigt sind,
- b) im Wege der Genehmigungspflicht die Betriebe und Räumlichkeiten zu kontrollieren, in denen die Herstellung erfolgen kann, und
- c) vorzuschreiben, daß Personen, welche die Genehmigung zur Herstellung von Suchtstoffen besitzen, sich in regelmäßigen Abständen Erlaubnisscheine beschaffen, auf denen die Arten und Mengen der Suchtstoffe angegeben sind, die sie herstellen dürfen. Die Erlaubnisscheinpflicht braucht nicht auf Zubereitungen erstreckt zu werden.

(3) Die Vertragsparteien verhindern, daß sich im Besitz von Suchtstoffherstellern Mengen von Suchtstoffen und Mohnstroh ansammeln, welche die für den normalen Geschäftsgang bei Berücksichtigung der herrschenden Marktverhältnisse benötigten Mengen übersteigen.

Artikel 30

Handel und Verteilung

(1) a) Die Vertragsparteien schreiben eine Genehmigungspflicht für den Suchtstoffhandel und die Suchtstoffverteilung vor, soweit diese nicht durch staatliche Unternehmen erfolgen.

b) Die Vertragsparteien sind verpflichtet,

- i) alle Personen und Unternehmen zu kontrollieren, die mit dem Handel mit Suchtstoffen oder deren Verteilung befaßt oder beschäftigt sind und
- ii) im Wege der Genehmigungspflicht die Betriebe und Räumlichkeiten zu kontrollieren, in denen der Handel oder die Verteilung erfolgen kann. Die Genehmigungspflicht braucht nicht auf Zubereitungen erstreckt zu werden.

c) Die Bestimmungen der Buchstaben a und b über die Genehmigungspflicht brauchen nicht auf Personen erstreckt zu werden, die zur Wahrnehmung therapeutischer oder wissenschaftlicher Aufgaben ordnungsgemäß befugt und dementsprechend tätig sind.

2. The Parties shall also:

(a) Prevent the accumulation in the possession of traders, distributors, State enterprises or duly authorized persons referred to above, of quantities of drugs and poppy straw in excess of those required for the normal conduct of business, having regard to the prevailing market conditions; and

(b) (i) Require medical prescriptions for the supply or dispensation of drugs to individuals. This requirement need not apply to such drugs as individuals may lawfully obtain, use, dispense or administer in connexion with their duly authorized therapeutic functions; and

(ii) If the Parties deem these measures necessary or desirable, require that prescriptions for drugs in Schedule I should be written on official forms to be issued in the form of counterfoil books by the competent governmental authorities or by authorized professional associations.

3. It is desirable that Parties require that written or printed offers of drugs, advertisements of every kind or descriptive literature relating to drugs and used for commercial purposes, interior wrappings of packages containing drugs, and labels under which drugs are offered for sale indicate the international non-proprietary name communicated by the World Health Organization.

4. If a Party considers such measure necessary or desirable, it shall require that the inner package containing a drug or wrapping thereof shall bear a clearly visible double red band. The exterior wrapping of the package in which such drug is contained shall not bear a double red band.

5. A Party shall require that the label under which a drug is offered for sale show the exact drug content by weight or percentage. This requirement of label information need not apply to a drug dispensed to an individual on medical prescription.

6. The provisions of paragraphs 2 and 5 need not apply to the retail

2. En outre, les Parties:

a) Empêcheront aussi l'accumulation, en la possession des commerçants, des distributeurs, des entreprises d'Etat, ou des personnes dûment autorisées visées ci-dessus, de quantités de stupéfiants et de paille de pavot excédant celles qui sont nécessaires au fonctionnement normal de l'entreprise, compte tenu de la situation du marché;

b) i) Exigeront que les stupéfiants ne soient fournis ou dispensés à des particuliers que sur ordonnance médicale. Cette disposition n'est pas nécessairement applicable aux stupéfiants que des particuliers peuvent légalement obtenir, utiliser, dispenser ou administrer à l'occasion de l'exercice dûment autorisé de leurs fonctions thérapeutiques; et

ii) Si les Parties jugent ces mesures nécessaires ou souhaitables, elles exigeront que les ordonnances prescrivant des stupéfiants du Tableau I soient écrites sur des formules officielles qui seront fournies sous la forme de carnet à souches par les autorités administratives compétentes ou par les associations professionnelles autorisées.

3. Il est souhaitable que les Parties exigent que les offres écrites ou imprimées de stupéfiants, les annonces publicitaires de quelque nature qu'elles soient ainsi que les notices descriptives relatives aux stupéfiants et utilisées à des fins commerciales, les conditionnements contenant des stupéfiants et les étiquettes sous lesquelles les stupéfiants sont mis en vente, indiquent la dénomination commune internationale communiquée par l'Organisation mondiale de la santé.

4. Si une Partie juge qu'une telle mesure est nécessaire ou souhaitable, elle exigera que tout conditionnement contenant un stupéfiant porte un double filet rouge très apparent. Le colis dans lequel ce conditionnement est expédié ne portera pas ce double filet rouge.

5. Les Parties exigeront que l'étiquette sous laquelle une drogue est mise en vente indique nommément le ou les stupéfiants qu'elle contient ainsi que leur poids ou leur pourcentage. L'obligation de fournir ces renseignements sur l'étiquette ne s'appliquera pas nécessairement à un stupéfiant dispensé à un particulier sur prescription magistrale.

6. Les dispositions des paragraphes 2 et 5 ne s'appliqueront pas néces-

(2) Die Vertragsparteien sind verpflichtet,

a) zu verhindern, daß sich im Besitz von Händlern, Verteilern, staatlichen Unternehmen oder der oben erwähnten ordnungsgemäß befugten Personen Mengen von Suchtstoffen oder Mohnstroh ansammeln, welche die für den normalen Geschäftsgang bei Berücksichtigung der herrschenden Marktverhältnisse benötigten Mengen übersteigen,

b) i) für die Lieferung oder Abgabe von Suchtstoffen an Einzelpersonen ärztliche Verordnungen vorzuschreiben. Die Vorschrift braucht nicht auf Suchtstoffe erstreckt zu werden, die von Einzelpersonen im Zusammenhang mit ihrer ordnungsgemäß genehmigten therapeutischen Tätigkeit rechtmäßig beschafft, verwendet, abgegeben oder verabreicht werden,

ii) vorzuschreiben, falls die Vertragsparteien dies für notwendig oder wünschenswert halten, daß ärztliche Verordnungen für Suchtstoffe des Anhangs I auf amtlichen Vordrucken ausgestellt werden, welche die zuständigen staatlichen Behörden oder hierzu befugten Berufsvereinigungen in Form von Heften mit Kontrollabschnitten ausgeben.

(3) Es sind Vorschriften der Vertragsparteien darüber erwünscht, daß schriftliche oder gedruckte Suchtstoffangebote, Werbeanzeigen jeder Art oder beschreibende Literatur kommerzieller Art in bezug auf Suchtstoffe, innere Umhüllungen in Suchtstoffpackungen sowie Aufschriften, unter denen Suchtstoffe zum Verkauf angeboten werden, die internationale gesetzlich nicht schutzfähige Bezeichnung zu enthalten haben, welche die Weltgesundheitsorganisation bekanntgibt.

(4) Falls eine Vertragspartei dies für erforderlich oder wünschenswert hält, schreibt sie vor, daß auf der inneren Suchtstoffpackung oder -umhüllung ein deutlich sichtbarer roter Doppelstreifen anzubringen ist. Auf der äußeren Umhüllung der Suchtstoffpackung ist dies zu unterlassen.

(5) Jede Vertragspartei schreibt vor, daß die Aufschriften, unter denen Suchtstoffe zum Verkauf angeboten werden, den genauen Suchtstoffgehalt nach Gewicht oder Hundertsatz angeben. Die Vorschrift braucht nicht auf einen Suchtstoff erstreckt zu werden, der auf Grund ärztlicher Verordnung an eine Einzelperson abgegeben wird.

(6) Die Absätze 2 und 5 gelten nicht für den Einzelhandel mit den im An-

authorization for such consignment is produced to the competent authorities of such Party.

12. The competent authorities of any country or territory through which a consignment of drugs is permitted to pass shall take all due measures to prevent the diversion of the consignment to a destination other than that named in the accompanying copy of the export authorization unless the Government of that country or territory through which the consignment is passing authorizes the diversion. The Government of the country or territory of transit shall treat any requested diversion as if the diversion were an export from the country or territory of transit to the country or territory of new destination. If the diversion is authorized, the provisions of paragraph 7 (a) and (b) shall also apply between the country or territory of transit and the country or territory which originally exported the consignment.

13. No consignment of drugs while in transit, or whilst being stored in a bonded warehouse, may be subjected to any process which would change the nature of the drugs in question. The packing may not be altered without the permission of the competent authorities.

14. The provisions of paragraphs 11 to 13 relating to the passage of drugs through the territory of a Party do not apply where the consignment in question is transported by aircraft which does not land in the country or territory of transit. If the aircraft lands in any such country or territory, those provisions shall be applied so far as circumstances require.

15. The provisions of this article are without prejudice to the provisions of any international agreements which limit the control which may be exercised by any of the Parties over drugs in transit.

16. Nothing in this article other than paragraphs 1 (a) and 2 need apply in the case of preparations in Schedule III.

Article 32

Special provisions concerning the carriage of drugs in first-aid kits of ships or aircraft engaged in international traffic

1. The international carriage by ships or aircraft of such limited amounts of drugs as may be needed

de l'autorisation d'exportation pour cet envoi est présentée aux autorités compétentes de ladite Partie.

12. Les autorités compétentes d'un pays ou territoire quelconque à travers lequel le passage d'un envoi de stupéfiants est autorisé prendront toutes les mesures nécessaires pour empêcher le déroutement dudit envoi vers une destination autre que celle qui figure sur la copie de l'autorisation d'exportation jointe à l'envoi, à moins que le gouvernement du pays ou territoire à travers lequel ledit envoi s'effectue n'autorise ce déroutement. Le gouvernement de ce pays ou territoire traitera toute demande de déroutement comme s'il s'agissait d'une exportation du pays ou territoire de transit vers le pays ou territoire de la nouvelle destination. Si le déroutement est autorisé, les dispositions des alinéas a et b du paragraphe 7 s'appliqueront également entre le pays ou territoire de transit et le pays ou territoire d'où l'envoi a primitivement été exporté.

13. Aucun envoi de stupéfiants en transit ou déposé dans un entrepôt de douane ne peut être soumis à un traitement quelconque qui modifierait la nature de ces stupéfiants. L'emballage ne peut être modifié sans l'autorisation des autorités compétentes.

14. Les dispositions des paragraphes 11 à 13 relatives au transit des stupéfiants sur le territoire d'une Partie ne sont applicables si cet envoi est transporté par la voie aérienne à condition que l'aéronef n'atterrisse pas dans le pays ou le territoire de transit. Si l'aéronef fait un atterrissage dans ce pays ou territoire, ces dispositions s'appliqueront dans la mesure où les circonstances l'exigent.

15. Les dispositions du présent article ne portent pas préjudice à celles de tout accord international qui limite le contrôle pouvant être exercé par toute partie sur les stupéfiants en transit.

16. Aucune des dispositions de cet article, à part les paragraphes 1, a, et 2, ne s'appliquera nécessairement aux préparations du Tableau III.

Article 32

Dispositions spéciales concernant le transport des stupéfiants dans les troussees de premiers secours des navires ou aéronefs effectuant des parcours internationaux

1. Le transport international par navires ou aéronefs de quantités limitées de stupéfiants susceptibles d'être né-

dies gilt unabhängig davon, ob die Sendung aus dem sie befördernden Fahrzeug ausgeladen wird oder nicht.

(12) Ist die Durchfuhr einer Suchtstoffsending durch einen Staat oder ein Hoheitsgebiet gestattet, so treffen dessen zuständige Behörden alle erforderlichen Maßnahmen, um zu verhindern, daß die Sendung an eine andere als die in der sie begleitenden Abschrift der Ausfuhrgenehmigung genannte Bestimmung gelangt, es sei denn, daß die Regierung des Durchfuhrstaats oder -hoheitsgebiets die Bestimmungsänderung genehmigt. Eine solche Regierung behandelt jede beantragte Bestimmungsänderung als Ausfuhr aus dem Durchfuhrstaat oder -hoheitsgebiet nach dem neuen Bestimmungsstaat oder -hoheitsgebiet. Wird die Bestimmungsänderung genehmigt, so gilt Absatz 7 Buchstaben a und b auch im Verhältnis zwischen dem Durchfuhrstaat oder -hoheitsgebiet und dem Staat oder Hoheitsgebiet, aus dem die Sendung ursprünglich ausgeführt wurde.

(13) Befindet sich eine Suchtstoffsendung auf der Durchfuhr oder in einem Zollager, so darf sie keiner Behandlung unterzogen werden, die geeignet ist, die Beschaffenheit der betreffenden Suchtstoffe zu verändern. Die Verpackung darf ohne Genehmigung der zuständigen Behörden nicht geändert werden.

(14) Die Bestimmungen der Absätze 11 bis 13 über die Durchfuhr von Suchtstoffen durch das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei finden keine Anwendung, wenn die betreffende Sendung auf dem Luftweg befördert wird und das Luftfahrzeug in dem Durchfuhrstaat oder -hoheitsgebiet keine Landung vornimmt. Landet es dagegen im Durchfuhrstaat oder -hoheitsgebiet, so finden die Absätze 11 bis 13 Anwendung, soweit es die Umstände erfordern.

(15) Internationale Übereinkünfte zur Beschränkung der Kontrolle, die eine Vertragspartei in bezug auf Suchtstoffe im Durchfuhrverkehr ausüben darf, bleiben von diesem Artikel unberührt.

(16) Auf Zubereitungen des Anhangs III brauchen nur Absatz 1 Buchstabe a und Absatz 2 dieses Artikels angewandt zu werden.

Artikel 32

Sonderbestimmungen über Suchtstoffe in Ausrüstungen für Erste Hilfe, die auf Schiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr mitgeführt werden

(1) Das Mitführen beschränkter Suchtstoffmengen, die während der Reise für Erste Hilfe oder sonstige

drugs referred to therein, is approved and such certificate shall be produced by the person or establishment applying for the export authorization. The Parties shall follow as closely as may be practicable the form of import certificate approved by the Commission.

6. A copy of the export authorization shall accompany each consignment, and the Government issuing the export authorization shall send a copy to the Government of the importing country or territory.

7. (a) The Government of the importing country or territory, when the importation has been effected or when the period fixed for the importation has expired, shall return the export authorization, with an endorsement to that effect, to the Government of the exporting country or territory.

(b) The endorsement shall specify the amount actually imported.

(c) If a lesser quantity than that specified in the export authorization is actually exported, the quantity actually exported shall be stated by the competent authorities on the export authorization and on any official copy thereof.

8. Exports of consignments to a post office box, or to a bank to the account of a party other than the party named in the export authorization, shall be prohibited.

9. Exports of consignments to a bonded warehouse are prohibited unless the government of the importing country certifies on the import certificate, produced by the person or establishment applying for the export authorization, that it has approved the importation for the purpose of being placed in a bonded warehouse. In such case the export authorization shall specify that the consignment is exported for such purpose. Each withdrawal from the bonded warehouse shall require a permit from the authorities having jurisdiction over the warehouse and, in the case of a foreign destination shall be treated as if it were a new export within the meaning of this Convention.

10. Consignments of drugs entering or leaving the territory of a Party not accompanied by an export authorization shall be detained by the competent authorities.

11. A Party shall not permit any drugs consigned to another country to pass through its territory, whether or not the consignment is removed from the conveyance in which it is carried, unless a copy of the export

fiant ou des stupéfiants dont il est question est approuvée et ce certificat sera produit par la personne ou l'établissement demandant l'autorisation d'exportation. Les Parties se conformeront autant que faire se pourra au modèle de certificat d'importation approuvé par la Commission.

6. Une copie de l'autorisation d'exportation sera jointe à chaque envoi, et le gouvernement qui délivre l'autorisation d'exportation en adressera une copie au gouvernement du pays ou territoire importateur.

7. a) Lorsque l'importation a été effectuée ou lorsque la période fixée pour l'importation prend fin, le gouvernement du pays ou territoire importateur renverra au gouvernement du pays ou territoire exportateur l'autorisation d'exportation, avec une mention spéciale à cet effet.

b) La mention précitée spécifiera la quantité effectivement importée.

c) Si la quantité effectivement exportée est inférieure à celle qui est indiquée dans l'autorisation d'exportation, les autorités compétentes indiqueront la quantité effectivement exportée sur l'autorisation d'exportation et sur toute copie officielle de celle-ci.

8. Les exportations sous forme d'envois adressés à une banque au compte d'une personne différente de celle dont le nom figure sur l'autorisation d'exportation ou à une boîte postale seront interdites.

9. Les exportations sous forme d'envois adressés à un entrepôt de douane seront interdites, sauf si le gouvernement du pays importateur précise sur le certificat d'importation produit par la personne ou l'établissement qui demande l'autorisation d'exportation qu'il a approuvé l'importation de l'envoi afin que celui-ci soit déposé dans un entrepôt de douane. En pareil cas, l'autorisation d'exportation précisera que l'envoi est effectué à cette fin. Tout retrait de l'entrepôt de douane sera subordonné à la présentation d'un permis émanant des autorités dont relève l'entrepôt, et, dans le cas d'un envoi à destination de l'étranger, il sera assimilé à une exportation nouvelle au sens de la présente Convention.

10. Les envois de stupéfiants entrant dans le territoire d'une Partie ou en sortant sans être accompagnés d'une autorisation d'exportation seront retenus par les autorités compétentes.

11. Une Partie n'autorisera pas le passage en transit sur son territoire, en direction d'un autre pays, d'un envoi quelconque de stupéfiants, que cet envoi soit ou non déchargé du véhicule qui le transporte, sauf si la copie

fuhrstaats oder -hoheitsgebiets ausgestellten Einfuhrbescheinigung, in der bescheinigt wird, daß die Einfuhr des darin genannten Suchtstoffs genehmigt ist. Die Vertragsparteien halten sich so eng wie möglich an das von der Kommission genehmigte Muster der Einfuhrbescheinigung.

(6) Jeder Sendung ist eine Abschrift der Ausfuhrgenehmigung beizufügen; eine weitere Abschrift übersendet die Regierung, welche die Ausfuhrgenehmigung ausgestellt hat, der Regierung des Einfuhrstaats oder -hoheitsgebiets.

(7) a) Ist die Einfuhr erfolgt oder die hierfür festgesetzte Frist abgelaufen, so leitet die Regierung des Einfuhrstaats oder -hoheitsgebiets die Ausfuhrgenehmigung mit einem entsprechenden Vermerk an die Regierung des Ausfuhrstaats oder -hoheitsgebiets zurück.

b) In dem Vermerk wird die tatsächlich eingeführte Menge angegeben.

c) Ist die tatsächlich ausgeführte Menge geringer als die in der Ausfuhrgenehmigung angegebene, so geben die zuständigen Behörden auf der Ausfuhrgenehmigung und auf allen amtlichen Abschriften derselben die tatsächlich ausgeführte Menge an.

(8) Ausführen in Form von Sendungen an ein Postfach oder an eine Bank auf das Konto einer anderen als der in der Ausfuhrgenehmigung angegebenen Person sind verboten.

(9) Ausführen in Form von Sendungen an ein Zollager sind verboten, es sei denn, daß die Regierung des Einfuhrstaats auf der Einfuhrbescheinigung, welche die eine Ausfuhrgenehmigung beantragenden Personen oder Betriebe vorzulegen haben, bescheinigt, daß sie die Einfuhr zur Hinterlegung in einem Zollager genehmigt hat. In diesem Fall wird in der Ausfuhrgenehmigung angegeben, daß die Sendung zu diesem Zweck ausgeführt wird. Jede Entnahme aus dem Zollager erfordert einen Erlaubnisschein der Behörden, denen das Lagerhaus untersteht; ist die entnommene Menge für das Ausland bestimmt, so wird sie einer neuen Ausfuhr im Sinne dieses Übereinkommens gleichgestellt.

(10) Suchtstoffsendungen, welche die Grenze des Hoheitsgebiets einer Vertragspartei überschreiten, ohne von einer Ausfuhrgenehmigung begleitet zu sein, werden von den zuständigen Behörden zurückgehalten.

(11) Eine Vertragspartei gestattet die Durchfuhr einer Suchtstoffsendung in einen anderen Staat nur dann, wenn ihren zuständigen Behörden eine Abschrift der Ausfuhrgenehmigung für die Sendung vorgelegt wird;

a period of not less than two years.

Article 35

Action against the illicit traffic

Having due regard to their constitutional, legal and administrative systems, the Parties shall:

- (a) Make arrangements at the national level for co-ordination of preventive and repressive action against the illicit traffic; to this end they may usefully designate an appropriate agency responsible for such co-ordination;
- (b) Assist each other in the campaign against the illicit traffic in narcotic drugs;
- (c) Co-operate closely with each other and with the competent international organizations of which they are members with a view to maintaining a co-ordinated campaign against the illicit traffic;
- (d) Ensure that international co-operation between the appropriate agencies be conducted in an expeditious manner; and
- (e) Ensure that where legal papers are transmitted internationally for the purposes of a prosecution, the transmittal be effected in an expeditious manner to the bodies designated by the Parties; this requirement shall be without prejudice to the right of a Party to require that legal papers be sent to it through the diplomatic channel.

Article 36

Penal provisions

1. Subject to its constitutional limitations, each Party shall adopt such measures as will ensure that cultivation, production, manufacture, extraction, preparation, possession, offering, offering for sale, distribution, purchase, sale, delivery on any terms whatsoever, brokerage, dispatch, dispatch in transit, transport, importation and exportation of drugs contrary to the provisions of this Convention, and any other action which in the opinion of such Party may be contrary to the provisions of this Convention, shall be punishable offences when committed intentionally, and that serious offences shall be liable to adequate punishment particularly by imprisonment or other penalties of deprivation of liberty.

donnances médicales sont utilisés, ces carnets à souches, y compris les souches, seront également conservés pendant une période qui ne sera pas inférieure à deux ans.

Article 35

Lutte contre le trafic illicite

Compte dûment tenu de leurs régimes constitutionnel, juridique et administratif, les Parties:

- a) Assureront sur le plan national une coordination de l'action préventive et répressive contre le trafic illicite; à cette fin, elles pourront utilement désigner un service approprié chargé de cette coordination;
- b) S'assisteront mutuellement dans la lutte contre le trafic illicite;
- c) Coopéreront étroitement entre elles et avec les organisations internationales compétentes dont elles sont membres afin de mener une lutte coordonnée contre le trafic illicite;
- d) Veilleront à ce que la coopération internationale des services appropriés soit effectuée par des voies rapides; et
- e) S'assureront que, lorsque des pièces de justice sont transmises entre des pays pour la poursuite d'une action judiciaire, la transmission soit effectuée par des voies rapides à l'adresse des instances désignées par les Parties; cette disposition ne porte pas atteinte au droit des Parties de demander que les pièces de justice leur soient envoyées par la voie diplomatique.

Article 36

Dispositions pénales

1. Sous réserve de ses dispositions constitutionnelles, chaque Partie adoptera les mesures nécessaires pour que la culture et la production, la fabrication, l'extraction, la préparation, la détention, l'offre, la mise en vente, la distribution, l'achat, la vente, la livraison, à quelque titre que ce soit, le courtage, l'envoi, l'expédition en transit, le transport l'importation et l'exportation de stupéfiants non conformes aux dispositions de la présente Convention, ou tout autre acte qui, de l'avis de ladite Partie, serait contraire aux dispositions de la présente Convention, constituent des infractions punissables lorsqu'elles sont commises intentionnellement et pour que les infractions graves soient passibles d'un châtiment adéquat, notamment de peines de prison ou d'autres peines privatives de liberté.

satz 2 Buchstabe b), sind diese Hefte einschließlich der Kontrollabschnitte ebenfalls mindestens zwei Jahre lang aufzubewahren.

Artikel 35

Maßnahmen gegen den unerlaubten Verkehr

Die Vertragsparteien sind verpflichtet, unter gebührender Beachtung ihrer Verfassungs-, Rechts- und Verwaltungsordnungen

- a) Vorkehrungen zu treffen, um ihre Maßnahmen zur Verhütung und Unterdrückung des unerlaubten Verkehrs innerstaatlich zu koordinieren; sie können zweckdienlicher Weise eine hierfür zuständige Stelle bestimmen,
- b) einander beim Kampf gegen den unerlaubten Verkehr zu unterstützen,
- c) miteinander und mit den zuständigen internationalen Organisationen, denen sie als Mitglieder angehören, eng zusammenzuarbeiten, um den Kampf gegen den unerlaubten Verkehr fortlaufend zu koordinieren,
- d) zu gewährleisten, daß die internationale Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Stellen rasch vonstatten geht, und
- e) zu gewährleisten, daß rechtserhebliche Schriftstücke, die zum Zwecke einer Strafverfolgung in einen anderen Staat zu übermitteln sind, den von den Vertragsparteien bezeichneten Organen rasch zugeleitet werden; dies berührt nicht das Recht einer Vertragspartei zu verlangen, daß ihr rechtserhebliche Schriftstücke auf diplomatischem Wege übersandt werden.

Artikel 36

Strafbestimmungen

(1) Jede Vertragspartei trifft im Rahmen ihrer Verfassungsordnung die erforderlichen Maßnahmen, um jedes gegen dieses Übereinkommen verstoßende Anbauen, Gewinnen, Herstellen, Ausziehen, Zubereiten, Besitzen, Anbieten, Feilhalten, Verteilen, Kaufen, Verkaufen, Liefern — gleichviel zu welchen Bedingungen —, Vermitteln, Versenden — auch im Durchfuhrverkehr —, Befördern, Einführen und Ausführen von Suchtstoffen sowie jede nach Ansicht der betreffenden Vertragspartei gegen dieses Übereinkommen verstoßende sonstige Handlung, wenn vorsätzlich begangen, mit Strafe zu bedrohen sowie schwere Verstöße angemessen zu ahnden, insbesondere mit Gefängnis oder sonstigen Arten des Freiheitsentzugs.

during their journey or voyage for first-aid purposes or emergency cases shall not be considered to be import, export or passage through a country within the meaning of this Convention.

2. Appropriate safeguards shall be taken by the country of registry to prevent the improper use of the drugs referred to in paragraph 1 or their diversion for illicit purposes. The Commission, in consultation with the appropriate international organizations, shall recommend such safeguards.

3. Drugs carried by ships or aircraft in accordance with paragraph 1 shall be subject to the laws, regulations, permits and licences of the country of registry, without prejudice to any rights of the competent local authorities to carry out checks, inspections and other control measures on board ships or aircraft. The administration of such drugs in the case of emergency shall not be considered a violation of the requirements of article 30, paragraph 2 (b).

cessaires pendant le voyage pour l'administration des premiers secours et pour les cas d'urgence ne sera pas considéré comme une importation ou une exportation au sens de la présente Convention.

2. Des précautions appropriées seront prises par le pays d'immatriculation pour empêcher l'usage indu des stupéfiants mentionnés au paragraphe 1 ou leur détournement à des fins illicites. La Commission recommandera ces précautions en consultation avec les organisations internationales compétentes.

3. Les stupéfiants transportés par navires ou aéronefs conformément aux dispositions du paragraphe 1 seront soumis aux lois, règlements, permis et licences du pays d'immatriculation sans préjudice du droit des autorités locales compétentes de procéder à des vérifications, inspections et autres opérations de contrôle à bord des navires ou aéronefs. L'administration de ces stupéfiants en cas d'urgence ne sera pas considérée comme contrevenant aux dispositions de l'article 30, paragraphe 2, b.

dringende Fälle benötigt werden, auf Schiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr gilt nicht als Ein-, Aus- oder Durchfuhr im Sinne dieses Übereinkommens.

(2) Der Registerstaat trifft geeignete Sicherheitsvorkehrungen, um zu verhindern, daß die in Absatz 1 bezeichneten Suchtstoffe unstatthaft verwendet oder unerlaubten Zwecken zugeführt werden. Die Kommission empfiehlt solche Sicherheitsvorkehrungen in Konsultation mit den zuständigen internationalen Organisationen.

(3) Für die nach Absatz 1 auf Schiffen oder Luftfahrzeugen mitgeführten Suchtstoffe gelten die Gesetze, Verordnungen, Genehmigungen und Erlaubnisse des Registerstaates; unberührt bleibt das Recht der zuständigen örtlichen Behörden, an Bord des Schiffes oder Luftfahrzeugs Nachprüfungen, Inspektionen und sonstige Kontrollen durchzuführen. Die Verabreichung dieser Suchtstoffe in dringenden Fällen gilt nicht als Verstoß gegen den Artikel 30 Absatz 2 Buchstabe b.

Article 33

Possession of drugs

The Parties shall not permit the possession of drugs except under legal authority.

Article 33

Détention de stupéfiants

Les Parties ne permettront pas la détention de stupéfiants sans autorisation légale.

Artikel 33

Besitz von Suchtstoffen

Die Vertragsparteien gestatten keinen Besitz von Suchtstoffen ohne gesetzliche Ermächtigung.

Article 34

Measures of supervision and inspection

The Parties shall require:

- (a) That all persons who obtain licences as provided in accordance with this Convention, or who have managerial or supervisory positions in a State enterprise established in accordance with this Convention, shall have adequate qualifications for the effective and faithful execution of the provisions of such laws and regulations as are enacted in pursuance thereof; and
- (b) That governmental authorities, manufacturers, traders, scientists, scientific institutions and hospitals keep such records as will show the quantities of each drug manufactured and of each individual acquisition and disposal of drugs. Such records shall respectively be preserved for a period of not less than two years. Where counterfoil books (article 30, paragraph 2 (b)) of official prescriptions are used, such books including the counterfoils shall also be kept for

Article 34

Mesures de surveillance et d'inspection

Les Parties exigeront:

- a) Que toutes les personnes à qui des licences sont délivrées en application de la présente Convention ou qui occupent des postes de direction ou de surveillance dans une entreprise d'Etat établie conformément à la présente Convention réunissent les qualités nécessaires pour appliquer effectivement et fidèlement les dispositions des lois et règlement édictés en exécution de la présente Convention; et
- b) Que les autorités administratives, les fabricants, les commerçants, les hommes de science, les établissements scientifiques et les hôpitaux tiennent des registres où seront consignées les quantités de chaque stupéfiant fabriqué et chaque opération portant sur l'acquisition et l'aliénation de stupéfiants. Ces registres seront conservés pendant une période qui ne sera pas inférieure à deux ans. Dans le cas où des carnets à souches (articles 30, paragraphe 2, alinéa b) d'or-

Artikel 34

Überwachungs- und Inspektionsmaßnahmen

Die Vertragsparteien schreiben vor,

- a) daß alle Personen, die nach Maßgabe dieses Übereinkommens Erlaubnisscheine erhalten oder die leitende oder beaufsichtigende Stellungen in einem im Einklang mit diesem Übereinkommen errichteten staatlichen Unternehmen innehaben, die erforderliche Befähigung zur wirksamen und gewissenhaften Anwendung der zur Durchführung dieses Übereinkommens erlassenen Gesetze und sonstigen Vorschriften besitzen müssen,
- b) daß staatliche Behörden sowie Hersteller, Händler, Wissenschaftler, wissenschaftliche Einrichtungen und Krankenanstalten Verzeichnisse zu führen haben, in welche die Mengen jedes hergestellten Suchtstoffs und alle Erwerbe oder Veräußerungen von Suchtstoffen im einzelnen einzutragen sind. Diese Verzeichnisse sind mindestens zwei Jahre lang aufzubewahren. Soweit für ärztliche Verordnungen amtliche Hefte mit Kontrollabschnitten verwendet werden (Artikel 30 Ab-

trade in or retail distribution of drugs in Schedule II.

sairement au commerce de détail ni à la distribution au détail des stupéfiants du Tableau II.

hang II aufgeführten Suchtstoffen oder für deren Verteilung.

Article 31

Special provisions relating to international trade

1. The Parties shall not knowingly permit the export of drugs to any country or territory except:

- (a) In accordance with the laws and regulations of that country or territory; and
- (b) Within the limits of the total of the estimates for that country or territory, as defined in paragraph 2 of article 19, with the addition of the amounts intended to be reexported.

2. The Parties shall exercise in free ports and zones the same supervision and control as in other parts of their territories, provided, however, that they may apply more drastic measures.

3. The Parties shall:

- (a) Control under licence the import and export of drugs except where such import or export is carried out by a State enterprise or enterprises;
- (b) Control all persons and enterprises carrying on or engaged in such import or export.

4. (a) Every Party permitting the import or export of drugs shall require a separate import or export authorization to be obtained for each such import or export whether it consists of one or more drugs.

(b) Such authorization shall state the name of the drug, the international non-proprietary name if any, the quantity to be imported or exported, and the name and address of the importer and exporter, and shall specify the period within which the importation or exportation must be effected.

(c) The export authorization shall also state the number and date of the import certificate (paragraph 5) and the authority by whom it has been issued.

(d) The import authorization may allow an importation in more than one consignment.

5. Before issuing an export authorization the Parties shall require an import certificate, issued by the competent authorities of the importing country or territory and certifying that the importation of the drug or

Article 31

Dispositions spéciales relatives au commerce international

1. Les Parties ne permettront pas sciemment l'exportation de stupéfiants à destination d'un pays ou territoire quelconque, si ce n'est:

- a) Conformément aux lois et règlements de ce pays ou territoire; et
- b) Dans les limites du total des évaluations afférentes à ce pays ou territoire, tel qu'il est défini au paragraphe 2 de l'article 19, en y ajoutant les quantités qui doivent être réexportées.

2. Les Parties exerceront dans les ports francs et les zones franches la même surveillance et le même contrôle que dans les autres parties de leurs territoires, étant entendu, toutefois, qu'elles pourront appliquer un régime plus sévère.

3. a) Les Parties contrôleront au moyen d'une licence l'importation et l'exportation des stupéfiants sauf dans les cas où cette importation ou cette exportation est effectuée par une ou des entreprises d'Etat.

b) Les Parties exerceront une surveillance sur toutes les personnes et entreprises se livrant à une telle importation ou exportation ou y participant.

4. a) Chaque Partie autorisant l'importation ou l'exportation d'un stupéfiant exigera l'obtention d'une autorisation d'importation ou d'exportation distincte pour chaque importation ou exportation, qu'il s'agisse d'un ou de plusieurs stupéfiants.

b) Cette autorisation indiquera le nom du stupéfiant, la dénomination commune internationale si elle existe, la quantité à importer ou à exporter, les noms et adresse de l'importateur et de l'exportateur et spécifiera la période durant laquelle l'importation ou l'exportation doit être effectuée.

c) L'autorisation d'exportation indiquera en outre le numéro et la date du certificat d'importation (paragraphe 5) ainsi que l'autorité qui l'a délivré.

d) L'autorisation d'importation pourra permettre d'importer en plusieurs envois.

5. Avant de délivrer une autorisation d'exportation, les Parties exigeront un certificat d'importation, délivré par les autorités compétentes du pays ou territoire importateur et attestant que l'importation du stupé-

Artikel 31

Sonderbestimmungen über den internationalen Handel

(1) Die Vertragsparteien gestatten wissentlich die Ausfuhr von Suchtstoffen nach einem Staat oder Hoheitsgebiet nur

- a) im Einklang mit dessen Gesetzen und sonstigen Vorschriften sowie
- b) im Rahmen der in Artikel 19 Absatz 2 bezeichneten Gesamtschätzung für diesen Staat oder dieses Hoheitsgebiet, zuzüglich der für die Wiederausfuhr bestimmten Mengen.

(2) Die Vertragsparteien üben in Freihäfen und Freizonen die gleiche Überwachung und Kontrolle aus wie in anderen Teilen ihrer Hoheitsgebiete; sie können jedoch strengere Maßnahmen anwenden.

(3) Die Vertragsparteien

- a) kontrollieren im Wege einer Genehmigungspflicht die Suchstoff-einfuhr und -ausfuhr, soweit diese nicht durch staatliche Unternehmen erfolgen;
- b) sie kontrollieren alle Personen und Unternehmen, die mit dieser Ein- oder Ausfuhr befaßt oder beschäftigt sind.

(4) a) Gestattet eine Vertragspartei das Ein- oder Ausführen von Suchtstoffen, so schreibt sie für jede Ein- oder Ausfuhr, gleichviel ob eines oder mehrere Suchtstoffe, eine besondere Ein- oder Ausfuhrgenehmigung vor.

b) In dieser Genehmigung sind der Name, gegebenenfalls die international nicht schutzfähige Bezeichnung und die ein- oder auszuführende Menge des Suchtstoffs, Name und Anschrift des Ein- oder Ausführenden und die Frist anzugeben, innerhalb deren die Ein- oder Ausfuhr erfolgen muß.

c) In der Ausfuhrgenehmigung sind ferner Nummer und Datum der Einfuhrbescheinigung (Absatz 5) und die Behörde anzugeben, welche letztere ausgestellt hat.

d) In der Einfuhrgenehmigung kann die Einfuhr in mehr als einer Sendung gestattet werden.

(5) Beantragt eine Person oder ein Betrieb eine Ausfuhrgenehmigung, so verlangt vor deren Ausstellung die betreffende Vertragspartei von dem Antragsteller die Vorlage einer von den zuständigen Behörden des Ein-

2. Subject to the constitutional limitations of a Party, its legal system and domestic law,

- (a) (i) Each of the offences enumerated in paragraph 1, if committed in different countries, shall be considered as a distinct offence;
 - (ii) Intentional participation in, conspiracy to commit and attempts to commit, any of such offences, and preparatory acts and financial operations in connexion with the offences referred to in this article, shall be punishable offences as provided in paragraph 1;
 - (iii) Foreign convictions for such offences shall be taken into account for the purpose of establishing recidivism; and
 - (iv) Serious offences heretofore referred to committed either by nationals or by foreigners shall be prosecuted by the Party in whose territory the offence was committed, or by the Party in whose territory the offender is found if extradition is not acceptable in conformity with the law of the Party to which application is made, and if such offender has not already been prosecuted and judgement given.
- (b) It is desirable that the offences referred to in paragraph 1 and paragraph 2 (a) (ii) be included as extradition crimes in any extradition treaty which has been or may hereafter be concluded between any of the Parties, and, as between any of the Parties which do not make extradition conditional on the existence of a treaty or on reciprocity, be recognized as extradition crimes; provided that extradition shall be granted in conformity with the law of the Party to which application is made, and that the Party shall have the right to refuse to effect the arrest or grant the extradition in cases where the competent authorities consider that the offence is not sufficiently serious.

3. The provisions of this article shall be subject to the provisions of the criminal law of the Party concerned on questions of jurisdiction.

2. Sous réserve des dispositions constitutionnelles de chaque Partie, de son système juridique et de sa législation nationale,

- a) i) Chacune des infractions énumérées au paragraphe 1 sera considérée comme une infraction distincte, si elles sont commises dans des pays différents;
 - ii) La participation intentionnelle à l'une quelconque desdites infractions, l'association ou l'entente en vue de la commettre ou la tentative de la commettre, ainsi que les actes préparatoires et les opérations financières intentionnellement accomplis, relatifs aux infractions dont il est question dans cet article, constitueront des infractions passibles des peines prévues au paragraphe 1;
 - iii) Les condamnations prononcées à l'étranger pour ces infractions seront prises en considération aux fins d'établissement de la récidive; et
 - iv) Les infractions graves précitées, qu'elles soient commises par des nationaux ou des étrangers, seront poursuivies par la Partie sur le territoire de laquelle l'infraction a été commise, ou par la Partie sur le territoire de laquelle le délinquant se trouvera si son extradition n'est pas acceptable conformément à la législation de la Partie à laquelle la demande est adressée, et si ledit délinquant n'a pas été déjà poursuivi et jugé.
- b) Il est souhaitable que les infractions mentionnées au paragraphe 1 et dans la partie ii de l'alinéa a du paragraphe 2 soient considérées comme des cas d'extradition aux termes de tout traité d'extradition conclu ou à conclure entre des Parties et soient reconnues comme cas d'extradition entre elles par les Parties qui ne subordonnent pas l'extradition à l'existence d'un traité ou à la réciprocité, étant entendu, toutefois, que l'extradition sera accordée conformément à la législation de la Partie à qui la demande d'extradition est adressée et que ladite Partie aura le droit de refuser de procéder à l'arrestation du délinquant ou de refuser d'accorder son extradition si les autorités compétentes considèrent que l'infraction n'est pas suffisamment grave.

3. Aucune disposition du présent article ne portera atteinte aux dispositions du droit pénal d'une Partie en matière de juridiction.

(2) Jede Vertragspartei gewährleistet im Rahmen ihrer Verfassungsordnung, ihres Rechtssystems und ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften,

- a) i) daß jeder der in Absatz 1 aufgeführten Verstöße, wenn in verschiedenen Staaten begangen, als selbständiger Verstoß gilt,
- ii) daß in bezug auf diese Verstöße die vorsätzliche Teilnahme, die Verabredung und der Versuch mit Strafe im Sinne des Absatzes 1 bedroht werden; dies gilt auch für Vorbereitungs- und Finanzhandlungen im Zusammenhang mit den in diesem Artikel bezeichneten Verstößen,
- iii) daß im Ausland erfolgte Verurteilungen wegen solcher Verstöße rückfallbegründend wirken, und
- iv) daß die vorstehend bezeichneten schweren Verstöße, gleichviel ob von Staatsangehörigen oder Ausländern begangen, von der Vertragspartei verfolgt werden, in deren Hoheitsgebiet der Verstoß begangen wurde, oder von der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet der Täter betroffen wird, wenn diese auf Grund ihres Rechts das Auslieferungersuchen ablehnt und der Täter noch nicht verfolgt und verurteilt worden ist.

b) Es ist wünschenswert, daß die in Absatz 1 und in Absatz 2 Buchstabe a Ziffer ii bezeichneten Verstöße in jeden bestehenden oder künftigen Auslieferungsvertrag zwischen Vertragsparteien als auslieferungsfähige Straftaten aufgenommen werden und daß sie zwischen Vertragsparteien, welche die Auslieferung nicht vom Bestehen eines Vertrags oder von der Gegenseitigkeit abhängig machen, als auslieferungsfähige Straftaten anerkannt werden; Voraussetzung ist, daß die Auslieferung im Einklang mit den Rechtsvorschriften der ersuchten Vertragsparteien bewilligt wird und daß diese berechtigt ist, die Festnahme oder die Auslieferung in Fällen zu verweigern, in denen die zuständigen Behörden den Verstoß als nicht schwerwiegend genug ansehen.

(3) Dieser Artikel beeinträchtigt nicht die im Strafrecht betreffenden Vertragspartei enthaltene Bestimmung über die Gerichtsbarkeit.

4. Nothing contained in this article shall affect the principle that the offences to which it refers shall be defined, prosecuted and punished in conformity with the domestic law of a Party.

Article 37

Seizure and confiscation

Any drugs, substances and equipment used in or intended for the commission of any of the offences, referred to in article 36, shall be liable to seizure and confiscation.

Article 38

Treatment of drug addicts

1. The Parties shall give special attention to the provision of facilities for the medical treatment, care and rehabilitation of drug addicts.

2. If a Party has a serious problem of drug addiction and its economic resources permit, it is desirable that it establish adequate facilities for the effective treatment of drug addicts.

Article 39

Application of stricter national control measures than those required by this Convention

Notwithstanding anything contained in this Convention, a Party shall not be, or be deemed to be, precluded from adopting measures of control more strict or severe than those provided by this Convention and in particular from requiring that preparations in Schedule III or drugs in Schedule II be subject to all or such of the measures of control applicable to drugs in Schedule I as in its opinion is necessary or desirable for the protection of the public health or welfare.

Article 40

Languages of the Convention and procedure for signature, ratification and accession

1. This Convention, of which the Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be open for signature until 1 August 1961 on behalf of any Member of the United Nations, of any non-member State which is a Party to the Statute of the International Court of Justice or member of a specialized agency of the United Nations, and

4. Les dispositions du présent article seront limitées en matière de compétence par la législation pénale de chacune des Parties.

Article 37

Saisie et confiscation

Tous stupéfiants, toutes substances et tout matériel utilisés pour commettre l'une quelconque des infractions visées à l'article 36 ou destinés à commettre une telle infraction pourront être saisis et confisqués.

Article 38

Traitement des toxicomanes

1. Les Parties prendront particulièrement en considération les mesures à prendre pour faire traiter et soigner les toxicomanes et assurer leur réadaptation.

2. Si la toxicomanie constitue un grave problème pour une Partie et si ses ressources économiques le permettent, il est souhaitable qu'elle crée les services adéquats en vue du traitement efficace des toxicomanes.

Article 39

Application de mesures nationales de contrôle plus sévères que celles qu'exige la présente Convention

Nonobstant toute disposition de la présente Convention, aucune Partie ne sera, ou ne sera censée être, empêchée d'adopter des mesures de contrôle plus strictes ou plus sévères que celles qui sont prévues par la présente Convention, et notamment d'exiger que les préparations du Tableau III ou les stupéfiants du Tableau II soient soumis aux mesures de contrôle applicables aux stupéfiants du Tableau I, ou à certaines d'entre elles, si elle le juge nécessaire ou opportun pour la protection de la santé publique.

Article 40

Langues de la Convention et procédure de signature, de ratification et d'adhésion

1. La présente Convention, dont les textes anglais, chinois, espagnol, français et russe font également foi, sera ouverte jusqu'au 1^{er} août 1961 à la signature de tous les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies, de tous les Etats non membres qui sont parties au Statut de la Cour internationale de Justice ou membre d'une institution spécialisée des Na-

(4) Unberührt von diesem Artikel bleibt der Grundsatz, daß hinsichtlich der darin bezeichneten Verstöße die Bestimmung der Tatbestandsmerkmale, die Strafverfolgung und die Ahndung im Einklang mit dem innerstaatlichen Recht einer Vertragspartei zu erfolgen hat.

Artikel 37

Beschlagnahme und Einziehung

Alle Suchtstoffe, Stoffe und sonstigen Gegenstände, die zu einem Verstoß im Sinne des Artikels 36 verwendet wurden oder dafür bestimmt waren, können beschlagnahmt und eingezogen werden.

Artikel 38

Behandlung Süchtiger

(1) Die Vertragsparteien werden ihren Vorkehrungen zur ärztlichen Behandlung, Pflege und Rehabilitation der Süchtigen besondere Aufmerksamkeit widmen.

(2) Stellt die Sucht für eine Vertragspartei ein schwerwiegendes Problem dar und gestatten es ihre wirtschaftlichen Mittel, so ist es wünschenswert, daß sie ausreichende Vorkehrungen zur wirksamen Behandlung der Süchtigen trifft.

Artikel 39

Anwendung strengerer staatlicher Kontrollmaßnahmen als in diesem Übereinkommen vorgeschrieben

Es wird unterstellt, daß es einer Vertragspartei ungeachtet dieses Übereinkommens weder verwehrt ist noch als verwehrt gilt, strengere oder schärfere Kontrollmaßnahmen zu treffen als in diesem Übereinkommen vorgesehen sind, und insbesondere vorzuschreiben, daß für Zubereitungen des Anhangs III oder für Suchtstoffe des Anhangs II einzelne oder alle Kontrollmaßnahmen gelten, die auf Suchtstoffe des Anhangs I anzuwenden sind, soweit dies nach ihrer Ansicht zum Schutz der Volksgesundheit oder des öffentlichen Wohls notwendig oder wünschenswert ist.

Artikel 40

Sprachen des Übereinkommens; Verfahren für die Unterzeichnung, die Ratifizierung und den Beitritt

(1) Dieses Übereinkommen, dessen chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, liegt für jedes Mitglied der Vereinten Nationen, für jeden Nichtmitgliedstaat, der Vertragspartei der Satzung des Internationalen Gerichtshofs oder Mitglied einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen ist, sowie für je-

also of any other State which the Council may invite to become a Party.

2. This Convention is subject to ratification. The instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General.

3. This Convention shall be open after 1 August 1961 for accession by the States referred to in paragraph 1. The instruments of accession shall be deposited with the Secretary-General.

Article 41

Entry into force

1. This Convention shall come into force on the thirtieth day following the date on which the fortieth instrument of ratification or accession is deposited in accordance with article 40.

2. In respect of any other State depositing an instrument of ratification or accession after the date of deposit of the said fortieth instrument, this Convention shall come into force on the thirtieth day after the deposit by that State of its instrument of ratification or accession.

Article 42

Territorial application

This Convention shall apply to all non-metropolitan territories for the international relations of which any Party is responsible, except where the previous consent of such a territory is required by the Constitution of the Party or of the territory concerned, or required by custom. In such case the Party shall endeavour to secure the needed consent of the territory within the shortest period possible, and when that consent is obtained the Party shall notify the Secretary-General. This Convention shall apply to the territory or territories named in such notification from the date of its receipt by the Secretary-General. In those cases where the previous consent of the non-metropolitan territory is not required, the Party concerned shall, at the time of signature, ratification or accession, declare the non-metropolitan territory or territories to which this Convention applies.

Article 43

Territories for the purposes of articles 19, 20, 21 and 31

1. Any Party may notify the Secretary-General that, for the purposes of articles 19, 20, 21 and 31, one of its

tions Unies et également de tout autre Etat que le Conseil peut inviter à devenir Partie.

2. La présente Convention est soumise à ratification. Les instruments de ratification seront déposés auprès du Secrétaire général.

3. La présente Convention sera ouverte à l'adhésion des Etats visés au paragraphe 1 après le 1^{er} août 1961. Les instruments d'adhésion seront déposés auprès du Secrétaire général.

Article 41

Entrée en vigueur

1. La présente Convention entrera en vigueur à l'expiration du trentième jour qui suivra la date du dépôt du quarantième instrument de ratification ou d'adhésion, conformément à l'article 40.

2. Pour tout autre Etat déposant un instrument de ratification ou d'adhésion après la date de dépôt dudit quarantième instrument, la présente Convention entrera en vigueur à l'expiration du trentième jour qui suivra le dépôt par cet Etat de son instrument de ratification ou d'adhésion.

Article 42

Application territoriale

La présente Convention s'appliquera à tous les territoires non métropolitains qu'une Partie représente sur le plan international, sauf si le consentement préalable d'un tel territoire est nécessaire en vertu soit de la constitution de la Partie ou du territoire intéressé, soit de la coutume. En ce cas, la Partie s'efforcera d'obtenir dans le plus bref délai le consentement du territoire qui est nécessaire et, lorsque ce consentement aura été obtenu, elle le notifiera au Secrétaire général. La présente Convention s'appliquera au territoire ou territoires désignés par la notification, dès la date de la réception de cette dernière par le Secrétaire général. Dans les cas où le consentement préalable du territoire non métropolitain n'est pas nécessaire, la Partie intéressée déclarera, au moment de la signature, de la ratification ou de l'adhésion, à quel territoire ou territoires non métropolitains s'applique la présente Convention.

Article 43

Territoires aux fins des articles 19, 20, 21 et 31

1. Toute Partie peut notifier au Secrétaire général qu'aux fins des articles 19, 20, 21 et 31 l'un de ses terri-

den anderen Staat, den der Rat einlädt, Vertragspartei zu werden, bis zum 1. August 1961 zur Unterzeichnung auf.

(2) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden sind beim Generalsekretär zu hinterlegen.

(3) Nach dem 1. August 1961 liegt dieses Übereinkommen für die in Absatz 1 bezeichneten Staaten zum Beitritt auf. Die Beitrittsurkunden sind beim Generalsekretär zu hinterlegen.

Artikel 41

Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt am dreißigsten Tag nach dem Tag in Kraft, an dem die vierzigste Ratifikations- oder Beitrittsurkunde gemäß Artikel 40 hinterlegt worden ist.

(2) Für jeden anderen Staat, der nach Hinterlegung der vierzigsten Urkunde eine Ratifikations- oder Beitrittsurkunde hinterlegt, tritt dieses Übereinkommen am dreißigsten Tag nach der Hinterlegung seiner eigenen Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 42

Räumlicher Geltungsbereich

Dieses Übereinkommen findet auf alle Hoheitsgebiete außerhalb des Mutterlands Anwendung, für deren internationale Beziehungen eine Vertragspartei verantwortlich ist, soweit nicht nach der Verfassung dieser Vertragspartei oder des betreffenden Hoheitsgebiets oder kraft Gewohnheitsrecht die vorherige Zustimmung eines Hoheitsgebiets erforderlich ist. In diesem Falle wird sich die Vertragspartei bemühen, die erforderliche Zustimmung des Hoheitsgebiets so bald wie möglich zu erwirken, und wird sie sodann dem Generalsekretär notifizieren. Dieses Übereinkommen findet auf jedes in einer solchen Notifikation bezeichnete Hoheitsgebiet mit dem Tag ihres Eingangs beim Generalsekretär Anwendung. In den Fällen, in denen die vorherige Zustimmung eines Hoheitsgebiets außerhalb des Mutterlands nicht erforderlich ist, erklärt die betreffende Vertragspartei im Zeitpunkt der Unterzeichnung, Ratifizierung oder des Beitritts, auf welche Hoheitsgebiete außerhalb des Mutterlands dieses Übereinkommen Anwendung findet.

Artikel 43

Hoheitsgebiete im Sinne der Artikel 19, 20, 21 und 31

(1) Eine Vertragspartei kann dem Generalsekretär notifizieren, daß eines ihrer Hoheitsgebiete in zwei

territories is divided into two or more territories, or that two or more of its territories are consolidated into a single territory.

2. Two or more Parties may notify the Secretary-General that, as the result of the establishment of a customs union between them, those Parties constitute a single territory for the purposes of articles 19, 20, 21 and 31.

3. Any notification under paragraph 1 or 2 above shall take effect on 1 January of the year following the year in which the notification was made.

Article 44

Termination of previous international treaties

1. The provisions of this Convention, upon its coming into force, shall, as between Parties hereto, terminate and replace the provisions of the following treaties:

- (a) International Opium Convention, signed at The Hague on 23 January 1912;
- (b) Agreement concerning the Manufacture of, Internal Trade in and Use of Prepared Opium, signed at Geneva on 11 February 1925;
- (c) International Opium Convention, signed at Geneva on 19 February 1925;
- (d) Convention for Limiting the Manufacture and Regulating the Distribution of Narcotic Drugs, signed at Geneva on 13 July 1931;
- (e) Agreement for the Control of Opium Smoking in the Far East, signed at Bangkok on 27 November 1931;
- (f) Protocol signed at Lake Success on 11 December 1946, amending the Agreements, Conventions and Protocols on Narcotic Drugs concluded at The Hague on 23 January 1912, at Geneva on 11 February 1925 and 19 February 1925 and 13 July 1931, at Bangkok on 27 November 1931 and at Geneva on 26 June 1936, except as it affects the last-named Convention;
- (g) The Conventions and Agreements referred to in sub-paragraphs (a) to (e) as amended by the Protocol of 1946 referred to in sub-paragraph (f);
- (h) Protocol signed at Paris on 19 November 1948 Bringing under International Control Drugs outside the

territoires est divisé en deux ou plusieurs territoires ou que deux ou plusieurs de ses territoires sont groupés en un seul.

2. Deux ou plusieurs Parties peuvent notifier au Secrétaire général qu'à la suite de l'institution d'une union douanière entre elles, ces Parties constituent un seul territoire aux fins des articles 19, 20, 21 et 31.

3. Toute notification faite en vertu du paragraphe 1 ou 2 ci-dessus prendra effet au 1^{er} janvier de l'année qui suivra celle où ladite notification est faite.

Article 44

Abrogation des traités internationaux antérieurs

1. Dès l'entrée en vigueur de la présente Convention, ses dispositions abrogeront et remplaceront, entre les Parties, les dispositions des traités ci-après:

- a) Convention internationale de l'opium, signée à La Haye, le 23 janvier 1912;
- b) Accord concernant la fabrication, le commerce intérieur et l'usage de l'opium préparé, signé à Genève, le 11 février 1925;
- c) Convention internationale de l'opium, signée à Genève, le 19 février 1925;
- d) Convention pour limiter la fabrication et réglementer la distribution des stupéfiants, signée à Genève, le 13 juillet 1931;
- e) Accord pour le contrôle de la consommation de l'opium à fumer en Extrême-Orient, signé à Bangkok, le 27 novembre 1931;
- f) Protocole signé à Lake Success, le 11 décembre 1946, amendant les Accords, Conventions et Protocoles sur les stupéfiants conclus à La Haye, le 23 janvier 1912, à Genève, le 11 février 1925, le 19 février 1925 et le 13 juillet 1931, à Bangkok, le 27 novembre 1931, et à Genève, le 26 juin 1936, sauf en ce qui concerne ses effets sur la dernière de ces Conventions;
- g) Les Conventions et Accords visés aux alinéas a à e, tels qu'ils ont été amendés par le Protocole de 1946 visé à l'alinéa f;
- h) Protocole signé à Paris, le 19 novembre 1948, plaçant sous contrôle international certaines drogues non

oder mehr Hoheitsgebiete im Sinne der Artikel 19, 20, 21 und 31 aufgeteilt ist oder daß zwei oder mehr ihrer Hoheitsgebiete ein einziges Hoheitsgebiet im Sinne jener Artikel bilden.

(2) Zwei oder mehr Vertragsparteien können dem Generalsekretär notifizieren, daß sie infolge der Errichtung einer sie umfassenden Zollunion ein einziges Hoheitsgebiet im Sinne der Artikel 19, 20, 21 und 31 bilden.

(3) Eine Notifikation nach Absatz 1 oder 2 wird am 1. Januar des auf das Jahr der Notifikation folgenden Jahres wirksam.

Artikel 44

Außerkräfttreten früherer völkerrechtlicher Übereinkünfte

(1) Mit Inkrafttreten dieses Übereinkommens werden folgende Übereinkünfte aufgehoben und durch dieses Übereinkommen abgelöst:

- a) das am 23. Januar 1912 im Haag unterzeichnete Internationale Opiumabkommen,
- b) die am 11. Februar 1925 in Genf unterzeichnete Vereinbarung über die Herstellung von, den Binnenhandel mit und die Verwendung von zubereitetem Opium,
- c) das am 19. Oktober 1925 in Genf unterzeichnete Internationale Opiumabkommen,
- d) das am 13. Juli 1931 in Genf unterzeichnete Internationale Abkommen zur Beschränkung der Herstellung und zur Regelung der Verteilung der Betäubungsmittel,
- e) das am 27. November 1931 in Bangkok unterzeichnete Abkommen über die Kontrolle des Opiumrauchens im Fernen Osten,
- f) das am 11. Dezember 1946 in Lake Success unterzeichnete Protokoll zur Änderung der die Betäubungsmittel betreffenden Vereinbarungen, Abkommen und Protokolle, die am 23. Januar 1912 im Haag, am 11. Februar 1925, 19. Februar 1925 und 13. Juli 1931 in Genf, am 27. November 1931 in Bangkok und am 26. Juni 1936 in Genf abgeschlossen wurden, außer soweit sich dieses Protokoll auf das letztgenannte Abkommen bezieht,
- g) die unter den Buchstaben a bis e bezeichneten Abkommen und Vereinbarungen in den Fassungen des unter dem Buchstaben f bezeichneten Protokolls von 1946,
- h) das am 19. November 1948 in Paris unterzeichnete Protokoll zur internationalen Überwachung von Stoff-

Scope of the Convention of 13 July 1931 for Limiting the Manufacture and Regulating the Distribution of Narcotic Drugs, as amended by the Protocol signed at Lake Success on 11 December 1946;

- (i) Protocol for Limiting and Regulating the Cultivation of the Poppy Plant, the Production of, International and Wholesale Trade in, and Use of Opium, signed at New York on 23 June 1953, should that Protocol have come into force.

2. Upon the coming into force of this Convention, article 9 of the Convention for the Suppression of the Illicit Traffic in Dangerous Drugs, signed at Geneva on 26 June 1936, shall, between the Parties thereto which are also Parties to this Convention, be terminated, and shall be replaced by paragraph 2 (b) of article 36 of this Convention; provided that such a Party may by notification to the Secretary-General continue in force the said article 9.

Article 45

Transitional provisions

1. The functions of the Board provided for in article 9 shall, as from the date of the coming into force of this Convention (article 41, paragraph 1), be provisionally carried out by the Permanent Central Board constituted under chapter VI of the Convention referred to in article 44 (c) as amended, and by the Supervisory Body constituted under chapter II of the Convention referred to in article 44 (d) as amended, as such functions may respectively require.

2. The Council shall fix the date on which the new Board referred to in article 9 shall enter upon its duties. As from that date that Board shall, with respect to the States Parties to the treaties enumerated in article 44 which are not Parties to this Convention, undertake the functions of the Permanent Central Board and of the Supervisory Body referred to in paragraph 1.

Article 46

Denunciation

1. After the expiry of two years from the date of the coming into force of this Convention (article 41, paragraph 1) any Party may, on its own behalf or on behalf of a territory for which it has international responsibility, and which has withdrawn its con-

visées par la Convention du 13 juillet 1931 pour limiter la fabrication et réglementer la distribution des stupéfiants, amendée par le Protocole signé à Lake Success, le 11 décembre 1946;

- i) Protocole visant à limiter et à réglementer la culture du pavot, ainsi que la production, le commerce international, le commerce de gros et l'emploi de l'opium, signé à New York, le 23 juin 1953, si ce Protocole entre en vigueur.

2. Dès l'entrée en vigueur de la présente Convention, l'article 9 de la Convention pour la répression du trafic illicite des drogues nuisibles, signée à Genève, le 26 juin 1936, sera, entre les Parties à ladite Convention, qui sont aussi Parties à la présente Convention, abrogé et remplacé par l'alinéa b du paragraphe 2 de l'article 36 de la présente Convention; toutefois, une telle Partie pourra, après en avoir informé le Secrétaire général, maintenir en vigueur ledit article 9.

Article 45

Dispositions transitoires

1. Les fonctions de l'Organe dont la création est prévue à l'article 9 seront, à partir de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention (article 41, paragraphe 1) exercées provisoirement, selon leur nature, par le Comité central permanent créé en exécution des dispositions du chapitre VI de la Convention mentionnée à l'alinéa c de l'article 44, telle qu'elle a été amendée, et par l'Organe de contrôle, créé en exécution des dispositions du chapitre II de la Convention mentionnée à l'alinéa d de l'article 44, telle qu'elle a été amendée.

2. Le Conseil fixera la date à laquelle le nouvel Organe mentionné à l'article 9 entrera en fonctions. A cette date, ledit Organe assumera les fonctions du Comité central permanent et celles de l'Organe de contrôle mentionnés au paragraphe 1, à l'égard des Etats qui sont Parties aux traités énumérés à l'article 44 et qui ne sont pas Parties à la présente Convention.

Article 46

Dénonciation

1. A l'expiration d'un délai de deux ans à compter de la date de l'entrée en vigueur de la présente Convention (article 41 paragraphe 1), toute Partie pourra, en son nom ou au nom d'un territoire qu'elle représente sur le plan international et qui a retiré le

fen, die von dem Abkommen vom 13. Juli 1931 zur Beschränkung der Herstellung und zur Regelung der Verteilung der Betäubungsmittel, geändert durch das am 11. Dezember 1946 in Lake Success unterzeichnete Protokoll, nicht erfaßt werden,

- i) das am 23. Juni 1953 in New York unterzeichnete Protokoll über die Beschränkung und Regelung des Anbaues der Mohnpflanze, der Erzeugung von Opium, des internationalen Handels und Großhandels mit Opium und seiner Verwendung, falls dieses Protokoll inzwischen in Kraft getreten ist.

(2) Mit Inkrafttreten dieses Übereinkommens tritt Artikel 9 des am 26. Juni 1936 in Genf unterzeichneten Abkommens zur Unterdrückung des unerlaubten Handels mit Betäubungsmitteln zwischen denjenigen seiner Vertragsparteien außer Kraft, die auch Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, und wird durch Artikel 36 Absatz 2 Buchstabe b dieses Übereinkommens abgelöst; eine Vertragspartei kann jedoch dem Generalsekretär notifizieren, daß für sie der genannte Artikel 9 weiterhin in Kraft bleibt.

Artikel 45

Übergangsbestimmungen

(1) Die Aufgaben des in Artikel 9 vorgesehenen Suchtstoffamts werden mit Inkrafttreten dieses Übereinkommens (Artikel 41 Absatz 1) je nach ihrer Art vorläufig von dem Ständigen Zentralausschuß, der nach Kapitel VI des in Artikel 44 Buchstabe c bezeichneten Abkommens in seiner geänderten Fassung geschaffen wurde, und von dem Überwachungsausschuß wahrgenommen, der nach Kapitel II des in Artikel 44 Buchstabe d bezeichneten Abkommens in seiner geänderten Fassung geschaffen wurde.

(2) Der Rat bestimmt den Zeitpunkt, zu dem das in Artikel 9 bezeichnete Suchtstoffamt seine Tätigkeit aufnimmt. Von jenem Zeitpunkt an erfüllt dieses Amt in bezug auf diejenigen Vertragsstaaten der in Artikel 44 bezeichneten Übereinkünfte, die nicht Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind, die Aufgaben der beiden in Absatz 1 bezeichneten Ausschüsse.

Artikel 46

Kündigung

(1) Nach Ablauf von zwei Jahren seit Inkrafttreten dieses Übereinkommens (Artikel 41 Absatz 1) kann jede Vertragspartei im eigenen Namen oder im Namen eines Hoheitsgebiets, für dessen internationale Beziehungen sie verantwortlich ist und das seine

sent given in accordance with article 42, denounce this Convention by an instrument in writing deposited with the Secretary-General.

2. The denunciation, if received by the Secretary-General on or before the first day of July in any year, shall take effect on the first day of January in the succeeding year, and, if received after the first day of July, shall take effect as if it had been received on or before the first day of July in the succeeding year.

3. This Convention shall be terminated if, as a result of denunciations made in accordance with paragraph 1, the conditions for its coming into force as laid down in article 41, paragraph 1, cease to exist.

consentement donné en vertu de l'article 42, dénoncer la présente Convention en déposant un instrument à cet effet auprès du Secrétaire général.

2. Si le Secrétaire général reçoit la dénonciation avant le 1^{er} juillet ou à cette date, elle prendra effet le 1^{er} janvier de l'année suivante; si la dénonciation est reçue après le 1^{er} juillet, elle prendra effet comme si elle avait été reçue l'année suivante avant le 1^{er} juillet ou à cette date.

3. La présente Convention viendra à expiration si, par suite de dénunciations notifiées conformément aux dispositions du paragraphe 1, les conditions de son entrée en vigueur prévues au paragraphe 1 de l'article 41 cessent d'être remplies.

nach Artikel 42 erteilte Zustimmung zurückgenommen hat, dieses Übereinkommen durch Hinterlegung einer entsprechenden Urkunde beim Generalsekretär kündigen.

(2) Geht die Kündigung bis zum 1. Juli des betreffenden Jahres beim Generalsekretär ein, so wird sie am 1. Januar des folgenden Jahres wirksam; geht sie nach dem 1. Juli ein, so wird sie als eine bis zum 1. Juli des folgenden Jahres eingegangene Kündigung wirksam.

(3) Dieses Übereinkommen tritt außer Kraft, wenn infolge von Kündigungen nach Absatz 1 dieses Artikels die in Artikel 41 Absatz 1 bezeichneten Voraussetzungen für sein Inkrafttreten entfallen.

Article 47

Amendments

1. Any Party may propose an amendment to this Convention. The text of any such amendment and the reasons therefor shall be communicated to the Secretary-General who shall communicate them to the Parties and to the Council. The Council may decide either:

- (a) That a conference shall be called in accordance with Article 62, paragraph 4, of the Charter of the United Nations to consider the proposed amendment; or
- (b) That the Parties shall be asked whether they accept the proposed amendment and also asked to submit to the Council any comments on the proposal.

2. If a proposed amendment circulated under paragraph 1 (b) of this article has not been rejected by any Party within eighteen months after it has been circulated, it shall thereupon enter into force. If however a proposed amendment is rejected by any Party, the Council may decide, in the light of comments received from Parties, whether a conference shall be called to consider such amendment.

Article 47

Amendements

1. Toute Partie pourra proposer un amendement à la présente Convention. Le texte dudit amendement et les raisons qui l'ont motivé seront communiqués au Secrétaire général qui les communiquera aux Parties et au Conseil. Le Conseil pourra décider soit:

- a) De convoquer une conférence, conformément au paragraphe 4 de l'Article 62 de la Charte des Nations Unies, en vue d'étudier l'amendement proposé; soit
- b) De demander aux Parties si elles acceptent l'amendement proposé et aussi de les prier de présenter éventuellement au Conseil leurs observations sur cette proposition.

2. Si un projet d'amendement distribué conformément au paragraphe 1, b, du présent article n'a été rejeté par aucune Partie dans les dix-huit mois qui suivent sa communication, il entrera immédiatement en vigueur. Si toutefois il est rejeté par une Partie, le Conseil pourra décider, compte tenu des observations des Parties, s'il convient de convoquer une conférence chargée d'étudier ledit amendement.

Artikel 47

Änderungen

(1) Jede Vertragspartei kann zu diesem Übereinkommen Änderungen vorschlagen. Der Wortlaut und die Begründung jedes Änderungsvorschlages sind dem Generalsekretär zu übermitteln; dieser leitet sie den Vertragsparteien und dem Rat zu. Der Rat kann beschließen,

- a) entweder nach Maßgabe des Artikels 62 Absatz 4 der Charta der Vereinten Nationen eine Konferenz zur Beratung des Änderungsvorschlags einzuberufen, oder
- b) die Vertragsparteien zu fragen, ob sie den Änderungsvorschlag annehmen, und sie aufzufordern, dem Rat ihre Stellungnahme zu dem Vorschlag einzureichen.

(2) Ist ein nach Absatz 1 Buchstabe b verteilter Änderungsvorschlag binnen achtzehn Monaten nach seiner Verteilung von keiner Vertragspartei abgelehnt worden, so tritt er alsbald in Kraft. Hat eine Vertragspartei ihn abgelehnt, so kann der Rat im Lichte der von Vertragsparteien eingereichten Stellungnahmen beschließen, ob eine Konferenz zur Beratung des Änderungsvorschlags einzuberufen ist.

Article 48

Disputes

1. If there should arise between two or more Parties a dispute relating to the interpretation or application of this Convention, the said Parties shall consult together with a view to the settlement of the dispute by negotiation, investigation, mediation, conciliation, arbitration, recourse to regional bodies, judicial process or other peaceful means of their own choice.

Article 48

Différends

1. S'il s'élève entre deux ou plusieurs Parties un différend concernant l'interprétation ou l'application de la présente Convention, lesdites Parties se consulteront en vue de régler ce différend par voie de négociation, d'enquête, de médiation, de conciliation, d'arbitrage, de recours à des organismes régionaux, par voie judiciaire ou par d'autres moyens pacifiques de leur choix.

Artikel 48

Streitigkeiten

(1) Entsteht zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens eine Streitigkeit, so konsultieren sie einander mit dem Ziel, die Streitigkeit durch Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, Inanspruchnahme regionaler Einrichtungen, gerichtliche Entscheidung oder durch andere friedliche Mittel eigener Wahl beizulegen.

2. Any such dispute which cannot be settled in the manner prescribed shall be referred to the International Court of Justice for decision.

2. Tout différend de ce genre qui n'aura pas été réglé par les moyens prévus au paragraphe 1 sera soumis à la Cour internationale de Justice.

(2) Kann durch die in Absatz 1 vorgesehenen Verfahren die Streitigkeit nicht beigelegt werden, so ist sie dem Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung zu unterbreiten.

Article 49

Transitional reservations

1. A Party may at the time of signature, ratification or accession reserve the right to permit temporarily in any one of its territories:

- (a) The quasi-medical use of opium;
- (b) Opium smoking;
- (c) Coca leaf chewing;
- (d) The use of cannabis, cannabis resin, extracts and tinctures of cannabis for non-medical purposes; and
- (e) The production and manufacture of and trade in the drugs referred to under (a) to (d) for the purposes mentioned therein.

2. The reservations under paragraph 1 shall be subject to the following restrictions:

- (a) The activities mentioned in paragraph 1 may be authorized only to the extent that they were traditional in the territories in respect of which the reservation is made, and were there permitted on 1 January 1961.
- (b) No export of the drugs referred to in paragraph 1 for the purposes mentioned therein may be permitted to a non-party or to a territory to which this Convention does not apply under article 42.
- (c) Only such persons may be permitted to smoke opium as were registered by the competent authorities to this effect on 1 January 1964.
- (d) The quasi-medical use of opium must be abolished within 15 years from the coming into force of this Convention as provided in paragraph 1 of article 41.
- (e) Coca leaf chewing must be abolished within twenty-five years from the coming into force of this Convention as provided in paragraph 1 of article 41.
- (f) The use of cannabis for other than medical and scientific purposes must be discontinued as soon as possible but in any case within twenty-five years from the coming

Article 49

Réserves transitoires

1. Une Partie peut, au moment de la signature, de la ratification ou de l'adhésion, se réserver le droit d'autoriser temporairement dans l'un de ses territoires:

- a) L'usage de l'opium à des fins quasi médicales;
- b) L'usage de l'opium à fumer;
- c) La mastication de la feuille de coca;
- d) L'usage du cannabis, de la résine de cannabis, d'extraits et teintures de cannabis à des fins non médicales; et
- e) la production, la fabrication et le commerce des stupéfiants visés aux alinéas a à d aux fins mentionnées dans lesdits alinéas.

2. Les réserves faites en vertu du paragraphe 1 seront soumises aux restrictions suivantes:

- a) Les activités mentionnées au paragraphe 1 ne pourront être autorisées que dans la mesure où elles étaient traditionnelles dans les territoires pour lesquels la réserve est faite et y étaient autorisées au 1^{er} janvier 1961;
- b) Aucune exportation des stupéfiants visés au paragraphe 1 aux fins mentionnées dans ledit paragraphe ne pourra être autorisée à destination d'un Etat non partie ou d'un territoire auquel la présente Convention ne s'applique pas aux termes de l'article 42;
- c) Seules pourront être autorisées à fumer l'opium les personnes immatriculées à cet effet avant le 1^{er} janvier 1964 par les autorités compétentes;
- d) L'usage de l'opium à des fins quasi médicales devra être aboli dans un délai de quinze ans à compter de l'entrée en vigueur de la présente Convention, comme prévu au paragraphe 1 de l'article 41;
- e) La mastication de la feuille de coca devra être abolie dans un délai de vingt-cinq ans à compter de l'entrée en vigueur de la présente Convention, comme prévu au paragraphe 1 de l'article 41;
- f) L'usage du cannabis à des fins autres que médicales et scientifiques devra cesser aussitôt que possible mais en tout cas dans un délai de vingt-cinq ans à compter de l'en-

Artikel 49

Zeitlich begrenzte Vorbehalte

(1) Eine Vertragspartei kann sich bei der Unterzeichnung der Ratifizierung oder dem Beitritt das Recht vorbehalten, in jedem ihrer Hoheitsgebiete vorübergehend folgendes zu gestatten:

- a) die Verwendung von Opium zu quasimedizinischen Zwecken,
- b) das Opiumrauchen,
- c) das Kauen von Kokablättern,
- d) die Verwendung von Cannabis, Cannabisharz sowie Cannabisauszügen und -tinkturen zu nichtmedizinischen Zwecken,
- e) die Gewinnung und Herstellung der unter den Buchstaben a bis d bezeichneten Suchtstoffe und den Handel damit zu den dort erwähnten Zwecken.

(2) Für Vorbehalte nach Absatz 1 gelten folgende Einschränkungen:

- a) Die in Absatz 1 erwähnten Tätigkeiten dürfen nur insoweit gestattet werden, als sie in den Hoheitsgebieten, für die der Vorbehalt gemacht wird, herkömmlich sind und am 1. Januar 1961 erlaubt waren;
- b) eine Ausfuhr der in Absatz 1 bezeichneten Suchtstoffe zu den dort bezeichneten Zwecken in eine Nichtvertragspartei oder in ein Hoheitsgebiet, auf das dieses Übereinkommen keine Anwendung nach Artikel 42 findet, darf nicht gestattet werden;
- c) das Opiumrauchen darf nur Personen gestattet werden, die bis zum 1. Januar 1964 zu diesem Zweck von den zuständigen Behörden registriert sind;
- d) die quasimedizinische Verwendung von Opium ist binnen fünfzehn Jahren nach dem in Artikel 41 Absatz 1 vorgesehenen Inkrafttreten dieses Übereinkommens abzuschaffen;
- e) das Kauen des Kokablatts ist binnen fünfundzwanzig Jahren nach dem in Artikel 41 Absatz 1 vorgesehenen Inkrafttreten dieses Übereinkommens abzuschaffen;
- f) die Verwendung von Cannabis zu anderen als medizinischen und wissenschaftlichen Zwecken ist möglichst bald, auf jeden Fall aber binnen fünfundzwanzig Jahren

into force of this Convention as provided in paragraph 1 of article 41.

- (g) The production and manufacture of and trade in the drugs referred to in paragraph 1 for any of the uses mentioned therein must be reduced and finally abolished simultaneously with the reduction and abolition of such uses.

3. A Party making a reservation under paragraph 1 shall:

- (a) Include in the annual report to be furnished to the Secretary-General, in accordance with article 18, paragraph 1 (a), an account of the progress made in the preceding year towards the abolition of the use, production, manufacture or trade referred to under paragraph 1; and
- (b) Furnish to the Board separate estimates (article 19) and statistical returns (article 20) in respect of the reserved activities in the manner and form prescribed by the Board.

4. (a) If a Party which makes a reservation under paragraph 1 fails to furnish:

- (i) The report referred to in paragraph 3 (a) within six months after the end of the year to which the information relates;
- (ii) The estimates referred to in paragraph 3 (b) within three months after the date fixed for that purpose by the Board in accordance with article 12, paragraph 1;
- (iii) The statistics referred to in paragraph 3 (b) within three months after the date on which they are due in accordance with article 20, paragraph 2,

the Board or the Secretary-General, as the case may be, shall send to the Party concerned a notification of the delay, and shall request such information within a period of three months after the receipt of that notification.

(b) If the Party fails to comply within this period with the request of the Board or the Secretary-General, the reservation in question made under paragraph 1 shall cease to be effective.

5. A State which has made reservations may at any time by notification in writing withdraw all or part of its reservations.

trée en vigueur de la présente Convention, comme prévu au paragraphe 1 de l'article 41;

- (g) La production, la fabrication et le commerce des stupéfiants visés au paragraphe 1 pour les usages mentionnés audit paragraphe devront être réduits et finalement supprimés en même temps que ces usages.

3. Toute Partie faisant une réserve en vertu du paragraphe 1 devra:

- a) Inclure dans le rapport annuel qu'elle adressera au Secrétaire général, conformément à l'alinéa a du paragraphe 1 de l'article 18, un exposé des progrès accomplis au cours de l'année précédente en vue de rendre effective l'abolition de l'usage, de la production, de la fabrication ou du commerce visée au paragraphe 1; et
- b) Fournir à l'Organe des évaluations (article 19) et des statistiques (article 20) séparées pour les activités au sujet desquelles une réserve aura été faite, de la manière et sous la forme prescrites par l'Organe.

4. a) Si une Partie qui fait une réserve en vertu du paragraphe 1 ne fournit pas:

- i) Le rapport mentionné à l'alinéa a du paragraphe 3 dans les six mois suivant la fin de l'année à laquelle ont trait les renseignements qu'il contient;
- ii) Les évaluations mentionnées à l'alinéa b du paragraphe 3 dans les trois mois suivant la date fixée à cet égard par l'Organe conformément au paragraphe 1 de l'article 12;
- iii) Les statistiques mentionnées à l'alinéa b du paragraphe 3 dans les trois mois suivant la date où elles doivent être fournies conformément au paragraphe 2 de l'article 20;

l'Organe ou le Secrétaire général, selon le cas, adressera à la Partie en cause une notification indiquant son retard et lui demandera de fournir ces renseignements dans un délai de trois mois à compter de la réception de cette notification.

b) Si une Partie ne se conforme pas, dans le délai indiqué ci-dessus, à la demande de l'Organe ou du Secrétaire général, la réserve en question faite en vertu du paragraphe 1 cessera d'avoir effet.

5. L'Etat qui aura fait des réserves pourra à tout moment et par voie de notification écrite retirer tout ou partie de ses réserves.

nach dem in Artikel 41 Absatz 1 vorgesehenen Inkrafttreten dieses Übereinkommens einzustellen;

- (g) die Gewinnung und die Herstellung der in Absatz 1 bezeichneten Suchtstoffe und der Handel damit für jeden der dort erwähnten Verwendungszwecke sind gleichzeitig mit der Verringerung und Abschaffung dieser Verwendungszwecke zu verringern und schließlich einzustellen.

(3) Hat eine Vertragspartei einen Vorbehalt nach Absatz 1 gemacht,

- a) so nimmt sie in den Jahresbericht, der nach Artikel 18 Absatz 1 Buchstabe a dem Generalsekretär einzureichen ist, eine Darstellung der Fortschritte auf, die im Vorjahr zur Einstellung der in Absatz 1 erwähnten Verwendung, Gewinnung, Herstellung und des dort erwähnten Handels erzielt wurden,
- b) so reicht sie dem Suchtstoffamt in der von diesem vorgeschriebenen Art und Form gesonderte Schätzungen (Artikel 19) und statistische Aufstellungen (Artikel 20) für jede der vorbehaltenen Tätigkeiten ein.

(4) a) Unterläßt es eine Vertragspartei, die einen Vorbehalt nach Absatz 1 gemacht hat,

- i) den in Absatz 3 Buchstabe a bezeichneten Bericht binnen sechs Monaten nach Ablauf des Berichtsjahres einzureichen,
- ii) die in Absatz 3 Buchstabe b bezeichneten Schätzungen binnen drei Monaten nach dem hierfür vom Suchtstoffamt gemäß Artikel 12 Absatz 1 festgesetzten Zeitpunkt einzureichen,
- iii) die in Absatz 3 Buchstabe b bezeichneten Statistiken binnen drei Monaten nach dem in Artikel 20 Absatz 2 vorgesehenen Fälligkeitsdatum einzureichen,

so notifiziert je nach Sachlage das Suchtstoffamt oder der Generalsekretär der betreffenden Vertragspartei ihren Verzug und ersucht sie, diese Angaben binnen drei Monaten nach Eingang der Notifikation einzureichen.

b) Kommt die Vertragspartei innerhalb dieser Frist dem Ersuchen des Suchtstoffamts oder des Generalsekretärs nicht nach, so wird der nach Absatz 1 gemachte diesbezügliche Vorbehalt wirksam.

(5) Ein Staat, der Vorbehalte gemacht hat, kann jederzeit alle oder einzelne durch schriftliche Notifikation zurücknehmen.

Article 50

Other reservations

1. No reservations other than those made in accordance with article 49 or with the following paragraphs shall be permitted.

2. Any State may at the time of signature, ratification or accession make reservations in respect of the following provisions of this Convention: article 12, paragraphs 2 and 3; article 13, paragraph 2; article 14, paragraphs 1 and 2; article 31, paragraph 1 (b), and article 48.

3. A State which desires to become a Party but wishes to be authorized to make reservations other than those made in accordance with paragraph 2 of this article or with article 49 may inform the Secretary-General of such intention. Unless by the end of twelve months after the date of the Secretary-General's communication of the reservation concerned, this reservation has been objected to by one third of the States that have ratified or acceded to this Convention before the end of that period, it shall be deemed to be permitted, it being understood however that States which have objected to the reservation need not assume towards the reserving State any legal obligation under this Convention which is affected by the reservation.

4. A State which has made reservations may at any time by notification in writing withdraw all or part of its reservations.

Article 50

Autres réserves

1. Aucune réserve n'est autorisée en dehors des réserves faites conformément à l'article 49 ou aux paragraphes suivants.

2. Tout Etat peut, au moment de la signature, de la ratification ou de l'adhésion, faire des réserves sur les dispositions suivantes de la présente Convention: paragraphes 2 et 3 de l'article 12; paragraphe 2 de l'article 13; paragraphes 1 et 2 de l'article 14; alinéa b du paragraphe 1 de l'article 31; et article 48.

3. Tout Etat qui désire devenir Partie à la Convention mais qui veut être autorisé à faire des réserves autres que celles qui sont énumérées au paragraphe 2 du présent article ou à l'article 49 peut aviser le Secrétaire général de cette intention. A moins qu'à l'expiration de douze mois après la date de la communication de la réserve en question par le Secrétaire général, un tiers des Etats qui ont ratifié la Convention ou y ont adhéré avant la fin de ladite période n'aient élevé des objections contre elle, elle sera considérée comme autorisée, étant entendu toutefois que les Etats qui auront élevé des objections contre cette réserve n'auront pas à assumer à l'égard de l'Etat qui l'a formulée d'obligation juridique découlant de la présente Convention, sur laquelle porte la réserve.

4. L'Etat qui aura fait des réserves pourra à tout moment et par voie de notification écrite retirer tout ou partie de ses réserves.

Artikel 50

Sonstige Vorbehalte

(1) Andere als die in Artikel 49 und in den Absätzen 2 und 3 dieses Artikels bezeichneten Vorbehalte sind nicht zulässig.

(2) Ein Staat kann bei der Unterzeichnung, der Ratifizierung oder dem Beitritt Vorbehalte zu folgenden Bestimmungen dieses Übereinkommens machen: Artikel 12 Absätze 2 und 3, Artikel 13 Absatz 3, Artikel 14 Absätze 1 und 2, Artikel 31 Absatz 1 Buchstabe b, Artikel 48.

(3) Wünscht ein Staat Vertragspartei zu werden, aber die Ermächtigung zu anderen als den in Absatz 2 dieses Artikels und in Artikel 49 bezeichneten Vorbehalten zu erlangen, so kann er seine Absicht dem Generalsekretär mitteilen. Ein solcher Vorbehalt gilt als zugelassen, falls nicht binnen zwölf Monaten, nachdem der Generalsekretär den betreffenden Vorbehalt weitergeleitet hat, ein Drittel der Staaten, die dieses Übereinkommen vor Ablauf dieser Frist ratifiziert haben oder ihm beigetreten sind, gegen diesen Vorbehalt Einspruch erhebt; jedoch brauchen Staaten, die gegen den Vorbehalt Einspruch erhoben haben, Verpflichtungen rechtlicher Art aus diesem Übereinkommen, die von dem Vorbehalt berührt werden, nicht zu übernehmen.

(4) Ein Staat, der Vorbehalte gemacht hat, kann jederzeit alle oder einzelne durch schriftliche Notifikation zurücknehmen.

Article 51

Notifications

The Secretary-General shall notify to all the States referred to in paragraph 1 of article 40:

- (a) Signatures, ratifications and accessions in accordance with article 40;
- (b) The date upon which this Convention enters into force in accordance with article 41;
- (c) Denunciations in accordance with article 46; and
- (d) Declarations and notifications under articles 42, 43, 47, 49, and 50.

Article 51

Notifications

Le Secrétaire général notifiera à tous les Etats mentionnés au paragraphe 1 de l'article 40:

- a) Les signatures, ratifications ou adhésions conformément à l'article 40;
- b) La date à laquelle la présente Convention entrera en vigueur conformément à l'article 41;
- c) Les dénonciations conformément à l'article 46; et
- d) Les déclarations et notifications conformément aux articles 42, 43, 47, 49 et 50.

Artikel 51

Notifikationen

Der Generalsekretär notifiziert allen in Artikel 40 Absatz 1 bezeichneten Staaten

- a) die Unterschriften, Ratifikationen und Beitritte nach Artikel 40,
- b) den Tag, an dem dieses Übereinkommen nach Artikel 41 in Kraft tritt,
- c) die Kündigungen nach Artikel 46 und
- d) die Erklärungen und Notifikationen nach den Artikeln 42, 43, 47, 49 und 50.

IN WITNESS THEREOF, the undersigned, duly authorized, have signed this Convention on behalf of their respective Governments:

DONE at New York, this thirtieth day of March one thousand nine hundred and sixty one, in a single copy, which shall be deposited in the archives of the United Nations, and of which certified true copies shall be transmitted to all the Members of the United Nations and to the other States referred to in article 40, paragraph 1.

EN FOI DE QUOI les soussignés, dûment autorisés, ont signé la présente Convention au nom de leurs gouvernements respectifs.

FAIT à New York, le trente mars mil neuf cent soixante et un, en un seul exemplaire qui sera conservé dans les archives de l'Organisation des Nations Unies et dont les copies certifiées conformes seront envoyées à tous les Etats Membres de l'Organisation des Nations Unies et aux autres Etats visés au paragraphe 1 de l'article 40.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen im Namen ihrer Regierungen unterschrieben.

GESCHEHEN zu New York am 30. März 1961 in einer Urschrift, die im Archiv der Vereinten Nationen hinterlegt wird; allen Mitgliedern der Vereinten Nationen und den anderen in Artikel 40 Absatz 1 bezeichneten Staaten werden beglaubigte Abschriften übermittelt.

Schedules

List of drugs included in Schedule I

ACETYLMETHADOL (3-acetoxy-6-dimethylamino-4,4-diphenylheptane)
 ALLYLPRODINE (3-allyl-1-methyl-4-phenyl-4-propionoxypiperidine)
 ALPHACETYLMETHADOL (alpha-3-acetoxy-6-dimethylamino-4,4-diphenylheptane)
 ALPHAMEPRODINE (alpha-3-ethyl-1-methyl-4-phenyl-4-propionoxypiperidine)
 ALPHAMETHADOL (alpha-6-dimethylamino-4,4-diphenyl-3-heptanol)
 ALPHAPRODINE (alpha-1,3-dimethyl-4-phenyl-4-propionoxypiperidine)
 ANILERIDINE (1-*para*-aminophenethyl-4-phenylpiperidine-4-carboxylic acid ethyl ester)
 BENZETHIDINE (1-(2-benzyloxyethyl)-4-phenylpiperidine-4-carboxylic acid ethyl ester)
 BENZYMORPHINE (3-benzylmorphine)
 BETACETYLMETHADOL (beta-3-acetoxy-6-dimethylamino-4,4-diphenylheptane)
 BETAMEPRODINE (beta-3-ethyl-1-methyl-4-phenyl-4-propionoxypiperidine)
 BETAMETHADOL (beta-6-dimethylamino-4,4-diphenyl-3-heptanol)
 BETAPRODINE (beta-1,3-dimethyl-4-phenyl-4-propionoxypiperidine)
 CANNABIS and CANNABIS RESIN and EXTRACTS and TINCTURES of CANNABIS
 CLONITAZENE (2-*para*-chlorbenzyl-1-diethylaminoethyl-5-nitrobenzimidazole)
 COCA LEAF
 COCAINE (methyl ester of benzoylecgonine)
 CONCENTRATE OF POPPY STRAW (the material arising when poppy straw has entered into a process for the concentration of its alkaloids)
 DESOMORPHINE (dihydrodeoxymorphine)
 DEXTROMORAMIDE ((+)-4-[2-methyl-4-oxo-3,3-diphenyl-4-(1-pyrrolidinyl) butyl] morpholine)
 DIAMPROMIDE (N-[2-methylphenethylamino] propyl] propionanilide)
 DIETHYLTHIAMBUTENE (3-diethylamino-1,1-di-(2'-thienyl)-1-butene)
 DIHYDROMORPHINE
 DIMENOXADOL (2-dimethylaminoethyl-1-ethoxy-1,1-diphenylacetate)
 DIMEPHEPTANOL (6-dimethylamino-4,4-diphenyl-3-heptanol)
 DIMETHYLTHIAMBUTENE (3-dimethylamino-1,1-di-(2'-thienyl)-1-butene)
 DIOXAPHETYL BUTYRATE (ethyl 4-morpholino-2,2-diphenylbutyrate)
 DIPHENOXYLATE (1-(3-cyano-3,3-diphenylpropyl)-4-phenylpiperidine-4-carboxylic acid ethyl ester)
 DIPIPANONE (4,4-diphenyl-6-piperidine-3-heptanone)
 ECGONINE, its esters and derivatives which are convertible to ecgonine and cocaine
 ETHYLMETHYLTHIAMBUTENE (3-ethylmethylamino-1,1-di-(2'-thienyl)-1-butene)
 ETONITAZENE (1-diethylaminoethyl-2-*para*-ethoxybenzyl-5-nitrobenzimidazole)
 ETOXERIDINE (1-[2-(2-hydroxyethoxy) ethyl]-4-phenylpiperidine-4-carboxylic acid ethyl ester)
 FURETHIDINE (1-(2-tetrahydrofurfuryloxyethyl)-4-phenylpiperidine-4-carboxylic acid ethyl ester)
 HEROIN (diacetylmorphine)
 HYDROCODONE (dihydrocodeinone)
 HYDROMORPHINOL (14-hydroxydihydromorphine)
 HYDROMORPHONE (dihydromorphinone)
 HYDROXPETHIDINE (4-*meta*-hydroxyphenyl-1-methylpiperidine-4-carboxylic acid ethyl ester)
 ISOMETHADONE (6-dimethylamino-5-methyl-4,4-diphenyl-3-hexanone)
 KETOBEMIDONE (4-*meta*-hydroxyphenyl-1-methyl-4-propionylpiperidine)
 LEVOMETHORPHAN*) ((-)-3-methoxy-N-methylmorphinan)
 LEVOMORAMIDE ((-)-4-[2-methyl-4-oxo-3,3-diphenyl-4-(1-pyrrolidinyl) butyl] morpholine)
 LEVOPHENACYLMORPHAN ((-)-3-hydroxy-N-phenacylmorphinan)
 LEVORPHANOL*) ((-)-3-hydroxy-N-methylmorphinan)
 METAZOCINE (2'-hydroxy-2,5,9-trimethyl-6,7-benzomorphinan)
 METHADONE (6-dimethylamino-4,4-diphenyl-3-heptanone)
 METHYLDESORPHINE (6-methyl-delta 6-deoxymorphine)
 METHYLDIHYDROMORPHINE (6-methyldihydromorphine)

*) Dextromethorphan ((+)-3-methoxy-N-methylmorphinan) and dextrorphan ((+)-3-Hydroxy-N-methylmorphinan) are specifically excluded from this Schedule.

1-Methyl-4-phenylpiperidine-4-carboxylic acid
 METOPON (5-methyldihydromorphinone)
 MORPHERIDINE (1-(2-morpholinoethyl)-4-phenylpiperidine-4-carboxylic acid ethyl ester)
 MORPHINE
 MORPHINE METHOBROMIDE and other pentavalent nitrogen morphine derivatives
 MORPHINE-N-OXIDE
 MYROPHINE (myristylbenzylmorphine)
 NICOMORPHINE (3,6-dinicotinylmorphine)
 NORLEVORPHANOL ((—)-3-hydroxymorphinan)
 NORMETHADONE (6-dimethylamino-4,4-diphenyl-3-hexanone)
 NORMORPHINE (demethylmorphine)
 OPIUM
 OXYCODONE (14-hydroxydihydrocodeinone)
 OXYMORPHONE (14-hydroxydihydromorphinone)
 PETHIDINE (1-methyl-4-phenylpiperidine-4-carboxylic acid ethyl ester)
 PHENADOXONE (6-morpholino-4,4-diphenyl-3-heptanone)
 PHENAMPROMIDE (N-(1-methyl-2-piperidinoethyl) propionanilide)
 PHENAZOCINE (2'-hydroxy-5,9-dimethyl-2-phenethyl-6,7-benzomorphinan)
 PHENOMORPHAN (3-hydroxy-N-phenethylmorphinan)
 PHENOPERIDINE (1-(3-hydroxy-3-phenylpropyl)-4-phenylpiperidine-4-carboxylic acid ethyl ester)
 PIMINODINE (4-phenyl-1-(3-phenylaminopropyl) piperidine-4-carboxylic acid ethyl ester)
 PROHEPTAZINE (1,3-dimethyl-4-phenyl-4-propionoxazacycloheptane)
 PROPERIDINE (1-methyl-4-phenylpiperidine-4-carboxylic acid isopropyl ester)
 RACEMETHORPHAN ((±)-3-methoxy-N-methylmorphinan)
 RACEMORAMIDE ((±)-4-[2-methyl-4-oxo-3,3-diphenyl-4-(1-pyrrolidinyl) butyl] morpholine)
 RACEMORPHAN ((±)-3-hydroxy-N-methylmorphinan)
 THEBACON (acetyldihydrocodeinone)
 THEBAINE
 TRIMEPERIDINE (1,2,5-trimethyl-4-phenyl-4-propionoxypiperidine); and

the isomers, unless specifically excepted, of the drugs in this Schedule whenever the existence of such isomers is possible within the specific chemical designation;

the esters and ethers, unless appearing in another Schedule, of the drugs in this Schedule whenever the existence of such esters or ethers is possible;

the salts of the drugs listed in this Schedule including the salts of esters, ethers and isomers as provided above whenever the existence of such salts is possible.

List of drugs included in Schedule II

ACETYLDIHYDROCODEINE
 CODEINE (3-methylmorphine)
 DEXTROPROPOXYPHENE ((+)-4-dimethylamino-3-methyl-1,2-diphenyl-2-propionoxybutane)
 DIHYDROCODEINE
 ETHYLMORPHINE (3-ethylmorphine)
 NORCODEINE (N-demethylcodeine)
 PHOLCODINE ((morpholinylethylmorphine); and

the isomers, unless specifically excepted, of the drugs in this Schedule whenever the existence of such isomers is possible within the specific chemical designation;

the salts of the drugs listed in this Schedule, including the salts of the isomers as provided above whenever the existence of such salts is possible.

List of preparations included in Schedule III**1. Preparations of:**

Acetyldihydrocodeine,
 Codeine,
 Dextropropoxyphene,
 Dihydrocodeine,
 Ethylmorphine,
 Norcodeine, and
 Pholcodine

when

(a) Compounded with one or more other ingredients in such a way that the preparation has no, or a negligible, risk of abuse, and in such a way that the drug cannot be recovered by readily applicable means or in a yield which would constitute a risk to public health; and

(b) Containing not more than 100 milligrammes of the drug per dosage unit and with a concentration of not more than 2.5 per cent in undivided preparations.

2. Preparations of cocaine containing not more than 0.1 per cent of cocaine calculated as cocaine base and preparations of opium or morphine containing not more than 0.2 per cent of morphine calculated as anhydrous morphine base and compounded with one or more other ingredients in such a way that the preparation has no, or a negligible, risk of abuse, and in such a way that the drug cannot be recovered by readily applicable means or in a yield which would constitute a risk to public health.

3. Solid dose preparations of diphenoxylate containing not more than 2.5 milligrammes of diphenoxylate calculated as base and not less than 25 microgrammes of atropine sulphate per dosage unit.

4. *Pulvis ipecacuanhae et opii compositus*

10 per cent opium in powder
 10 per cent ipecacuanha root, in powder
 well mixed with
 80 per cent of any other powdered ingredient containing no drug.

5. Preparations conforming to any of the formulae listed in this Schedule and mixtures of such preparations with any material which contains no drug.

List of drugs included in Schedule IV

CANNABIS and CANNABIS RESIN

DESOMORPHINE (dihydrodeoxymorphine)

HEROIN (diacetylmorphine)

KETOBEMIDONE (4-*meta*-hydroxyphenyl-1-methyl-4-propionylpiperidine); and

The salts of the drugs listed in this Schedule whenever the formation of such salts is possible.

Tableaux

Liste des stupéfiants inclus au Tableau I

ACÉTYLMÉTHADOL (acétoxy-3 diméthylamino-6 diphenyl-4,4 heptane)
 ALLYLPRODINE (allyl-3 méthyl-1 phényl-4 propionoxy-4 pipéridine)
 ALPHACÉTYLMÉTHADOL (alpha-acétoxy-3 diméthylamino-6 diphenyl-4,4 heptane)
 ALPHAMÉPRODINE (alpha-éthyl-3 méthyl-1 phényl-4 propionoxy-4 pipéridine)
 ALPHAMÉTHADOL (alpha-diméthylamino-6 diphenyl-4,4 heptanol-3)
 ALPHAPRODINE (alpha-diméthyl-3,3 phényl-4 propionoxy-4 pipéridine)
 ANILÉRIDINE (ester éthylique de l'acide *para*-aminophénéthyl-1 phényl-4 pipéridine carboxylique-4)
 BENZÉTHIDINE (ester éthylique de l'acide (benzyloxy-2 éthyl)-1 phényl-4 pipéridine carboxylique-4)
BENZYLMORPHINE (benzyl-3 morphine)
 BÉTACÉTYLMÉTHADOL (bêta-acétoxy-3 diméthylamino-6 diphenyl-4,4 heptane)
 BÉTAMÉPRODINE (bêta-éthyl-3 méthyl-1 phényl-4 propionoxy-4 pipéridine)
 BÉTAMÉTHADOL (bêta-diméthylamino-6 diphenyl-4,4 heptanol-3)
 BÉTAPRODINE (bêta-diméthyl-1,3 phényl-4 propionoxy-4 pipéridine)
 CANNABIS, RÉSINE DE CANNABIS, EXTRAITS ET TEINTURES DE CANNABIS
 CÉTOBÉMIDONE (*mé*ta-hydroxyphényl-4 méthyl-1 propionyl-4 pipéridine)
 CLONITAZÈNE (*para*-chlorbenzyl-2 diéthylaminoéthyl-1 nitro-5 benzimidazole)
 COCA (FEUILLE DE)
 COCAÏNE (ester méthylique de la benzoylecgonine)
 CONCENTRÉ DE PAILLE DE PAVOT, matière obtenue lorsque la paille de pavot a subi un traitement en vue de la concentration de ses alcaloïdes
 DÉSOMORPHINE (dihydrodésoxymorphine)
 DEXTROMORAMIDE ((+) [méthyl-2 oxo-4 diphenyl-3,3 (pyrrolidinyl-1)-4 butyl]-4 morpholine)
 DIAMPROMIDE (N-[(méthylphénéthylamino)-2 propyl]propionanilide)
 DIÉTHYLTHIAMBUTÈNE (diéthylamino-3 di-(thiényl-2')-1,1 butène-1)
 DIHYDROMORPHINE
 DIMÉNOXADOL (diméthylaminoéthyl-2 éthoxy-1 diphenyl-1,1 acétate)
 DIMÉPHEPTANOL (diméthylamino-6 diphenyl-4,4 heptanol-3)
 DIMÉTHYLTHIAMBUTÈNE (diméthylamino-3 di-(thiényl-2')-1,1 butène-1)
 BUTYRATE DE DIOXAPHÉTYLE (morpholino-4 diphenyl-2,2 butyrate d'éthyl)
 DIPHÉNOXYLATE (ester éthylique de l'acide (cyano-3 diphenyl-3,3 propyl)-1 phényl-4 pipéridine carboxylique-4)
 DIPIANONE (diphenyl-4,4 pipéridine-6 heptanone-3)
 ECGONINE, ses esters et dérivés qui sont transformables en ecgonine et cocaïne
 ETHYLMÉTHYLTHIAMBUTÈNE (éthylméthylamino-3 di-(thiényl-2')-1,1 butène-1)
 ETONITAZÈNE ((diéthylaminoéthyl)-1 *para*-éthoxybenzyl-2 nitro-5 benzimidazole)
 ETOXÉRIDINE (ester éthylique de l'acide [(hydroxy-2 éthoxy)-2 éthyl]-1 phényl-4 pipéridine carboxylique-4)
 FURÉTHIDINE (ester éthylique de l'acide (tétrahydrofurfuryloxyéthyl-2)-1 phényl-4 pipéridine carboxylique-4)
 HÉROÏNE (diacétylmorphine)
 HYDROCODONE (dihydrocodénone)
 HYDROMORPHINOL (hydroxy-14 dihydromorphine)
 HYDROMORPHONE (dihydromorphine)
 HYDROXYPÉTHIDINE (ester éthylique de l'acide *mé*ta-hydroxyphényl-4 méthyl-1 pipéridine carboxylique-4)
 ISOMÉTHADONE (diméthylamino-6 méthyl-5 diphenyl-4,4 hexanone-3)
 LÉVOMÉTHORPHANE*) ((-)-méthoxy-3 N-méthylmorphinane)
 LÉVOMORAMIDE ((-)-[méthyl-2 oxo-4 diphenyl-3,3 (pyrrolidinyl-1)-4 butyl]-4 morpholine)
 LÉVOPHÉNACYLMORPHANE ((-)-hydroxy-3 N-phénacylmorphinane)
 LÉVORPHANOL*) ((-)-hydroxy-3 N-méthylmorphinane)
 MÉTAZOCINE (hydroxy-2' triméthyl-2,5,9 benzomorphane-6,7)

*) Le dextrométhorphan ((+)-méthoxy-3 N-méthylmorphinane) et le dextrorphan ((-)-hydroxy-3 N-méthylmorphinane) sont expressément exclus du présent Tableau.

MÉTHADONE (diméthylamino-6 diphenyl-4,4 heptanone-3)
 METHYLDÉSOMORPHINE (méthyl-6 delta6-déoxymorphine)
 METHYLDIHYDROMORPHINE (méthyl-6 dihydromorphine)
 Méthyl-1 phényl-4 pipéridine carboxylique-4 (acide)
 MÉTOPON (méthyl-5 dihydromorphine)
 MORPHÉRIDINE (ester éthylique de l'acide (morpholino-2 éthyl)-1 phényl-4 pipéridine carboxylique-4)
 MORPHINE
 MORPHINE MÉTHOBROMIDE et autres dérivés morphiniques à azote pentavalent
 N-OXYMORPHINE
 MYROPHINE (myristylbenzylmorphine)
 NICOMORPHINE (dinicotinyl-3,6 morphine)
 NORLÉVORPHANOL ((—)-hydroxy-3 morphinane)
 NORMÉTHADONE (diméthylamino-6 diphenyl-4,4 hexanone-3)
 NORMORPHINE (déméthylmorphine)
 OPIUM
 OXYCODONE (hydroxy-14 dihydrocodéine)
 OXYMORPHONE (hydroxy-14 dihydromorphine)
 PÉTHIDINE (ester éthylique de l'acide méthyl-1 phényl-4 pipéridine carboxylique-4)
 PHÉNADOXONE (morpholino-6 diphenyl-4,4 heptanone-3)
 PHÉNAMPROMIDE (N-(méthyl-1 pipéridino-2 éthyl) propionanilide)
 PHÉNAZOCINE (hydroxy-2' diméthyl-5,9 phénéthyl-2 benzomorphane-6,7)
 PHÉNOMORPHANE (hydroxy-3 N-phénéthylmorphinane)
 PHÉNOPÉRIDINE (ester éthylique de l'acide (hydroxy-3 phényl-3 propyl)-1 phényl-4 pipéridine carboxylique-4)
 PIMINODINE (ester éthylique de l'acide phényl-4 (phénylamino-3 propyl)-1 pipéridine carboxylique-4)
 PROHEPTAZINE (diméthyl-1,3 phényl-4 propionoxy-4 azacyloheptane)
 PROPÉRIDINE (ester isopropylique de l'acide méthyl-1 phényl-4 pipéridine carboxylique-4)
 RACÉMÉTHORPHANE ((±)-méthoxy-3 N-méthylmorphinane)
 RACÉMORAMIDE ((±)-[méthyl-2 oxo-4 diphenyl-3,3 (pyrrolidinyl-1)-4 butyl]-4 morpholine)
 RACÉMORPHANE ((±)-hydroxy-3 N-méthylmorphinane)
 THÉBACONE (acétyldihydrocodéine)
 THÉBAÏNE
 TRIMÉPÉRIDINE (triméthyl-1,2,5 phényl-4 propionoxy-4 pipéridine); et
 Les isomères des stupéfiants inscrits au Tableau, sauf exception expresse, dans tous les cas où ces isomères peuvent exister conformément à la désignation chimique spécifiée;
 Les esters et les éthers des stupéfiants inscrits au présent Tableau, à moins qu'ils ne figurent dans un autre tableau, dans tous les cas où ces esters et éthers peuvent exister;
 Les sels des stupéfiants inscrits au présent Tableau, y compris les sels d'esters, d'éthers et d'isomères visés ci-dessus, dans tous les cas où ces sels peuvent exister.

Liste des stupéfiants inclus au Tableau II

ACETYLDIHYDROCODÉINE
 CODÉINE (3-méthylmorphine)
 DEXTROPROPOXYPHÈNE ((+)-diméthylamino-4 méthyl-3 diphenyl-1,2 propionoxy-2 butane)
 DIHYDROCODÉINE
 ETHYLMORPHINE (3-éthylmorphine)
 NORCODÉINE (N-déméthylcodéine)
 PHOLCODINE (morpholinyléthylmorphine); et

Les isomères des stupéfiants inscrits au Tableau, sauf exception expresse, dans tous les cas où ces isomères peuvent exister conformément à la désignation chimique spécifiée;

Les sels des stupéfiants inscrits au présent Tableau, y compris les sels de leurs isomères visés ci-dessus, dans tous les cas où ces sels peuvent exister.

Liste des préparations incluses au Tableau III**1. Préparations des stupéfiants suivants:**

Acétyldihydrocodéine,
Codéine,
Dextropropoxyphène,
Dihydrocodéine,
Ethylmorphine,
Norcodéine et
Pholcodine

lorsque:

a) Ces préparations contiendront un ou plusieurs autres composants de telle manière qu'elles ne présentent pratiquement pas de risque d'abus et que le stupéfiant ne puisse être récupéré par des moyens aisément mis en œuvre ou dans une proportion qui constituerait un danger pour la santé publique;

b) La quantité de stupéfiants n'excédera pas 100 milligrammes par unité de prise et la concentration ne sera pas supérieure à 2,5 pour 100 dans les préparations de forme non divisée.

2. Préparations de cocaïne renfermant au maximum 0,1 pour 100 de cocaïne calculée en cocaïne base et préparations d'opium ou de morphine contenant au maximum 0,2 pour 100 de morphine calculée en morphine base anhydre, et contenant un ou plusieurs autres composants de telle manière qu'elles ne présentent pratiquement pas de risque d'abus et que le stupéfiant ne puisse être récupéré par des moyens aisément mis en œuvre ou dans une proportion qui constituerait un danger pour la santé publique.

3. Préparations sèches divisées de diphénoxylate en unités d'administration contenant au maximum 2,5 milligrammes de diphénoxylate calculé en base et au moins 25 microgrammes de sulfate d'atropine par unité d'administration.

4. *Pulvis ipecacuanhae et opii compositus*

10 pour 100 de poudre d'opium
10 pour 100 de poudre de racine d'ipécacuanha,
bien mélangées avec
80 pour 100 d'un autre composant pulvérulent non stupéfiant.

5. Préparations correspondant à l'une quelconque des formules énumérées dans le présent Tableau, et mélanges de ces préparations avec toute substance ne contenant pas de stupéfiant.

Liste des stupéfiants inclus au Tableau IV

CANNABIS ET RÉSINE DE CANNABIS

DÉSOMORPHINE (dihydrodésomorphine)

HÉROÏNE (diacétylmorphine)

CÉTOBÉMIDONE (*mé*ta-hydroxyphényl-4 méthyl-1 propionyl-4 pipéridine)

Les sels des stupéfiants inscrits au présent Tableau, dans tous les cas où ces sels peuvent exister.

Anhänge

Liste der in den Anhang I aufgenommenen Suchtstoffe

ACETYLMETHADOL (3-acetoxy-6-dimethylamino-4,4-diphenylheptane)
 ALLYLPRODIN (3-allyl-1-methyl-4-phenyl-4-propionoxypiperidine)
 ALPHACETYLMETHADOL (alpha-3-acetoxy-6-dimethylamino-4,4-diphenylheptane)
 ALPHAMEPRODIN (alpha-3-ethyl-1-methyl-4-phenyl-4-propionoxypiperidine)
 ALPHAMETHADOL (alpha-6-dimethylamino-4,4-diphenyl-3-heptanol)
 ALPHAPRODIN (alpha-1,3-dimethyl-4-phenyl-4-propionoxypiperidine)
 ANILERIDIN (1-para-aminophenethyl-4-phenylpiperidine-4-carboxylic acid ethyl ester)
 BENZETHIDIN (1-(2-benzyloxyethyl)-4-phenylpiperidine-4-carboxylic acid ethyl ester)
 BENZYMORPHIN (3-benzylmorphine)
 BETACETYLMETHADOL (beta-3-acetoxy-6-dimethylamino-4,4-diphenylheptane)
 BETAMEPRODIN (beta-3-ethyl-1-methyl-4-phenyl-4-propionoxypiperidine)
 BETAMETHADOL (beta-6-dimethylamino-4,4-diphenyl-3-heptanol)
 BETAPRODIN (beta-1,3-dimethyl-4-phenyl-4-propionoxypiperidine)
 CANNABIS und CANNABISHARZ und EXTRAKTE und CANNABISTINKTUREN
 CLONITAZEN (2-para-chlorbenzyl-1-diethylaminoethyl-5-nitrobenzimidazole)
 COCABLATTER
 COCAIN (Methylester von Benzoylcegonine)
 MOHNSTROH-KONZENTRAT (das bei Verarbeitung von Mohnstroh zwecks Konzentrierung der Alkaloide anfallende Material, wenn dieses im Handel erhältlich ist)
 DESOMORPHIN (dihydrodeoxymorphine)
 DEXTROMORAMID ((+)-4-[2-methyl-4-oxo-3,3-diphenyl-4-(1-pyrrolidinyl)butyl]morpholine)
 DIAMPROMID (N-[2-methylphenethylamino] propyl]propionanilide)
 DIETHYLTHIAMBUTEN (3-diethylamino-1,1-di-(2'-thienyl)-1-butene)
 DIHYDROMORPHIN
 DIMENOXADOL (2-dimethylaminoethyl-1-ethoxy-1,1-diphenylacetate)
 DIMEPHEPTANOL (6-dimethylamino-4,4-diphenyl-3-heptanol)
 DIMETHYLTHIAMBUTEN (3-dimethylamino-1,1-di-(2'-thienyl)-1-butene)
 DIOXAPHETYL BUTYRAT (ethyl 4-morpholino-2,2-diphenylbutyrate)
 DIPHENOXYLAT (1-(3-cyano-3,3-diphenylpropyl)-4-phenylpiperidine-4-carboxylic acid ethyl ester)
 DIPIPANON (4,4-diphenyl-6-piperidine-3-heptanone)
 ECGONIN, seine Ester und Derivate, die in Ecgonin und Cocain umgewandelt werden können
 ETHYLMETHYLTHIAMBUTEN (3-ethylmethylamino-1,1-di-(2'-thienyl)-1-butenol)
 ETONITAZEN (1-diethylaminoethyl-2-para-ethoxybenzyl-5-nitrobenzimidazole)
 ETOXERIDIN (1-[2-(2-hydroxyethoxy) ethyl]-4-phenylpiperidine-4-carboxylic acid ethyl ester)
 FURETHIDIN (1-(2-tetrahydrofurfuryloxyethyl)-4-phenylpiperidine-4-carboxylic acid ethyl ester)
 HEROIN (diacetylmorphine)
 HYDROCODON (dihydrocodeinone)
 HYDROMORPHINOL (14-hydroxydihydromorphine)
 HYDROMORPHON (dihydromorphinone)
 HYDROXYPETHIDIN (4-meta-hydroxyphenyl-1-methylpiperidine-4-carboxylic acid ethyl ester)
 ISOMETHADON (6-dimethylamino-5-methyl-4,4-diphenyl-3-hexanone)
 KETOBEMIDON (4-meta-hydroxyphenyl-1-methyl-4-propionylpiperidine)
 LEVOMETHORPHAN ((-)-3-methoxy-N-methylmorphinan)
 LEVOMORAMID ((-)-4-[2-methyl-4-oxo-3,3-diphenyl-4-(1-pyrrolidinyl) butyl]morpholine)
 LEVOPHENACYLMORPHAN ((-)-3-hydroxy-N-phenacylmorphinan)
 LEVORPHANOL ((-)-3-hydroxy-N-methylmorphinan)
 METAZOCIN (2'-hydroxy-2,5,9-trimethyl-6,7-benzomorphan)
 METHADON (6-dimethylamino-4,4-diphenyl-3-heptanone)
 METHYLDESORPHIN (6-methyl-delta 6-deoxymorphine)
 METHYLDIHYDROMORPHIN (6-methyldihydromorphine)
 1-Methyl-4-phenylpiperidine-4-carboxylic acid
 METOPON (5-methyldihydromorphinone)

MORPHERIDIN (1-(2-morpholinoethyl)-4-phenylpiperidine-4-carboxylic acid ethyl ester)
MORPHIN
MORPHIN METHOBROMID und andere Stickstoff-Morphinderivate
MORPHIN-N-OXID
MYROPHIN (myristylbenzylmorphine)
NICOMORPHIN (3,6-dinicotinylmorphine)
NORLEVORPHANOL ((-)-3-hydroxymorphinan)
NORMETHADON (6-dimethylamino-4,4-diphenyl-3-hexanone)
NORMORPHIN (demethylmorphine)
OPIUM
OXYCODON (14-hydroxydihydrocodeinone)
OXYMORPHON (14-hydroxydihydromorphinone)
PETHIDIN (1-methyl-4-phenylpiperidine-4-carboxylic acid ethyl ester)
PHENADOXON (6-morpholino-4,4-diphenyl-3-heptanone)
PHENAMPROMID (N-(1-methyl-2-piperidinoethyl)propionanilide)
PHENAZOCIN (2'-hydroxy-5,9-dimethyl-2-phenethyl-6,7-benzomorphan)
PHENOMORPHAN (3-hydroxy-N-phenethylmorphinan)
PHENOPERIDIN (1-(3-hydroxy-3-phenylpropyl)-4-phenylpiperidine-4-carboxylic acid ethyl ester)
PIMINODIN (4-phenyl-1-(3-phenylaminopropyl)piperidine-4-carboxylic acid ethyl ester)
PROHEPTAZIN (1,3-dimethyl-4-phenyl-4-propionoxyazacycloheptane)
PROPERIDIN (1-methyl-4-phenylpiperidine-4-carboxylic acid isopropyl ester)
RACEMETHORPHAN ((±)-3-methoxy-N-methylmorphinan)
RACEMORAMID ((±)-4-[2-methyl-4-oxo-3,3-diphenyl-4-(1-pyrrolidinyl) butyl]morpholine)
RACEMORPHAN ((±)-3-hydroxy-N-methylmorphinan)
THEBACON (acetyldihydrocodeinone)
THEBAIN
TRIMEPERIDIN (1,2,5-trimethyl-4-phenyl-4-propionoxypiperidine); und,

falls nicht besonders ausgenommen, die Isomere der in diesem Anhang aufgeführten Suchtstoffe, wenn das Bestehen solcher Isomere in der bestimmten chemischen Bezeichnung möglich ist;

falls nicht in einem anderen Anhang verzeichnet, die Ester und Äther der in diesem Anhang aufgeführten Suchtstoffe, wenn das Bestehen solcher Ester oder Äther möglich ist;

die Salze der in diesem Anhang verzeichneten Suchtstoffe, einschließlich der Salze der Ester, Äther und Isomere, wie oben festgelegt, falls das Bestehen solcher Salze möglich ist.

Liste der in den Anhang II aufgenommenen Suchtstoffe

ACETYLDIHYDROCODEIN
CODEIN (3-methylmorphine)
DIHYDROCODEIN
ETHYLMORPHIN (3-ethylmorphine)
NORCODEIN (N-demethylcodeine)
PHOLCODIN (morpholinylethylmorphine); und,

falls nicht besonders ausgenommen, die Isomere der in diesem Anhang aufgeführten Suchtstoffe, wenn das Bestehen solcher Isomere in der bestimmten chemischen Bezeichnung möglich ist;

die Salze der in diesem Anhang aufgeführten Suchtstoffe, einschließlich der Salze der Isomere, wie oben festgelegt, falls das Bestehen solcher Salze möglich ist.

Liste der in den Anhang III aufgenommenen Zubereitungen

1. Zubereitungen von:

Acetyldihydrocodein,
Codein,
Dihydrocodein,
Ethylmorphin,
Norcodein und
Pholcodin,

wenn

a) es sich um Verbindungen mit einem oder mehreren Bestandteilen in solcher Form handelt, daß die Zubereitung keine oder nur eine geringfügige Gefahr des Mißbrauchs bildet, und von solcher Art, daß der Suchtstoff nicht durch leicht anwendbare Verfahren oder in einem Ausmaß zurückgewonnen werden kann, das eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit bedeuten würde, und

b) sie nicht mehr als 100 Milligramm des Suchtstoffes pro Dosiseinheit enthalten und in unaufgeteilten Zubereitungen eine Stärke von höchstens 2,5 % haben.

2. Zubereitungen von Kokain, die nicht mehr als 0,1 % Kokain, berechnet als Kokainbase, enthalten, und Zubereitungen von Opium oder Morphin, die nicht mehr als 0,2 % Morphin, berechnet als wasserfreie Morphinbase, enthalten und die mit einem oder mehreren Bestandteilen in solcher Form verbunden sind, daß die Zubereitung keine oder nur eine geringfügige Gefahr des Mißbrauchs mit sich bringt, und von solcher Art, daß der Suchtstoff nicht durch leicht anwendbare Verfahren oder in einem Ausmaß zurückgewonnen werden kann, das eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit bedeuten würde.

3. Feste Zubereitungen in abgeteilter Form aus Diphenoxylat, die nicht mehr als 2,5 Milligramm Diphenoxylat, berechnet als Base, und nicht weniger als 25 Mikrogramm Atropinsulfat pro Dosiseinheit enthalten.

4. Pulvis ipecacuanhae et opii compositus

10 % Opium in Pulverform,

10 % Ipecacuanhawurzel, in Pulverform,
gut gemischt mit

80 % eines beliebigen anderen Bestandteils in Pulverform, der keinen Suchtstoff enthält.

5. Zubereitungen, die einem der in diesem Anhang verzeichneten Präparate entsprechen, und Mischungen von solchen Zubereitungen mit einem Material, das keinen Suchtstoff enthält.

Liste der in den Anhang IV aufgenommenen Suchtstoffe

CANNABIS und CANNABISHARZ

DESOMORPHIN (dihydrodeoxymorphine)

HEROIN (diacetylmorphine)

KETOBEMIDON (4-meta-hydroxyphenyl-1-methyl-4-propionylpiperidine); und

die Salze der in diesem Anhang verzeichneten Suchtstoffe, falls die Bildung solcher Salze möglich ist.

Denkschrift zum Einheits-Übereinkommen**I. Allgemeines**

Das Einheits-Übereinkommen über Suchtstoffe von 1961 ist ein internationales Übereinkommen, das die bereits bestehenden Abkommen, Protokolle und Vereinbarungen über Opium und andere suchterzeugende Stoffe zusammenfaßt und in gewissem Umfang ergänzt. Soweit sie für die Bundesrepublik Deutschland von Bedeutung sind, handelt es sich bei der Zusammenfassung um folgende Verträge *):

1. Die Haager Konvention von 1912 über die Aufhebung des Mißbrauchs von Opium und anderen Präparaten (vgl. Bekanntmachung vom 22. Dezember 1920, RGBl. 1921 S. 18 ff.),
2. die Genfer Konvention vom 19. Februar 1925 (vgl. RGBl. 1929 S. 408),
3. das Genfer Abkommen zur Beschränkung der Herstellung und zur Regelung der Verteilung der Betäubungsmittel vom 13. Juli 1931 (vgl. RGBl. II 1933 S. 319),
4. das Übereinkommen über die Bekämpfung des unerlaubten Handels mit gefährlichen Stoffen vom 26. Juni 1936,
5. das New Yorker Protokoll vom 11. Dezember 1946 (vgl. BGBl. II 1959 S. 333 ff.),
6. das Pariser Protokoll von 1948 (vgl. BGBl. II 1959 S. 333 ff.),
7. das Opiumprotokoll von 1953 (vgl. BGBl. II 1959 S. 333 ff.).

Ziel dieser Verträge war, den Mißbrauch von Opium und anderen Stoffen, die eine Sucht zu erzeugen vermögen, zu verhindern.

Um dies zu erreichen, verpflichteten sich die Vertragsstaaten hinsichtlich dieser Stoffe zu einer Einschränkung der Erzeugung und Herstellung sowie zu einer wirksamen Überwachung der Erzeugung, der Herstellung und des Vertriebs einschließlich der Ein- und Ausfuhr. Zu diesem Zweck wurden die Erzeugung, die Herstellung und die Abgabe einem Erlaubnis- und Überwachungssystem unterstellt. Die Staaten wurden zur Errichtung eines Opiummonopols verpflichtet, um die gesamte Mohnernnte aufkaufen und die Opiumvorräte beschränken zu können. Der Gebrauch bestimmter Suchtstoffe, die als Betäubungsmittel Verwendung finden, wurde auf den medizinischen Bereich beschränkt. Für die einzelnen Länder wurden Bedarfsschätzungen für Betäubungsmittel eingeführt und die Länder verpflichtet, über die Durchführung der Verträge den zuständigen internationalen Instanzen Bericht zu erstatten. Diese Instanzen wiederum wurden zu einer Überprüfung der Berichte und Angaben ermächtigt.

Aufgabe einer weiteren internationalen Einrichtung war es, neuentwickelte Suchtstoffe unter die Kontrolle zu stellen. Die Vertragsstaaten wurden verpflichtet, jeden neuen Stoff zu melden, der unter bestimmten Voraussetzungen zur Sucht führen kann.

Die vertragschließenden Staaten verpflichteten sich zudem, eine besondere Verwaltung einzuführen, deren Aufgaben es sein sollten, die Vorschriften des Abkommens anzuwenden, den Handel mit Suchtstoffen zu beaufsichtigen und den Kampf gegen die Betäubungsmittelsucht zu organisieren. Schließlich hatten die Vertragsstaaten dafür zu sorgen, daß die bei den Herstellerfirmen eingelagerten Rohstoffe für Betäubungsmittel den normalen Halbjahresbedarf dieser Firmen nicht überstiegen und daß ihnen von den Herstellungsbetrieben und Großhändlern regelmäßig Bericht erstattet wurde.

Die Vertragsstaaten verpflichteten sich weiter, bestimmte Mindeststrafen für Delikte der unerlaubten Herstellung oder Erzeugung, des unerlaubten Besitzes und des unerlaubten Handels mit Betäubungsmitteln einzuführen, die Strafverfolgung zu vereinheitlichen und unter bestimmten Voraussetzungen die Auslieferung der Täter vorzusehen.

Diesen internationalen Verträgen waren jeweils verschiedene Staaten beigetreten; so hatte zum Beispiel das Deutsche Reich das Übereinkommen über die Bekämpfung des unerlaubten Handels mit gefährlichen Stoffen von 1936 nicht ratifiziert. Weil sich einige Staaten darauf berufen konnten, daß sie einzelnen Verträgen, die sich gegenseitig ergänzten, nicht beigetreten seien, war das ganze Überwachungssystem lückenhaft. Aus diesen Gründen wurden 1947 die Vereinten Nationen, die seit 1946 die Aufgabe des Völkerbundes übernommen hatten, die Durchführung dieser internationalen Verträge zu überwachen, aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um die Übersichtlichkeit auf dem Gebiet der Bekämpfung des Suchtstoffmißbrauchs wieder herzustellen. Daraufhin wurde vom Generalsekretär der Vereinten Nationen der Entwurf eines Einheits-Übereinkommens über Suchtstoffe erstellt und 1955 allen Regierungen unterbreitet. Auf Grund einer Resolution des Wirtschafts- und Sozialrates, der innerhalb der Vereinten Nationen für die Suchtstoffbekämpfung zuständig ist, wurden sämtliche Mitgliedsstaaten dieser Organisation sowie die Länder, die einer Spezialorganisation angehörten, zu einer Bevollmächtigtenkonferenz für die Ausarbeitung eines Einheits-Übereinkommens über Suchtstoffe eingeladen. Die Konferenz fand 1961 in New York statt, wo das zu ratifizierende Übereinkommen anhand des Entwurfs des Generalsekretärs ausgearbeitet wurde.

Das Übereinkommen wurde bei der Schlußabstimmung einstimmig, bei Stimmenthaltung von acht osteuropäischen Ländern angenommen. Die Bundesrepublik hat das Einheits-Übereinkommen am 31. Juli 1961 unterzeichnet.

Das Einheits-Übereinkommen wird den gesetzgebenden Körperschaften erst jetzt zur Zustimmung vorgelegt, weil zunächst eingehend geprüft werden mußte, ob zu einzelnen Vorschriften des Übereinkommens Vorbehalte eingelegt werden müßten. Insbesondere bestanden Zweifel, ob der in Artikel 3 Abs. 7 des Übereinkommens niedergelegten Ver-

*) vgl. dazu Artikel 44 des Einheits-Übereinkommens

pflichtung der Vertragsparteien, ihr innerstaatliches Recht den Mehrheitsbeschlüssen der Suchtstoffkommission der Vereinten Nationen anzupassen, ohne Vorbehalt zugestimmt werden könne. Angesichts der Tatsache, daß inzwischen 77 Staaten das Einheits-Übereinkommen ratifiziert haben und im Hinblick auf die steigende mißbräuchliche Verwendung von Suchtstoffen sind die bestehenden Bedenken zurückgestellt worden.

II. Besonderes

Kurze Erläuterungen zu dem aus einer Präambel, 51 Artikeln, Anlagen, Schlußakte und Entscheidungen bestehenden Einheits-Übereinkommen.

Artikel 1: Begriffsbestimmungen

Ein großer Teil dieser Definitionen wurde aus den früheren Protokollen oder Abkommen übernommen, die übrigen wurden neu gefaßt. So wurde zum Beispiel der Begriff „Cannabis“ abweichend vom Abkommen von 1925 festgelegt. Nach der neuen Definition wird unter diesem Begriff sowohl die Gattung *Cannabis sativa* L. wie auch *Cannabis indica* L. erfaßt. Unter die Bezeichnung „Cannabis“ fallen sowohl die Blüten- als auch die Fruchtstände des Hanfkrautes, nicht jedoch die Samen und Blätter. Nach Anhang I des Übereinkommens sind auch die Extrakte und Tinkturen des Hanfkrautes als Suchtmittel anzusehen. Wird der Pflanze das Harz entzogen, so ist sie kein Suchtmittel mehr.

Unter die Bezeichnung „Kokastrauch“ fällt jede Pflanzenart der Gattung *Erythroxylon*. In Analogie zum Hanf sind die Kokablätter, denen das Ekgonin, das Kokain und alle anderen Ekgonin-Alkaloide entzogen wurden, keine Suchtstoffe mehr.

Der Gedanke, eine besondere Definition für „synthetische Suchtstoffe“ zu schaffen, wurde in der Bevollmächtigtenkonferenz als zu schwierig wieder fallengelassen. Der Begriff „Suchtstoff“ umfaßt Substanzen natürlicher und synthetischer Herkunft, wie sie in den Anhängen I und II erwähnt sind.

Die Definition der Bezeichnungen „Einfuhr“ und „Ausfuhr“, wie sie im Opiumprotokoll von 1953 enthalten war, wird nun auf alle Suchtstoffe ausgedehnt.

Die Definitionen für „medizinisches Opium“ und „Opium“ wurden aus den Abkommen von 1925 und 1931 sowie aus dem Opiumprotokoll von 1953 übernommen.

Unter „Opiummohn“ werden nur noch die Pflanzen der Spezies „*Papaver somniferum*“ verstanden.

Die Definition „Mohnstroh“ ist aus dem Opiumprotokoll von 1953 entnommen. Mohnstroh gilt nicht als Suchtstoff, auch wenn daraus Alkaloide gewonnen werden können. Aus diesem Grund ist es im Anhang I nicht aufgeführt; es unterliegt aber trotzdem der Kontrolle nach Artikel 25.

Neu wurde eine Definition für „Zubereitung“ aufgenommen.

Anstelle von „Staatsvorräten“ oder „staatlichen Lagern“ wurde der Ausdruck „Sonderbestände“ aufgenommen. Er umfaßt vor allem die Suchtstoffbestände,

die für Kriegs- und Katastrophenfälle vorgesehen sind. Diese „Sonderbestände“ verbleiben unter der unmittelbaren Kontrolle des Staates (Artikel 1 Buchstabe w).

Die „Bestände“ sind im Sinne von Lagerbeständen zu verstehen und für den normalen Verbrauch und die Fabrikation von Suchtmitteln bestimmt, wobei — wie nach dem Opiumprotokoll von 1953 — die bei den Apotheken aufbewahrten Mengen, sowie die oben erwähnten Sonderbestände, nicht mitgerechnet werden.

Die Bezeichnung „Hoheitsgebiet“ entspricht der Definition des Opiumprotokolls von 1953.

Neu wurde der Begriff „Verbrauch“ definiert. Verbrauch ist danach bei einem Suchtmittel die Abgabe an den Endverbraucher oder an Ärzte, Apotheker, Krankenanstalten und wissenschaftliche Institute.

Es wurde darauf verzichtet, im Übereinkommen selbst Suchtstoffe namentlich aufzuführen; damit soll verhindert werden, daß bei notwendig werden den Änderungen das Übereinkommen selbst geändert werden muß. Die Suchtstoffe sind in den in Artikel 1 Buchstaben j und u des Übereinkommens genannten Anhängen I, II, III und IV aufgeführt. Diese Anhänge können von der Suchtstoffkommission des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen nach dem in Artikel 3 des Übereinkommens vorgesehenen Verfahren abgeändert werden.

Artikel 2: Unter Kontrolle stehende Stoffe

Sämtliche Suchtstoffe und Zubereitungen daraus wurden, nach ihrer Suchtgefährlichkeit geordnet, in die vier Anhänge aufgenommen.

Anhang I und II enthalten alle auf Grund dieses Übereinkommens kontrollpflichtigen Suchtstoffe; die in Anhang II aufgeführten sind allerdings im Kleinhandel weniger streng zu kontrollieren. Der Anhang III enthält Zubereitungen aus Suchtstoffen. Für diese gelten die Kontrollmaßnahmen wie für die Suchtstoffe des Anhangs II mit der Maßgabe, daß für sie Handelserleichterungen vorgesehen sind und daß die Schätzungen und statistischen Angaben sich nur auf die in ihnen enthaltenen Suchtstoffe zu beziehen brauchen. Für Zubereitungen aus Suchtstoffen, die in Anhang III nicht aufgeführt sind, gelten dieselben Kontrollmaßnahmen, wie für die in ihnen enthaltenen Suchtstoffe.

Im Anhang IV sind besonders gefährliche Suchtstoffe aufgeführt. Für sie gelten die Kontrollmaßnahmen wie für die Suchtstoffe des Anhangs I. Die Vertragsstaaten werden jedoch angehalten, bezüglich dieser Suchtstoffe spezielle Maßnahmen zu ergreifen, wenn diese im Interesse der Bekämpfung des Mißbrauchs erforderlich sind. In den Absätzen 6 und 7 sind für die aus Pflanzen gewonnenen Suchtstoffe noch zusätzliche Kontrollmaßnahmen vorgesehen.

Um die unerlaubte Herstellung von Suchtstoffen wirksamer bekämpfen zu können, sollen die Vertragsstaaten nach Artikel 2 Abs. 8 nichts unterlassen, um Stoffe, die an sich keine Suchtmittel sind, die aber für die Herstellung von Suchtstoffen ver-

wendet werden, zu überwachen. Dies gilt beispielsweise für Acetylchlorid oder Essigsäureanhydrid, die bei chemischen Synthesen allgemein gebraucht werden und auch für die Herstellung von Heroin Verwendung finden.

Die Bestimmung des Artikels 2 Abs. 9, daß die Vertragsstaaten nicht verpflichtet sind, Suchtstoffe, die nach Vergällung industriell verwendet werden, nach dem Vertrag zu kontrollieren, wenn bestimmte zusätzliche Bedingungen erfüllt sind, ist bisher von rein theoretischer Bedeutung, weil Suchtstoffe dazu noch nicht verwendet werden.

Artikel 3: Änderungen im Umfang der Kontrolle
Vorschläge zur Änderung der Anhänge können von einem Vertragsstaat oder von der Weltgesundheitsorganisation dem Generalsekretär der Vereinten Nationen gemacht werden. Die Suchtstoffkommission des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen kann daraufhin beschließen, daß die Substanz, deretwegen eine Änderung für erforderlich gehalten wird, vorläufig der Kontrolle zu unterstellen ist, bis die Weltgesundheitsorganisation eine Entscheidung getroffen hat. Ein derartiger Beschluß der Kommission ist für die Vertragsstaaten verbindlich.

Die Suchtstoffkommission kann ferner auf Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation die Anhänge entsprechend der vorgesehenen Möglichkeiten abändern.

Beschlüsse der Suchtstoffkommission werden den Vertragsstaaten vom Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelt. Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, ihr innerstaatliches Recht entsprechend anzupassen. Allerdings haben diese nach Absatz 8 auch die Möglichkeit, eine Nachprüfung der Beschlüsse der Suchtstoffkommission durch den Wirtschafts- und Sozialrat zu veranlassen.

Artikel 4: Allgemeine Verpflichtungen

Dieser Artikel ist die Grundlage des nationalen und internationalen Kontrollsystems. Eine ähnliche Vorschrift ist in der Genfer Konvention von 1925 und im Opiumprotokoll von 1953 zu finden.

Artikel 5: Die internationalen Kontrollorgane

In diesem Artikel wird noch einmal die Zuständigkeit der Vereinten Nationen für die internationale Suchtstoffkontrolle klargestellt.

Artikel 6: Ausgaben der internationalen Kontrollorgane

Die Vertragsstaaten, die nicht Mitglieder der Vereinten Nationen sind, haben Beiträge an die Vereinten Nationen zu entrichten, um deren Ausgaben für die internationale Suchtstoffkontrolle mit zu decken. Diese Beiträge werden anhand eines Schlüssels errechnet, der von der Generalversammlung im Zusammenwirken mit den Regierungen der Vertragsstaaten festgesetzt wird. Die Höhe des Beitrages hängt unter Zugrundelegung dieses Schlüssels von den tatsächlichen Aufwendungen der Vereinten Nationen ab. Der Beitrag der Bundesrepublik Deutschland beträgt zur Zeit etwa 300 000,— DM jährlich.

Artikel 7: Nachprüfung von Beschlüssen und Empfehlungen der Kommission

Die Suchtstoffkommission ist eine technische Kommission des Wirtschafts- und Sozialrates. Es ist ihr deshalb versagt, selbständig zu handeln, auch wenn ihr durch das Einheits-Übereinkommen wichtige Aufgaben übertragen werden. Alle Beschlüsse oder Empfehlungen dieser Kommission sind vom Wirtschafts- und Sozialrat oder der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu bestätigen. Diese sind auch berechtigt, jederzeit Änderungen vorzunehmen. Ausgenommen davon sind lediglich die nach Artikel 3 gefaßten Beschlüsse der Kommission; derartige Beschlüsse können vom Wirtschafts- und Sozialrat nur dann abgeändert oder aufgehoben werden, wenn ein Vertragsstaat dagegen Einspruch erhebt (Artikel 3 Abs. 8 Buchstabe a).

Artikel 8: Aufgaben der Kommission

In dieser Vorschrift sind die Aufgaben der Suchtstoffkommission aufgezählt.

Artikel 9: Zusammensetzung des Suchtstoffamts

Die vorgesehenen elf Mitglieder werden vom Wirtschafts- und Sozialrat gewählt. Die Aufgaben des Suchtstoffamts, die in verschiedenen nachfolgenden Artikeln beschrieben sind, können nur erfüllt werden, wenn die Mitglieder dieses Amtes ausreichende fachliche Befähigungen besitzen und unabhängig sind. Es werden Mitglieder mit medizinischen, pharmakologischen oder pharmazeutischen Erfahrungen benötigt; daneben Personen, die auf dem Gebiete des Rechts, der Statistik und der Suchtstoffkontrolle erfahren sind.

Artikel 10: Amtszeit und Vergütung der Mitglieder des Suchtstoffamts
und

Artikel 11: Geschäftsordnung des Suchtstoffamts

bedürfen keiner Erläuterung.

Artikel 12: Handhabung des Schätzungsverfahrens

Diese Bestimmung wurde größtenteils aus dem Abkommen von 1931 (Artikel 2 bis 5) übernommen. Sie enthält einen Teil des Aufgabenkatalogs des Suchtstoffamts. Zu beachten ist, daß dieses die Möglichkeit hat, Schätzungen mit der Zustimmung der Regierung, die sie abgegeben hat, abzuändern. Es kann ferner für Länder, die fristgemäß keine Schätzung eingereicht haben, selbst eine solche aufstellen. Das wird vor allem hinsichtlich der Staaten der Fall sein müssen, die dem Übereinkommen aus politischen Gründen nicht beitreten können.

Artikel 13: Handhabung des Statistikverfahrens

Auch die Überwachung des Statistikverfahrens obliegt dem Suchtstoffamt. Eine einwandfreie nationale und internationale Kontrolle kann nur durchgeführt werden, wenn die statistischen Angaben genau und ausführlich abgefaßt sind. Dazu ist erforderlich, daß

in den einzelnen Ländern für die nationale Kontrolle der Erzeugung und des Handels eigene statistische Formulare geschaffen werden.

Artikel 14: Maßnahmen des Suchtstoffamts, um die Durchführung dieses Übereinkommens sicherzustellen

Dieser Artikel entspricht weitgehend der Genfer Konvention von 1925 (Artikel 24 bis 26) und dem Opiumprotokoll von 1953 (Artikel 11 bis 13). Die Vorschriften über die Inspektionen an Ort und Stelle (vgl. Artikel 11 Abs. 1 Buchst. d des Opiumprotokolls von 1953) wurden gestrichen, da diese die Hoheitsrechte der Vertragsstaaten zu stark berührten. Aus dem gleichen Grunde wurde das obligatorische Embargo in eine Empfehlung des Suchtstoffamts an die Vertragsstaaten umgewandelt, den Suchtstoffhandel mit Ländern, welche die Bestimmungen dieses Übereinkommens schwer verletzen, zu verbieten. Diese beschränkte Handelssperre kann vom Suchtstoffamt nur dann empfohlen werden, wenn die anderen vorgesehenen Maßnahmen erfolglos bleiben.

Artikel 15: Berichte des Suchtstoffamts

Auch die Erstellung eines Jahresberichts gehört zu den Aufgaben des Suchtstoffamts. Durch diese Vorschrift werden die Vertragsstaaten verpflichtet, die unbeschränkte Verbreitung der vom Generalsekretär der Vereinten Nationen veröffentlichten Berichte des Suchtstoffamts zu gestatten. In den bisherigen Verträgen gab es eine solche Vorschrift nicht.

Artikel 16: Sekretariat
bedarf keiner Erläuterung.

Artikel 17: Besondere Verwaltungsdienststelle
Eine ähnliche Vorschrift ist bereits in Artikel 15 der Genfer Konvention von 1931 enthalten. In der Bundesrepublik Deutschland ist diese Verwaltungsdienststelle die Bundesopiumstelle im Bundesgesundheitsamt.

Artikel 18 bis 21

Diese Vorschriften legen fest, welche Angaben, Schätzungen und statistische Aufstellungen von den Vertragsstaaten einzureichen sind und welchen Beschränkungen sie hinsichtlich der Einfuhr von Suchtstoffen unterliegen. Ähnliche Vorschriften waren bereits in den internationalen Übereinkommen von 1925, 1931 und 1953 enthalten.

Artikel 22 bis 25

Diese Vorschriften sind weitgehend aus dem Opiumabkommen von 1953 übernommen. Sie befassen sich mit der Überwachung der Opiumerzeugung, der Beschränkung des Anbaus von Opiummohn und des Handels mit ihm sowie mit seiner Lagerhaltung.

Artikel 23 bis 25 finden nur auf Vertragsstaaten Anwendung, die Mohn zum Zwecke der Gewinnung von Opium anbauen.

Artikel 26: Kokastrauch und Kokablätter

Diese Vorschrift findet nur auf Staaten Anwendung, die den Anbau des Kokastrauchs zur Gewinnung von Kokablättern gestatten.

Artikel 27: Zusätzliche Bestimmungen für Kokablätter

Dieser Artikel enthält eine Sonderregelung für die Verwendung von Kokablättern als Würzstoff, der keine Alkaloide mehr enthalten darf.

Artikel 28: Kontrolle des Cannabis

Die Staaten, die den Anbau von Cannabispflanzen zur Gewinnung von Cannabis oder Cannabisharz gestatten, werden verpflichtet, diese Erzeugnisse in gleicher Weise wie die Erzeugnisse des Mohns zu kontrollieren. Die Verpflichtung zur internationalen Kontrolle des Cannabis und seiner Erzeugnisse stammt bereits aus der Genfer Konvention von 1925.

Artikel 29: Herstellung

Nach dieser Vorschrift sind alle Vertragsstaaten verpflichtet, die Herstellung von Suchtstoffen — gleichgültig ob sie aus Naturprodukten oder synthetisch gewonnen werden — von einer Genehmigung abhängig zu machen, Kontrollen durchzuführen und die herzustellenden Mengen zu beschränken.

Artikel 30: Handel und Verteilung

Die Vertragsstaaten sind weiter verpflichtet, den Handel und die Verteilung von Suchtstoffen zu lizenzieren und die damit befaßten natürlichen und juristischen Personen und deren Geschäftsräume zu kontrollieren. Auch beim Handel sind die vorrätig gehaltenen Suchtstoffe auf die für einen normalen Geschäftsbetrieb benötigten Mengen zu beschränken.

Die Vertragsstaaten haben zudem sicherzustellen, daß die Abgabe von Suchtstoffen an Verbraucher nur gegen ärztliches Rezept erfolgt.

Der Artikel enthält schließlich eine Reihe von Empfehlungen, an die jedoch die Vertragsstaaten nicht gebunden sind.

Artikel 31: Sonderbestimmungen über den internationalen Handel

Diese Vorschrift entspricht weitgehend den Artikeln 12 bis 17 der Genfer Konvention von 1925. Der internationale Handel wird beschränkt und einem Genehmigungsverfahren unterworfen. Die Vertragsstaaten werden verpflichtet, genau vorgeschriebene Kontrollen durchzuführen. Der Artikel enthält schließlich noch ausführliche Vorschriften für Transitsendungen. Anders als in Artikel 18 des oben genannten Abkommens, wonach die Vertragsstaaten zur Anwendung dieser Bestimmungen nur insoweit verpflichtet waren, als die Umstände es gestatteten, sind die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens verpflichtet, diese Vorschriften auch auf den Handel mit den Staaten anzuwenden, die dem Übereinkommen nicht beigetreten sind.

Artikel 32: Sonderbestimmungen über Suchtstoffe in Ausrüstungen für Erste Hilfe, die auf Schiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr mitgeführt werden

Erstmals ist eine derartige Bestimmung in einen internationalen Vertrag aufgenommen worden. Sie

entspricht dem praktischen Bedürfnis, Bordapothecken zweckentsprechend ausrüsten zu können. Für die geforderten Sicherungsvorkehrungen und Kontrollen ist grundsätzlich der Staat verantwortlich, in dem das Schiff oder das Luftfahrzeug registriert ist. Diese günstigen Sonderbestimmungen gelten jedoch nur, wenn geringe Suchtmittelmengen für die Erste Hilfe mitgeführt werden. Auf den Schiffen und in den Luftfahrzeugen sind die Suchtmittelgesetze des Landes anzuwenden, in dem die Beförderungsmittel registriert sind.

Artikel 33: Besitz von Suchtmitteln

In der Genfer Konvention von 1925 gab es bereits eine ähnliche Bestimmung (Artikel 7). Ohne eine solche ist eine wirksame Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs kaum möglich.

Artikel 34: Überwachungs- und Aufsichtsmaßnahmen

Die Vorschriften dieses Artikels sind durch das Opiumgesetz von 1929 in der Bundesrepublik Deutschland erfüllt.

Artikel 35: Maßnahmen gegen den unerlaubten Verkehr

Die Verpflichtung, Maßnahmen zur Verhütung und Unterdrückung des unerlaubten Verkehrs mit Suchtmitteln innerstaatlich zu koordinieren, ist in der Bundesrepublik Deutschland bereits erfüllt. Diese Aufgaben werden vom Bundeskriminalamt wahrgenommen. Durch die Mitarbeit dieses Amtes in der Internationalen Kriminalpolizeiorganisation (Interpol) ist auch die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs gewährleistet. Die starke Zunahme des Suchtmittelmissbrauchs wird darüber hinaus noch zu weiterer internationaler Zusammenarbeit zwingen.

Artikel 36: Strafbestimmungen

Dieser Artikel schreibt vor, welche Tatbestände von den Vertragsstaaten mit Strafe zu ahnden sind und wie die von einem Täter in verschiedenen Staaten begangenen Zuwiderhandlungen gegen Suchtmittelvorschriften zu verfolgen sind. Der Artikel enthält weiterhin Bestimmungen darüber, wann Verstöße gegen Suchtmittelvorschriften den Rückfall begründen und Bestimmungen über die Auslieferung der Täter. Schließlich ist noch festgelegt, inwieweit bei Verstößen gegen Suchtmittelvorschriften die innerstaatlichen Vorschriften jedes Vertragsstaates Vorrang haben.

Artikel 37: Beschlagnahme und Einziehung

Dieser Artikel entspricht Artikel 10 des Abkommens von 1936. Danach haben die Vertragsstaaten die Möglichkeit zu schaffen, daß alle Suchtmittel, Substanzen und Gegenstände, die zur Begehung eines Suchtmitteldeliktes im Sinne von Artikel 36 bestimmt waren oder dazu verwendet worden sind, beschlagnahmt bzw. eingezogen werden können.

Artikel 38: Behandlung Süchtiger

Es ist allgemeine Auffassung, daß Personen, die suchtmittelabhängig sind, als kranke Personen anzusehen sind, die der ärztlichen Behandlung bedürfen. Durch ihre Abhängigkeit von Suchtmitteln stellen sie einen erhöhten Anreiz für den illegalen Handel mit diesen Stoffen dar. Es ist deshalb erforderlich, diese Personen so schnell wie möglich einer ärztlichen Behandlung zuzuführen. Nach Ansicht der Weltgesundheitsorganisation ist die Behandlung in einer geschlossenen Anstalt die beste Methode, um zum gewünschten Ziel zu gelangen. Sie setzt jedoch voraus, daß entsprechende Anstalten in genügendem Umfang vorhanden sind. Es wird deshalb als wünschenswert angesehen, daß die Vertragsstaaten die notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen.

Artikel 39: Anwendung strengerer staatlicher Kontrollmaßnahmen als in diesem Übereinkommen vorgeschrieben

Es ist selbstverständlich, daß es jedem Staat unbenommen bleibt, strengere Maßnahmen gegen den illegalen Handel zu treffen, wenn dies im Interesse des Gesundheitsschutzes oder der allgemeinen Wohlfahrt erforderlich oder erwünscht ist.

Artikel 40: Sprachen des Übereinkommens; Verfahren für die Unterzeichnung, die Ratifizierung und den Beitritt

bedarf keiner Erläuterung.

Artikel 41: Inkrafttreten

Während in früheren Abkommen diejenigen Staaten namentlich aufgeführt waren, für die das betreffende Abkommen rechtsverbindlich werden mußte, damit es in Kraft treten konnte, wird im vorliegenden Übereinkommen für das Inkrafttreten verlangt, daß es für mindestens 40 Vertragsstaaten rechtsverbindlich ist. Nach Erfüllung dieser Voraussetzung ist das Übereinkommen am 13. Dezember 1964 in Kraft getreten.

Artikel 42: Räumlicher Geltungsbereich

Dieser Artikel ist für die Bundesrepublik Deutschland ohne Bedeutung.

Artikel 43: Hoheitsgebiete im Sinne der Artikel 19, 20, 21 und 31

Hinsichtlich der Hoheitsgebiete ist eine großzügige Regelung getroffen worden, die allen denkbaren innerstaatlichen Bedürfnissen Rechnung trägt.

Artikel 44: Außerkrafttreten früherer internationaler Verträge

Das Übereinkommen ersetzt alle früheren internationalen Suchtmittelabkommen mit Ausnahme des Übereinkommens über die Bekämpfung des unerlaubten Handels mit gefährlichen Stoffen von 1936. Dieses Übereinkommen bleibt teilweise in Kraft, da dessen weitgehende Bestimmungen über die Auslieferung von Personen, die Zuwiderhandlungen gegen die Suchtmittelvorschriften begangen haben, nicht in das vorliegende Übereinkommen übernommen wor-

den sind. Ausgenommen davon ist nur Artikel 9, der zwischen denjenigen Vertragsstaaten außer Kraft tritt, die auch diesem Übereinkommen beigetreten sind.

Artikel 45: Übergangsbestimmungen

Da die beiden Suchtstoff-Kontrollinstanzen, der Ständige Opiumzentralausschuß und das Suchtstoffamt, zusammengefaßt worden sind, mußte für die Zeit eine Lösung gefunden werden, in der einige Staaten das Übereinkommen bereits ratifiziert haben und andere noch an frühere Abkommen gebunden sind. Für die Übergangszeit sollen deshalb die Aufgaben des Suchtstoffamts teilweise vom Ständigen Opiumzentralausschuß und teilweise vom Überwachungsausschuß wahrgenommen werden.

Artikel 46: Kündigung

Das Übereinkommen sieht eine Mindestdauer von zwei Jahren vor. Da diese Frist seit seinem Inkrafttreten bereits verstrichen ist, kann das Übereinkommen von jedem Vertragsstaat unter Einhaltung einer Mindestfrist von sechs Monaten zu Beginn eines Kalenderjahres gekündigt werden.

Artikel 47: Änderungen

bedarf keiner Erläuterung.

Artikel 48: Streitigkeiten

Lassen sich Streitigkeiten nicht auf den in Absatz 1 genannten Wegen beilegen, so besteht, wie bereits in früheren Abkommen, auch die Möglichkeit, den Internationalen Gerichtshof in Den Haag anzurufen.

Artikel 49: Zeitlich begrenzte Vorbehalte

Um den Staaten, in denen Suchtstoffe mißbräuchlich verwendet werden, zu ermöglichen, das Übereinkommen zu ratifizieren, ohne daß sie verpflichtet sind, gewisse Sitten und Gebräuche ihres Landes kurzfristig ändern zu müssen, wurde, wie in früheren Abkommen, eine Reihe von möglichen Vorbehalten vorgesehen.

Artikel 50: Sonstige Vorbehalte

Neben den zeitlich begrenzten Vorbehalten nach Artikel 49 sind zwei Kategorien dauernder Vorbehalte zu unterscheiden, die von jedem Vertragsstaat eingelegt werden können. Dabei handelt es sich um solche (Artikel 50 Abs. 2), die ohne weiteres gegenüber allen Vertragsstaaten wirksam werden und solche, gegen die andere Vertragsstaaten Einspruch erheben können (Artikel 50 Abs. 3).

Artikel 51: Notifikationen

Die Notifikationsformalitäten entsprechen weitgehend den Bestimmungen früherer Abkommen.

Entschließung der Konferenz der Vereinten Nationen
zur Annahme eines Einheits-Übereinkommens über Suchtstoffe

Resolutions Adopted by the United Nations Conference
For the Adoption of a Single Convention on Narcotic Drugs

Résolutions adoptées par la conférence des Nations Unies
pour l'adoption d'une convention unique sur les stupéfiants

Resolution I

Technical assistance on narcotic drugs

The Conference,

Welcoming the establishment by General Assembly resolution 1395 (XIV) of special arrangements for technical assistance in the field of narcotics control,

Noting that the United Nations and the specialized agencies concerned have already provided a limited amount of assistance under the Expanded Programme of Technical Assistance and in their regular programmes,

Welcoming also the co-operation of the International Criminal Police Organization in the execution of technical assistance projects,

Expresses the hope that adequate resources will be made available to provide assistance in the fight against the illicit traffic, to those countries which desire and request it, particularly in the form of expert advisers and of training, including training courses for national officials.

Resolution II

Treatment of drug addicts

The Conference,

Recalling the provisions of article 38 of the Convention concerning the treatment and rehabilitation of drug addicts,

1. Declares that one of the most effective methods of treatment for addiction is treatment in a hospital institution having a drugfree atmosphere;

Résolution I

**Assistance technique en matière
de contrôle des stupéfiants**

La Conférence,

Se félicitant des dispositions spéciales prises par l'Assemblée générale aux termes de sa résolution 1395 (XIV) en vue d'une assistance technique pour la lutte contre l'abus des stupéfiants;

Notant que l'Organisation des Nations Unies et les institutions spécialisées intéressées ont déjà fourni une assistance limitée au titre du Programme élargi et de leurs programmes ordinaires d'assistance technique;

Se félicitant en outre du concours de l'Organisation internationale de police criminelle dans l'exécution de projets d'assistance technique;

Exprime l'espoir que des ressources suffisantes seront rendues disponibles en vue de fournir aux pays qui en exprimeront le désir une assistance pour la lutte contre le trafic illicite, notamment sous la forme de services de conseillers techniques et de cours destinés à la formation de fonctionnaires nationaux.

Résolution II

Traitement des toxicomanes

La Conférence,

Pappelant les dispositions de l'article 38 de la Convention concernant le traitement et la réadaptation des toxicomanes,

1. Déclare que l'une des méthodes les plus efficaces de traitement des toxicomanes est celle qui peut être appliquée dans des établissements hospitaliers, dans lesquels le toxicomane ne peut plus se procurer de stupéfiants;

Entschließung I

Technische Hilfe gegen Suchtstoffe

Die Konferenz,

eingedenk der Entschließung 1395 (XIV) der Generalversammlung, durch die für technische Hilfe auf dem Gebiet der Suchtstoffkontrolle begrüßenswerte Sonderregelungen eingeführt wurden,

in Kenntnis der Hilfe, welche die Vereinten Nationen und die in Betracht kommenden Sonderorganisationen auf Grund des Erweiterten Programms der Technischen Hilfe und ihrer normalen Programme bereits in beschränktem Umfang geleistet haben,

eingedenk der willkommenen Mitarbeit der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation bei der Durchführung von Vorhaben der technischen Hilfe,

gibt der Hoffnung Ausdruck, daß zur Hilfeleistung im Kampf gegen den unerlaubten Verkehr ausreichende Mittel für diejenigen Staaten bereitgestellt werden, die dies wünschen und beantragen, insbesondere in Form von sachverständigen Beratern und fachmännischer Ausbildung einschließlich von Ausbildungslehrgängen für Staatsbeamte.

Entschließung II

Behandlung von Süchtigen

Die Konferenz,

eingedenk der in Artikel 38 des Übereinkommens enthaltenen Bestimmungen über die Behandlung und Rehabilitation von Süchtigen,

1. erklärt, daß eine der wirksamsten Methoden zur Behandlung der Sucht die Behandlung in Heilanstalten ist, wo Süchtige sich keine Suchtstoffe mehr verschaffen können,

2. Urges Parties having a serious drug addiction problem, and the economic means to do so, to provide such facilities.

2. Invite instamment les Etats Parties où la toxicomanie constitue un problème grave à fournir, si leurs ressources économiques le leur permettent, les services voulus.

2. richtet an diejenigen Vertragsparteien, für welche die Sucht ein schwerwiegendes Problem darstellt, die Aufforderung, derartige Einrichtungen zu schaffen, wenn ihre wirtschaftlichen Hilfsmittel dies gestatten.

Resolution III

Illicit traffickers

The Conference,

1. Calls attention to the importance of the technical records on international traffickers kept at present by the International Criminal Police Organization;

2. Recommends that these records be completed as far as possible by all parties and be widely used for the circulation of description of the traffickers by that Organization.

Résolution III

Trafic illicite

La Conférence,

1. Appelle l'attention sur l'importance des fiches techniques concernant les trafiquants qui sont établies actuellement par l'Organisation internationale de police criminelle;

2. Recommande que ce fichier soit complété dans la mesure du possible par toutes les Parties et soit largement utilisé par cette organisation pour la diffusion du signalement des trafiquants.

Entschließung III

Unerlaubten Verkehr betreibende Personen

Die Konferenz,

1. macht auf den Wert der gegenwärtig von der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation geführten Akten über Personen aufmerksam, die unerlaubten Verkehr betreiben und

2. empfiehlt, daß diese Akten von allen Vertragsparteien nach Möglichkeit vervollständigt und von der genannten Organisation weitgehend dazu benutzt werden, Beschreibungen der den unerlaubten Verkehr betreibenden Personen zu verbreiten.

Resolution IV

Membership on the Commission on Narcotic Drugs

The Conference,

Invites the Economic and Social Council to examine at its thirty-second session the question of an increase in the membership of the Commission on Narcotic Drugs, in the light of the terms of this Convention and of the views expressed on this question at this Conference.

Résolution IV

Composition de la Commission des stupéfiants

La Conférence,

Invite le Conseil économique et social à examiner, à sa trente-deuxième session, la question de l'augmentation du nombre des membres de la Commission des stupéfiants, compte tenu des termes de la présente Convention et des opinions exprimées sur cette question à la présente Conférence.

Entschließung IV

Mitgliedschaft in der Suchtstoffkommission

Die Konferenz

bittet den Wirtschafts- und Sozialrat, während seiner zweiunddreißigsten Tagung die Frage einer Erhöhung der Mitgliederzahl der Suchtstoffkommission zu prüfen, und zwar unter Berücksichtigung des vorliegenden UBEREINKOMMENS und der während der Konferenz zu dieser Frage geäußerten Auffassungen.

Resolution V

International control machinery

The Conference,

Considering the importance of facilitating the transitional arrangements provided for in article 45 of the Single Convention on Narcotic Drugs, 1961,

Invites the Economic and Social Council to study the possibility of taking measures which would ensure the rapid and smooth carrying out of the simplification of the international control machinery.

Résolution V

Appareil international de contrôle

La Conférence,

Considérant qu'il importe de faciliter les arrangements transitoires prévus à l'article 45 de la Convention unique sur les stupéfiants de 1961,

Invite le Conseil économique et social à étudier la possibilité de prendre des mesures qui permettent d'assurer rapidement et sans à-coups la simplification de l'appareil international de contrôle.

Entschließung V

Der internationale Kontrollapparat

Die Konferenz,

von der Erwägung geleitet, daß es wichtig ist, die in Artikel 45 des Einheits-Übereinkommens von 1961 über Suchtstoffe vorgesehene Übergangsregelung zu erleichtern,

bittet den Wirtschafts- und Sozialrat, die Möglichkeit zum Ergreifen von Maßnahmen zu untersuchen, die sicherstellen würden, daß der internationale Kontrollapparat schnell und reibungslos vereinfacht wird.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

1. Zu den Eingangsworten

Die Eingangsworte sind wie folgt zu fassen:

„Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:“.

Begründung:

Die Zustimmungsbedürftigkeit ergibt sich aus Artikel 34 Buchstabe b des Übereinkommens, da unter die dort erwähnten staatlichen Behörden auch Landesbehörden fallen und die vorgesehene Verfahrensregelung nur durch ein Zustimmungsgesetz nach Artikel 84 Abs. 1 GG eingeführt werden kann.

2. Nach Artikel 2

Nach Artikel 2 ist folgender Artikel 2a einzufügen:

„Artikel 2a

Änderungsvorschlägen nach Artikel 47 des Übereinkommens ist zu widersprechen, wenn ihnen nicht innerhalb der in Artikel 47 vorgesehenen Frist in der Form eines Bundesgesetzes zugestimmt worden ist.“

Begründung:

Artikel 47 des Übereinkommens läßt Änderungen des Übereinkommens in seiner Substanz, d. h. ohne vorhersehbare Begrenzung, zu. Eine antizipierte Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften zu solchen Änderungen ist nicht möglich. Die fraglichen Änderungen bedürfen vielmehr eines besonderen Gesetzgebungsverfahrens nach Artikel 59 Abs. 2 GG. Ohne eine entsprechende Ergänzung des Ratifikationsgesetzes wäre die Bundesregierung ermächtigt, die fraglichen Änderungen durch Nichtablehnung anzunehmen; diese Entscheidung muß aber von den gesetzgebenden Körperschaften getroffen werden.

Anlage 3

Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates

Zu 1.

Dem Vorschlag wird nicht zugestimmt.

Die in Artikel 34 Buchstabe b des Übereinkommens vorgesehene Buchführungspflicht für staatliche Behörden ist nach Auffassung der Bundesregierung nicht als Regelung eines Verwaltungsverfahrens im Sinne des Artikels 84 Abs. 1 GG anzusehen. Hinsichtlich der Überwachungs- und Inspektionsmaßnahmen trifft die staatlichen Behörden insoweit lediglich die gleiche Verpflichtung wie alle anderen am Suchtstoffverkehr Beteiligten, die in Artikel 34 Buchstabe b aufgezählt sind.

Zu 2.

Dem Vorschlag des Bundesrates wird nicht zugestimmt.

Die Bundesregierung teilt die Bedenken des Bundesrates gegen Artikel 47 des Übereinkommens nicht. Entgegen den Ausführungen des Bundesrates sieht sie in dieser Änderungsklausel, die in der internationalen Vertragspraxis der Bundesregierung

nichts Ungewöhnliches ist, keine Ermächtigung der Exekutive, jeden Änderungsvorschlag, der in dem vereinfachten Änderungsverfahren nach Artikel 47 Abs. 1 Buchstabe b behandelt werden sollte, durch Nichtablehnung anzunehmen. Das genannte Änderungsverfahren soll lediglich auf der völkerrechtlichen Ebene das Zustandekommen von Änderungen erleichtern und Verzögerungen, die sich aus der Untätigkeit einzelner Vertragsparteien ergeben, vorbeugen; es berührt dagegen nicht die Voraussetzungen, die innerstaatlich für das Inkrafttreten von Änderungen erforderlich sind.

Wenn sich ein Änderungsvorschlag zu dem Übereinkommen auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung beziehen sollte und die Bundesregierung diesen Vorschlag annehmen möchte, wird sie rechtzeitig für die Vorlage eines Vertragsgesetzes Sorge tragen. Andernfalls wird sie gegen den Änderungsvorschlag Widerspruch erheben. Die Verpflichtung hierzu ergibt sich aus Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes. Eine Festlegung im Vertragsgesetz ist daher nicht nur unüblich, sondern auch fehl am Platze.